

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonntagen und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Preisband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Friedrich Engels.

Zu seinem siebenzigsten Geburtstag.

Die deutsche Sozialdemokratie ist in ihrer Entwicklung in mehrfacher Hinsicht vom Glück begünstigt worden. Das sie, der ökonomischen und politischen Entwicklung entsprechend, später auftrat als die proletarische Bewegung in Frankreich und England, erlaubte ihr, die dort gewonnenen Erfahrungen sich zu Nutze zu machen; die besondere Unfähigkeit des deutschen Bürgerthums, die Tölpelerei des großen Staatsmannes, dem sich dasselbe mit Haut und Haaren verschrieben, ließen den zum selbstständigen Denken aufgerüttelten Arbeitern gar keine andere Wahl, als sich ihr anzuschließen; ein agitatorisches Talent ersten Ranges, Ferdinand Lassalle, stellte sich, als ihre Zeit gekommen, an ihre Spitze, und die beiden größten Theoretiker, die die Geschichte des Sozialismus aufzuweisen hat, zwei Forscher von unübertrefflicher Bedeutung, von weltumfassendem Wissen, haben ihr als Lehrer und Wegweiser zur Seite gestanden: Karl Marx und Friedrich Engels.

Den Ersteren hat der Tod ereilt, ehe er das große Geisteswerk, dem er sein Leben gewidmet, dessen vorhandene Theile den Leser immer und immer wieder mit staunender Bewunderung erfüllen, und aus denen wir desto mehr lernen, je mehr wir uns in ihr Studium vertiefen, vollenden konnte; Friedrich Engels aber, sein treuer Mitarbeiter und geistiger Lehramtsvollstrecker, weilt noch in geistiger Frische in unserer Mitte, vollen Antheil an unsern Kämpfen, an der Emanzipationsbewegung der Arbeiter aller Länder nehmend, sein Wissen und seine Erfahrungen zu unserer Verfügung haltend, wenn immer wir deren bedürfen. In rüstiger Schaffenskraft und ewig junger Leidenschaft feiert er heute seinen siebenzigsten Geburtstag, ein Siebzigjähriger mit dem Herzen eines Zwanzigjährigen.

Es ist nicht leicht, die Bedeutung Friedrich Engels richtig gerecht zu würdigen, und zwar ist er es selbst, der uns das so schwer gemacht. Geflissentlich hat er sich stets mehr als der Verdolmetscher der Marx'schen Theorien, denn als der selbstständige Mitarbeiter, der er doch war, hingestellt, und um nur des Freundes Verdienste in ihrer vollen Bedeutung erscheinen zu lassen, lieber das eigene verkleinert oder ganz verschwiegen. Wenn er in einem Brief an einen vor einigen Jahren verstorbenen Freund schrieb: „Ich habe mein Lebelang zweite Violine gespielt und glaube es zu einiger Virtuosität darin gebracht zu haben, und ich war verdammt froh, daß ich dabei eine so gute erste Violine hatte wie Marx.“ so bezeichnet dieser Vergleich wohl das Verhältnis, wie sich Engels zu Marx stellte, aber daß er den Verfasser des „Kapital“ mehr war, würde niemand lebhafter betont haben, als dieser selbst, wenn er sich über ihre gemeinschaftliche Thätigkeit zu äußern hätte. Selten hat die Welt zwei Männer von so hervorragender Bedeutung vom Beginn ihrer Laufbahn an so unausgesetzt mit einander für dasselbe Ziel schaffen, im steten Gedankenaustausch für den Ausbau ein und derselben Lehre wirken, so systematisch

einander ergänzen gesehen, als die beiden Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. Nicht nur auf das „Kommunistische Manifest“, sondern auch auf ihre späteren Arbeiten, auch wenn sie nur den Einen zum Verfasser hatten, könnte man die Aufschrift setzen: Von Karl Marx und Friedrich Engels.

Von Zeiten des Kampfes abgesehen, war die Arbeitstheilung zwischen unseren beiden geistigen Vorkämpfern die, daß Marx vorzugsweise die systematische Durcharbeitung der Theorie zufiel, während Engels, neben sonstigen Studien, die großen Fragen der Gegenwart an der Hand dieser Theorie unteruchte und die Nutzenwendung für die Stellung des Proletariats ihnen gegenüber zog. Außerdem übernahm er es in späteren Jahren, die Theorien polemisch zu vertreten, sobald sich dies als der Mühe werth herausstellte. Dieser Seite seiner Thätigkeit verdankt die Sozialdemokratie eine Anzahl ihrer besten Propagandachriften — soweit man nicht alle Werke unserer Theoretiker als solche zu bezeichnen hat, sowie die epochemachende Schrift „Der Herr Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“, ein Werk, in dem die wichtigsten Gebiete des modernen Wissens vom Standpunkt der von Marx und Engels begründeten materialistischen Entwicklungstheorie behandelt werden, und das nächst dem „Kapital“ das bedeutendste Buch ist, das der moderne Sozialismus hervorgebracht.

Fr. Engels, im Jahre 1820 in Barmen als der Sohn eines Fabrikanten geboren, hatte ursprünglich studiren wollen, sich indes später, nachdem er die Barmer Realschule absolviert und die höheren Klassen des Elberfelder Gymnasiums besucht, für die kaufmännische Laufbahn entschlossen, nicht weil er diesen Beruf besonders liebte, sondern weil er ihn der Beamtenlaufbahn vorzog. — Sowohl während der Zeit, wo er in einem Barmer Handelshause als Volontär arbeitete (seit 1838) als auch während er in Berlin als Einjähriger sein Jahr abdiene, beschäftigte er sich in seinen Mußestunden mit philosophischen Studien, zu denen, als er nach absolvirter Dienstzeit in ein Fabrikgeschäft in Manchester eintrat, an dem sein Vater Theilhaber war, die Beschäftigung mit ökonomischen Fragen hinzukam. Aber nicht vom kaufmännischen Standpunkt aus. In der Luft der damals oppositionell gesinnten Rheinlande hatte er schon früh revolutionäre Bestimmung eingelesen, und so war es die — allerdings noch utopistische — Bewegung des Owen'schen Sozialismus, sowie die im Chartismus vertretene Arbeiterbewegung Englands, die sein Interesse in hohem Grade in Anspruch nahm. Aber er blieb kein stiller Zuschauer, er nahm selbst an der Bewegung Theil und schrieb sowohl für das Organ der Chartisten, den „Northern Star“, wie für das Organ Robert Owen's, die „New Moral World“. Von England aus schrieb er, noch nicht ganz 24 Jahre alt, in die von Ruge und Marx begründeten „Deutsch-französischen Jahrbücher“ einen Aufsatz „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, in dem er die Schlagworte der bürgerlichen

Ökonomie von seinem damaligen sozialistischen Standpunkte aus kritisierte. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ hat diesen Artikel in ihrem neuesten Heft zum Wieder-Abdruck gebracht, und man kann ihr dafür nur dankbar sein. Diese Jugendarbeit, mit der ganzen Lebhaftigkeit eines Feuergeistes geschrieben, ist nicht nur eine für jene Zeit glänzende Leistung, nicht nur noch heute, wo wir, dank ihrem Verfasser, über den ihr zu Grunde liegenden theoretischen Standpunkt hinaus sind, eine höchst anziehende Lektüre, sie ist auch, als Dokument aus einer Zeit, wo Engels noch nicht mit Marx in Beziehung getreten, für die Beurtheilung seines Entwicklungsganges von ganz besonderem Interesse. Vielleicht drückt die Redaktion der „Neuen Zeit“ nun auch den im gleichen Heft der Jahrbücher enthaltenen Artikel von Marx, „Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie“, ab. Aus dem Vergleich, wie beide Männer damals ausgesehen, läßt sich am besten beurtheilen, was sie einander gegenseitig geworden. Bemerkenswerth ist es, daß während hier Engels mit einer ökonomischen, Marx mit einer philosophischen Arbeit uns entgegentritt, das größte Werk von Marx ein ökonomisches werden sollte, während Engels bedeutendstes Werk — bis jetzt — die in so hervorragendem Maße philosophische Fragen behandelnde Streitschrift gegen Dühring ist.

Im gleichen Jahre lernte Engels auf der Durchreise Marx in Paris persönlich kennen, und es stellte sich ihm näheren Verkehr eine solche Gemeinsamkeit der Ideen heraus, daß sie bald darauf gemeinschaftlich ein Buch verfaßten (allerdings rührt der größere Theil desselben von Marx her), in dem sie der junghegel'schen Schule den Krieg erklärten und an Stelle der Hegel'schen Ideologie die materialistische Dialektik begründeten. Es ist dies die Streitschrift „Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik“.

Nach Manchester zurückgekehrt, vollendete Engels, ebenfalls 1844, die bereits am Schluß der „Umrisse“ angekündigte Schilderung — oder vielmehr Denunziation des modernen Fabriksystems. Das Buch erschien 1845 in Leipzig und ist unter dem Namen „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ berühmt geworden.

Es ist eine geniale Schrift und es ist nur zu bedauern, daß sie nicht längst wieder neu aufgelegt worden ist. Engels selbst sagte von ihr im Nachwort zu der vor einigen Jahren erschienenen amerikanischen Ausgabe: „Die Arbeit trägt den Stempel der Jugend des Verfassers mit ihren Vorzügen und ihren Fehlern, und ich schäme mich beider nicht.“ Es ist in der That eine Jugendarbeit, wie sie Einer nicht so bald fertig bringt. Von der bis ins Detail gehenden, wahrhaft klassischen Schilderung der Zustände, von der scharfen und treffenden Kennzeichnung des Wesens der kapitalistischen Produktionsweise abgesehen, zeigt in ihr der 24-jährige Verfasser, daß er bereits über die beiden vorgeschrittensten Formen der damaligen Arbeiterbewegung in England — Owen'scher Sozialismus und Chartismus — hinaus ist und formulirt zum ersten Mal den Grundgedanken

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Es war eine Pause im Gespräch eingetreten. Aus der Ferne schritt ein Pfiff.
 „Es ist der Bieruhrzug“, bemerkte Hanna. Keiner von den Dreien achtete darauf.
 Im Orte aber war bei Herannahen des Zuges Alles in Bewegung gekommen.
 Die Arbeiter hatten in fieberhafter Spannung des Momentes geharrt, wo die schlimme Drohung sich erfüllen sollte, und als in der Ferne eine weiße mächtige Rauchwolke, die die Dampfpeise in ihre Ohren gelte, strömten sie, mit Weibern und Kindern nach dem Bahnhofe, um zu sehen, ob das Gerücht wahr, und die Böhmen wirklich gekommen seien.
 Neugierige, die nirgend fehlen, waren ebenso rasch bei jeder Sekunde.
 Die Bahnaufseher und einige Fabriksbeamte suchten die Leute zurückzuweisen, begegneten aber nur Troß und Hohn.
 „Müßt ihn halt absperrn“, riefen die Arbeiter, rief einmal ihnen mit grimmigem Lachen zu; da aber derselbe nicht einmal eingepflanzt war und die Landstraße und Felder längs des Geleises sich hinzogen, war dieser gute Rath nur als eine Herausforderung zu betrachten.

Der Zug fuhr ein und hielt.
 „Ei—ne Minute!“ riefen die Schaffner.
 Auf einen Wink des Stationsvorstandes waren die zwei letzten Waggons abgeloppelt worden und der Train fuhr weiter, diese auf dem Geleise zurücklassend.
 Erregtes Gemurre wurde unter den Zuwartenden laut, die nun näher gegen die Schienen herandrängten, die Waggons von einer Seite förmlich belagernd.
 Und immer lauter wurde das Stimmengewirr und immer drohender, und als die fremden Ankömmlinge die Fenster herabließen und sich an denselben zeigten, brach es tobend gegen sie los.
 Die Beamten waren in die Waggons gestiegen, die einen Mittelgang hatten, und trieben die Leute zum Aussteigen an, diese aber zögerten angesichts der feindseligen Haltung der Menge.
 Diese Jaghaftigkeit erregte Gelächter, man begann sich zu fühlen.
 „Schaut's, die böhmischen Hund' trauen sich nicht aus dem Stall.“
 „Woher sollen's denn Kurasch nehmen, die Erbdäpfer-Fresser!“
 „Sie denken sich's wohl, daß der Buschen, den wir ihnen zum Gruß vor die Nase halten, a bissel a scharf's Aroma haben wird.“
 „Aber wir lassen's d'ran riechen, bis's umfallen.“
 Und wieder erscholl lautes zustimmendes Lachen.
 Der Mathias steckte seine Dombärmel auf.
 „Es wird a faktische Arbeit sein bei die Dickhäuteln.“
 „Aber denen Protschpaks muß es gehörig auf's Fell geschrieben werden, was das heißt, den Einheimischen die Arbeit wegnehmen.“

„Hundling' sind's, schrie ein knochiger Alter von besonders rabiatem Aussehen, „elende Hundling', die nach dem Bissen schnappen, der uns zu schlecht ist, aber sie sollen d'ran ersticken, die Böhmen.“
 „Die Böhmen, die Böhmen!“ das Wort erregte leidenschaftlichen Grimm. Die Weiber, die Kinder riefen gleich einem Schimpfe es nach, während die Fäuste sich empor reckten, und eine Fluth von Flüchen hinterher fuhr.
 Einer der Fabrikbeamten, die vorhin die Waggons betreten, öffnete die Thür und trat heraus.
 „Entfernt Euch, ich befehle es Euch! Laßt die Leute ruhig aussteigen, oder Ihr werdet es bereuen.“
 Mißtönendes Pfeifen, Lachen, Schreien war die Antwort.
 Der Beamte zog sich zurück.
 Und abermals erscholl ein Höllengelächter. Die Menge schien ihre Macht zu fühlen und sie berauschte sie.
 „Dem Ersten, der sich da 'raus krabbelt, geht's schlecht!“
 „Dem wollen wir einen Denktettel anheften!“
 „Der muß hin werden!“
 Da wurde die Thür aufgerissen und ein junges Mädchen erschien am Trittbrett. Goldig leuchtete ihr Haar durch den grauen einfallenden Nebel. Sie überblickte einen Moment die hundertköpfige Menge, die sich da fest in einander gekeilt und sprang dann mit einem Sage herab und mitten unter sie, mit den großen erregten Augen die Menge befragend: „Macht Platz, was soll das heißen?“
 Das wüste Geschrei verstummte für einen Augenblick, während die Zunächststehenden von dieser unerwarteten Erscheinung zurückwichen.
 „Wer ist die?“
 „Das ist keine Böhmin!“

des modernen Sozialismus: der Verschmelzung des Sozialismus mit der kämpfenden Arbeiterbewegung, der später, im „Kommunistischen Manifest“, seinen Ausdruck gefunden hat in dem Satz: „Die Kommunisten haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.“

Für die Trefflichkeit des beschreibenden Theils des Engels'schen Buches kann kein besserer Beweis angeführt werden, als daß es das Muster geworden ist, nach dem heute, vierzig Jahre nach seinem Erscheinen, die jüngere Schule der Nationalökonomie die Beschreibung der Verhältnisse bestimmter Arbeiterkategorien anfertigt.

1845 sagte Engels dem Kaufmannsberuf Valet und folgte Marx nach Brüssel, wohin sich dieser, auf Verreiben der preussischen Regierung aus Paris ausgewiesen, begeben hatte. Dort verfaßten beide wiederum gemeinsam eine theoretische Arbeit, eine Kritik der nachhegelschen Philosophie, in der auch der damals in Deutschland grassirende „wahre Sozialismus“ eine gründliche Beleuchtung fand. Was über die liebeschwülstige, entnervende Literatur desselben im „Kommunistischen Manifest“ gesagt wird, ist dort im Einzelnen nachgewiesen. Das Manuskript konnte, Umstände halber, nicht gedruckt werden, und später überließen es ihre Verfasser — wie Marx in der Vorrede von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ schreibt, — „der nagenden Kritik der Mäuse um so williger, als wir unseren Hauptzweck erreicht hatten — Selbstverständigung.“ Es hat sich indes glücklichweise im Marx'schen Nachlaß noch vorgefunden.

Die beiden Freunde waren jedoch, wie Engels im Vorwort zur Neu-Ausgabe der „Entwürfen über den Kommunismusprozeß“ schreibt, keineswegs der Ansicht, die neuen wissenschaftlichen Resultate in diesen Büchern ausschließlich der „gelehrten“ Welt zugänglich zu machen. Wir sahen Beide schon tief in der proletarischen Bewegung, hatten unter der gebildeten Welt, namentlich West-Deutschlands, einen gewissen Anhang und reichliche Fühlung mit dem organisierten Proletariat.“ So schrieb Engels u. A. von Brüssel aus in die Pariser „Reforme“, das Organ der französischen Sozialisten, und in dem „Northern Star“, das von Julian Harnay redigirte Organ des linken Flügels der englischen Chartisten. Mit dem alten Harnay steht Engels noch heute in freundschaftlichem Verkehr.

Ferner riefen Marx und Engels in Brüssel einen deutschen Arbeiterverein ins Leben und führten eine Zeit lang die Redaktion der in Brüssel erscheinenden „Deutschen Zeit.“

Schon früher waren sie wiederholt aufgefordert worden, dem kommunistischen Geheimbund der „Gerechten“, der unter den im Ausland weilenden deutschen Arbeitern einen starken Anhang hatte, beizutreten, hatten aber, unter Hinweis auf ihren abweichenden theoretischen Standpunkt, der alle Konspirationspielerei auschloß, stets abgelehnt. 1847 wandten sich die Leiter des Bundes wiederum an sie, unter dem Hinweis, daß sie von der allgemeinen Wichtigkeit der von Marx und Engels entwickelten Ansichten überzeugt und bereit seien, zur Reform des Bundes in diesem Sinne die Hand zu bieten. Damit war es für die Aufgeforderten zur Pflicht geworden, die Einladung anzunehmen, und sie kamen ihr um so lieber nach, als sie von der Nothwendigkeit einer propagandistischen Organisation der deutschen Arbeiter überzeugt waren, und der Bund die Elemente einer solchen enthielt. Nach wiederholten Konferenzen wurde auf einem im Dezember 1847 in London abgehaltenen Kongreß beschlossen, den Bund — „für gewöhnliche Friedenszeiten wenigstens“ — in eine propagandistische Gesellschaft umzuwandeln, und Marx und Engels wurden beauftragt, ihre vom Bund akzeptirten Grundsätze in einem Manifest anzuarbeiten. So entstand — wenige Wochen vor der Februar-Revolution — das „Kommunistische Manifest“.

Ueber das Manifest noch ein Wort zu verlieren, hieße Wasser in den Ozean schiden. Es ist das Grundprogramm der vorgeschrittenen Arbeiter aller Länder geworden, der Leitfadener aller revolutionären Volksparteien. Unzählige sind die Auflagen, die es in deutscher Sprache erlebt, es ist in alle Hauptsprachen Europas wiederholt übersetzt worden und jedes Jahr erfolgt eine neue Uebersetzung in eine der übrigen Sprachen. Die letzte, von der Schreiber dieses er-

fahren, ist eine Uebersetzung in den Jargon der russisch-jüdischen Arbeiter.

Es würde den Rahmen eines Artikels zehnfach überschreiten, ein nur einigermaßen erschöpfendes Bild des weiteren Lebens- und Bildungsganges von Friedrich Engels zu geben. Er ist aufs Engste verknüpft, nicht nur mit dem Lebensgang von Karl Marx, sondern auch mit allen Phasen, allen Kämpfen der Arbeiterbewegung, und nicht nur der deutschen, ja, mit allen großen politischen Bewegungen seit jener Zeit, an denen das Proletariat als Klasse interessiert war. Unsere großen Theoretiker waren zu keiner Zeit ihres Lebens bloße Stubengelehrte. Sie verfolgten mit derselben unausgesetzten Aufmerksamkeit die Vorgänge in der politischen und sozialen, wie in der wirtschaftlichen Welt, im steten gegenseitigen Gedankenaustausch, der auch nicht unterbrochen wurde, als, nach dem Unterliegen der Revolution des Jahres 1848, die zwingende Nothwendigkeit einer örtlichen Trennung sich herausstellte. So sehr diese Trennung im Interesse der Arbeiten leider zu bedauern ist, so hat sie doch eine gute Folge gehabt: Der Briefwechsel zwischen Engels und Marx von 1850 bis 1869, wo Engels wieder nach London übersiedelte, ist noch erhalten, und wird, wenn er einst zur Veröffentlichung gelangt, eine reiche Fundgrube der Belehrung über jene Epoche bilden.

In der politischen Erhebung des Jahres 1848 nahmen Engels und Marx thätigen Antheil. Getreu ihren im „Kommunistischen Manifest“ dargelegten Grundfäden, nicht im Gegensatz zu dem für seine politischen Forderungen kämpfenden Bürgertum, sondern als linker Flügel seiner vorgeschrittensten Elemente. Die Zeit des Proletariats war noch nicht gekommen, es war noch nicht entwickelt genug, als Klasse eine selbstständige Rolle zu spielen. Wie in der Revolution, so hielten sie sich auch nach der Niederlage derselben von allen Illusionen frei. Sie widerlegten sich allen Putschversuchen und wurden dafür von dem Gros der Flüchtlingsschicht aufs Heftigste angefeindet, zum Theil von denselben Leuten, die später als reuige Sünder den Weg nach Damaskus fanden. Engels und Marx haben es sich früh zum Gesetz gemacht und bis zuletzt daran festgehalten, nie sich von der Theorie zum Uebersetzen der tatsächlichen Verhältnisse verleiten und so erstere zur Schablone werden zu lassen. Sie wußten, daß die Kenntniß der allgemeinen Entwicklungsgehalte der Gesellschaft nicht der Nothwendigkeit untersteht, ihre jeweiligen Fragen bis ins Einzelne zu untersuchen, und so kam es, daß, während sie dem Philister, dessen Illusionen sie unbarmherzig zerpfälzten, heute als die Extremisten der Ultras erschienen, sie morgen von Leuten, die die ganze Revolution und die zukünftige Gesellschaft als Beigabe schon in der Tasche hatten, als reaktionäre Reformmichel angefeindet wurden. Sie ließen indes beide schimpfen und gingen unbetrübt ihres Weges.

Von diesem Standpunkt aus ist auch ihre Thätigkeit in der Internationalen Arbeiterassoziation zu beurtheilen und ihr Widerstand gegen die revolutionäre Sektirerei Bakunin's zu verstehen, der übrigens immer nur in der Abwehr bestand, während Bakunin, der nie einen festen Standpunkt hatte, sondern sich stets von seinen Gefühlen, die oft nicht die besten waren, leiten ließ, unablässig gegen sie hegte und schürte. So abhold sie aber jeder Revolutionspielerei und Putschmacherei waren, so verleugneten sie doch nie eine wirklich revolutionäre Erhebung, auch wenn sie von ihrer zeitweiligen Unzulänglichkeit überzeugt waren. So focht Engels in der Reichsreform-Kampagne und trat erst als einer der Besten auf Schweizer Gebiet über — am 11. Juli 1849 — so verfochten Engels und Marx mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Pariser Kommune, und ebenso haben die wirklichen Kämpfer gegen den zarischen Despotismus in ihnen stets warme Anwälte und hilfsbereite Freunde gefunden. Dem Thatendrang des Uebereifers haben sie oft gezeuert, aber nie unterlassen, zu muthigem, unbetrübtem Schaffen auf der Bahn des für nothwendig Erkannten anzusetzen.

Engels ist durch und durch international. Er verfolgt mit lebhaftem Interesse die Bewegung in allen Ländern und steht fast überall mit den Vertretern derselben in brieflichem Verkehr. Keine Anfrage um Rath oder Aufklärung, die er unbeantwortet läßt. So abweisend sich Marx und Engels stets der anmaßenden Zudringlichkeit bürgerlicher BernergröÙe gegenüber gezeigt haben, so entgegenkommend haben

sie sich zu allen Zeiten den Arbeitern, die sich zu befehlen suchten, jedem wirklich für die Sache der Arbeiter Thätigen und nach Erkenntniß Strebenden gegenüber erwiesen. Wie entfernt, intolerant zu sein, haben sie in dieser Hinsicht nicht mehr gewöhnlich eine an Selbstverleugnung streifende Toleranz bewiesen. Intolerant waren sie nur der Arroganz und Poltronerie gegenüber.

Die literarische Thätigkeit Friedrich Engels' hat sich theils unter dem Druck der Verhältnisse, theils infolge der eigenartigen Arbeitstheilung, die Marx und er in späteren Jahren beobachteten, vielfach zerplittert, so daß er nicht dazu gekommen ist, die Ergebnisse seiner Studien in den verschiedenen Zweigen des menschlichen Wissens, mit denen er sich speziell beschäftigte, für den Druck niederzuschreiben.

Nur eine größere Arbeit besitzen wir aus der reiferen Zeit seines Schaffens, diese allerdings ein Werk ersten Ranges: Die schon oben geschilderte Streitschrift gegen Dühring.

Die kleineren Schriften von Engels sind fast alle Gelegenheitschriften. Aber sie sind keineswegs Eintagsfliegen. Gleich dem Anti-Dühring haben sie ihren Werth behalten, auch nachdem die Person oder der spezielle Anlaß, der sie hervorgerufen, längst von der Tagesordnung verschwunden ist. Aus Streitschriften sind sie zu den wirklichen Aufklärungsschriften geworden, über die wir verfügen. Der klare, anschauliche Stil, die wunderbar präzise Ausdrucksweise, über die Engels gebietet, sein leichter Witz und die Wärme seiner von aller Rhetorik freien Sprache tragen nicht minder dazu bei, wie ihr belehrender Inhalt. Die Miesarbeit, die ihm in der Herausgabe des Marx'schen Nachlasses erwachsen — Marx konnte der hohen Meinung, die er von Engels hatte, kaum einen energischeren Ausdruck geben, als in dem Ersuchen, aus seinen Manuskripten „Etwas zu machen“ — wird es Engels noch auf lange hinaus unmöglich machen, größere selbstständige Arbeiten zu übernehmen, aber mit so hingebender Sorgfalt sich Engels auch dem Auftrag des verstorbenen Freundes unterzieht, er hat neben ihm doch noch Zeit gefunden, der Arbeiterbewegung eine neue Schrift zu schenken, die in der Hauptsache sein Werk ist: die brillante Abhandlung über den Ursprung der Familie nach Lewis Morgan, und daneben Beiträge über wichtige Fragen oder Kommissie in die Organe der Sozialdemokratie Deutschlands, Englands, Frankreichs, Oesterreichs u. a. zu schreiben, die Uebersetzungen des „Kapital“ in fremde Sprachen zu redigiren, die Neu-Ausgaben mit Notizen und Vorworten zu unterhalten, eine Arbeitskraft, unter der mancher von uns Jüngeren zusammenbrechen würde, zumal bei der Gewissenhaftigkeit, mit der Engels arbeitet, der aber der nun Siebzighährige mit einer gewadegu wunderbaren Geistesfrische obliegt.

Möchte er sich derselben noch viele Jahre erfreuen; der Arbeiterbewegung zum Nutzen, uns Allen zur geistigen Förderung. Möchte es ihm vergönnt sein, alle die Arbeiten zur Vollendung zu bringen, deren Fertigstellung er sich vorgenommen, und die moderne Arbeiterbewegung, der er von ihren ersten Phasen an als getreuer Eckardt zur Seite gestanden, sich in immer größerer Kraft und Ausbreitung entwickeln zu sehen, im steten Vormarsch auf dem Wege zum endgiltigen Siege.

Ja, er ist in Wahrheit der getreue Eckardt des modernen Proletariats, unser nun siebzighähriger Friedrich Engels. Niemand kann das lebhafter empfinden, besser beurtheilen als wir, seine engeren Landsleute, in deren Sprache er witzigweise geschrieben. Wo ist eine Epoche, wo eine Periode in unserer Bewegung, in der er nicht das Wort ergriß zur Aufklärung und Belehrung, zur Warnung oder Ermahnung? Er hat unter den Befolgungen mit uns gelitten, und die Siege mitgefeiert, die wir erkämpften. Jede selbstständige Regung der Arbeiterklasse hat er mit Freuden begrüßt, den kleinsten Fortschritt mit Bewunderung vergehrt. Und er hat ein Recht dazu, auf die Fortschritte der Arbeiterbewegung stolz zu sein. Sein Werk ist es mit, daß sie heute da steht, wo sie angelangt ist.

Und wenn er stolz auf die moderne Arbeiterbewegung ist, so ist diese stolz auf ihn, und wie sein Fühlen und Denken durch und durch proletarisch ist, so fühlen die Proletarier mit ihm. Aus Tausenden und Abertausenden von Proletarierherzen dringt heute, am 28. November 1890, der Ruf:

Noch Friedrich Engels, unser Vorkämpfer und Lehrer, hoch unser getreuer Eckardt!

„Die Franzel ist's!“ rief eine ihrer ehemaligen Kameradinnen, die sie scharf in's Auge gefaßt und erkannt hatte. Der Name ging wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund, und nun waren es die Weiber, die zuerst auf sie losstürzten.

„Was willst denn Du?“

„Willst Du uns auch die Arbeit streitig machen?“

„Willst Du uns Konkurrenz machen?“

„Will, will! Habe ich, haben wir einen Willen?“ rief die Franzel in dem Ton heißer Erregung.

„Die Verwaltung hat mich mit den Arbeitern hierher geschickt und wir sind gegangen.“

„Weil's böhmisch kann, haben sie's geschickt.“

„Sie ist der Dolmetsch, sie hilft Denen.“

„Sie ist falsch, sie ist eine Verrätherin.“

Die Mädchen schwangen die Fäuste gegen sie. Eine griff nach ihren Haaren. Aber schon hatte sich ein großer schlanker Burche mittelst kräftiger Stöße zu ihr durchgedrängt.

„Franzel!“ Es klang wie ein Jubelruf. „Du bist's, bist wieder da; sei gedankt und gesegnet!“

Andreas stürzte vor ihr nieder, ihre Kleider an seine Lippen drückend.

Als die Weiber aber nur um so gereizter gegen sie losfuhren, stellte er schützend sich vor sie hin.

„Keiner soll sie arröhren, die Franzel gehört zu uns, die hat ein Recht, hier zu sein!“

„Weil sie Dir recht ist?“ kreischten die Weiber, „aber die ist gar Vielen recht, und d'rum soll's zu Denen gehen, und nicht uns das Brot wegessen.“

„Denkt von mir, was Ihr wollt,“ rief die Franzel mit edlem Unwillen und mit jener Kühnheit, die nichts mehr fürchtet, „aber höret mich!“ Und sich den Männern zuwendend, erhob sie lebend die Hände: „Behandelt nicht die als Feinde, die eure Brüder sind, die arm und elend sind, wie Ihr, und ihren hungernden Kindern Brot geben müssen, wie Ihr. Aber glaubt mir, nicht um Euch zu drücken, sind wir gekommen, wir hatten ja keine Ahnung, wie es hier steht, wir wußten nichts von dem Streik, sonst —“

Widersprechendes Murren und gehässige Worte wider die Böhmen wurden laut, aber die Franzel ließ sich nicht beirren und ausglühend, in beschwörender Innigkeit bat sie: „Laßt Euch nicht aufhezen von Denen, die ein Interesse daran haben, Euch zu trennen, um Euch um so sicherer zu knechten. Die Tschechen sind ebenso brave Leute wie Ihr, und sie werden sich nicht gegen Euch gebrauchen lassen, glaubt mir, sie werden sich den Streitenden anschließen und dieselben Arbeitsbedingungen stellen wie Ihr!“

„Das ist a Red', — Bravo! — ja wenn es so stünd'!“ riefen Einige.

„Aber erbittert die Leute nicht länger durch eure Haltung und laßt mich mit ihnen reden, laßt mich ihnen die Sache auseinandersetzen, und ihnen Alles klar machen.“

„Wenn Du das triffst, Franzel, uns soll's recht sein.“

„Ihr werdet sehen.“

In dem Augenblick trat ein Fabrikbeamter auf sie zu, und ihre Hand fassend, als wolle er sie zermalmen, rief er:

„Keinen Schritt und kein Wort weiter, Du gehst mit mir.“

Als aber der lange Andreas hinter ihr auftauchte, mit den haßsprühenden Augen eines Dämons, ließ er sie wieder los.

Im nächsten Augenblick hatten einige Arbeiter die Franzel in ihre Mitte genommen und sie eilten dem Punkte zu, wo die Situation bereits einen beruhlichen Charakter angenommen hatte. Der Moment, wo die allgemeine Aufmerksamkeit sich dem Mädchen zugewendet, war rasch benüht worden.

Die böhmischen Arbeiter hatten die Waggons von der rückwärtigen Seite ans verlassen, wo die Wagen selbst ihnen Deckung boten. Man konnte nun Weiber und Kinder, ihre Bündel schleppend, vom Bahnperonale eskortirt, nach dem Stationsgebäude flüchten sehen, Niemand stellte sich ihnen entgegen. Als aber die fremden Männer in Reih' und Glied mit Stöcken bewaffnet hervortraten, stachelte ihre drohende und entschlossene Haltung den Grimm aufs Neue und nur um so höher.

Rollende Augen und bebende Lippen, Flüche und Drohungen und geschwungene Fäuste hüben und drüben!

Wird man auf die Franzel noch hören? Sie ruft den Böhmen zu, fremde Laute, die hier Niemand versteht, aber ihr warmer Herzenston muß wieder zum Herzen dringen. Und nun sind auch der Pecher, und Paul Huber, und Arbeiter anderer Industrien herbeigeeilt und ermahnend die Geimischen zur Ruhe, zur Besonnenheit.

Da fliegt ein Stein aus den Reihen der Tschechen auf die Deutschen hinüber und trifft den Mann am Kopf, der der Franzel zunächst stand, er taumelt und schreit. Ein Geheul der Wuth beantwortet dies Attentat eines Feiglings; Niemand weiß, wer den Stein geschleudert, aber eine frevle Hand muß es gewesen sein, und wohl lag hier die Absicht zu Grunde, eine Verhändigung hintan zu halten.

Im Nu war ein wüthes Handgemenge entstanden. Jeder hatte nach einem Stock, einem Stein, einer Latte gegriffen, nach jedem Gegenstand, der in seinem Bereich lag, um drein zu schlagen.

Vergebens suchten Huber und Andere die Rasenden zurückzuhalten, die Kämpfenden zu trennen; der Augenblick, die Geister zu leiten, das Unheil zu bannen, war vorüber; man hörte nicht mehr auf sie, man stieß sie roh hinweg.

„Nieder mit den feigen Neuchlern, nieder mit den böhmischen Hundern, nieder mit den Arbeitssäubern! Sie sind dreimal unsere Feinde!“

Der Kauferei gestaltete sich allmählig zu einer hin- und herwogenden Schlacht, in der mit abwechselndem Glück gekämpft wurde.

Das dumpfe Murren der Wuth, das Stampfen der FüÙe, das Aufeinander schlagen der Stöcke, wild herab gestoßene Flüche, ein Aufschrei, ein Stöhnen tönen chaotisch durcheinander; es ist eine Entfesselung der niedersten Instinkte, es ist der brutale Kampf ums Dasein.

Und darüber ein grauer, lichtloser Himmel, der die Dämmerung jammeler hereindrehen ließ. Ein durchdringend feuchter Nebel begann sich herabzusinken, der den Boden naß und schlüpfrig machte und die Fernen in weißer Schleier hüllte.

Da ertönt der lautende kreischende Ruf der Weiber: „Die Gendarmen, die Gendarmen!“

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenzen.

Aus Schwaben, 26. November. Der Ulmer Katholikentag, das mit allem Eifer der Welt ins Werk gesetzt wurde, hat am Sonntag festgefunden und die „Helden“, welche den „Drachen“ Sozialdemokratie in Württemberg erlegen wollten, treten dort in Gestalt von Bureaucraten und Pfaffen auf. Der Oberbürgermeister von Gmünd forderte ganz Deutschland, auch das protestantische, zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie auf. Ob wohl „ganz Deutschland“ dem Rufe dieses schwäbischen Bürgermeisters folgen wird? Im Allgemeinen hörte man von den Rednern nur die bekannnten, von gründlicher Ignoranz zeugenden Schlagworte gegen den Sozialismus. Neu war nur eine Behauptung des Abgeordneten und Landrichters, ehemaligen Staatsanwalts Gröber, der behauptete, in den katholischen Orden sähen die Sozialdemokraten ihre gefährlichsten Feinde. Der gute Mann weiß offenbar nicht, daß die Sozialdemokraten gegen das Jesuitentum getrimmt und schon selbst seine Aufhebung beantragt haben — wahrscheinlich aus Furcht vor den Orden. Nicht minder positiv war der pathetische Ausspruch desselben Redners: „Hat man schon von einem Sozialdemokraten gehört, daß er sein Geld zur Erbauung eines Krankenhauses hergegeben hätte?“ — Nun, der Abg. Singer hat in Berlin das Asyl für Obdachlose gegründet, ohne daß er deshalb in einen katholischen Orden eingetreten braucht! Als ob man nicht ohne die mittelalterlichen Orden zum allgemeinen Nutzen thätig sein könnte! Doch wäre es zu viel, wollte man sich mit dem Sprüchelein dieser Staatsmänner im Bestenfalls-Format noch weiter beschäftigen. So lange uns solche Gegner blähen, hat der Sozialismus auch in Württemberg keine allzu schwere Arbeit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November.

Der Reichshaushalts-Etat für 1891/92 enthält fortwährende Mehrausgaben von rund 48 Millionen, von welchen da das vorhergehende Jahr einen Ueberschuß ergab, nur noch circa 27 Millionen Mark zu deducieren sind. Zu den fortwährenden treten in diesem einmahligen Ausgaben. Dieselben betragen für den Marine-Etat volle 51 Millionen. Außer 14 im Bau befindlichen größeren Kriegsschiffen sollen schon wieder 5 Neubauten in Angriff genommen werden (3 Panzerfahrzeuge, 1 Kreuzer und 1 Aviso); die artilleristische Ausrüstung der drei Panzerschiffe kostet 11 Millionen und mit 160 000 M. Mit dieser großen Summe gleich in einem her werden für die artilleristische Ausrüstung der für den Monarchen erbauten Yacht noch 329 000 M. verlangt. Im Etat des Reichsamts des Innern ist zur Ausführung der Altersversicherung ein erster Reichsbeitrag von 6 229 260 M. ausgeworfen.

Das Altersversicherungs-Gesetz ist im letzten Augenblick doch noch in Kraft gesetzt worden (vom 1. Januar 1891 ab). Es fragt sich, ob bis dahin noch alle erforderlichen Vorbereitungen (Engagement der Schreiber, Miethe der Lokalitäten u. s. w.) ohne Verluste getroffen werden können. Jedenfalls muß man auf die Erfahrungen mit dem Gesetz im nächsten Jahr und auf den entsprechenden Posten im nächstjährigen Etat gespannt sein.

Das Reichs-Versicherungsamt erhält einen weiteren Dirigenten mit 9000 Mark, 7 ständige Mitglieder mit je 7500 Mark und 60 neue Bureaubeamten.

Auch wird die Fabrikhygiene — pardon! die Hygiene im Versammlungssaal des Bundesraths verbessert werden. Die Luft darin ist etwas ungesund; daher soll die Decke des Saales für 124 000 M. höher gelegt werden, womit zugleich etwas mehr Erleuchtung über den Bundesrath kommen wird.

Im Etat des auswärtigen Amtes wird dafür gesorgt, daß die Gehälter der Gesandten etwas mehr in Einklang mit den hohen Lebensmittelpreisen stehen. Der Gesandte in Lissabon bekommt zu seinen 42 000 Mark Gehalt eine Zulage von 6000 Mark, der Konsul in Buenos Aires zu seinem Gehalt von 24 000 Mark dieselbe Zulage, der Konsul in Pretoria bezieht fortan 28 000 Mark Gehalt (bisher 24 000 Mark). Der Proletariat fragt vielleicht: Wo liegt Pretoria, die Stadt, in der das Deutsche Reich einen Konsul mit 28 000 Mark Jahresgehalt hat? Pretoria liegt in der Südafrikanischen Republik (Transvaal), der Konsul soll im Kaiserlande würdig das Deutsche Reich repräsentieren. Die Amtsdienere in den westafrikanischen Schutzgebieten erhalten eine Zulage von 400 Mark und somit fortan ein Jahresgehalt von 4400 M.

Für Ostafrika verlangt der neue Etat 8 1/2 Millionen Mark, darunter 2 200 000 M. für die Schutztruppe, 800 000 M. für die Flotille und 500 000 M. für die Zivilverwaltung.

Für die Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches sind 200 000 M. ausgeworfen worden; im Vorjahre waren es 120 000. Die Arbeit ist diesmal größer. Die Kommission wird wohl noch eine Anzahl Jahre fortarbeiten, bis — das Gesetz durch die wirtschaftlichen Verhältnisse überholt und also förgleich veraltet ist.

Den Königen des Geldsacks geht's wie den drei Königen aus dem Morgenland:

Sie essen gern, sie trinken gern,

Doch zahlen thun sie gar nicht gern.

Sie haben kein Verständnis für das biblische Wort (obgleich sie allesamt „praktische Christen“ sind), daß Geben leichter ist als Nehmen. Sie wollen nur nehmen und nichts geben — am wenigsten Steuern. Und darum sind sie so argwöhnlich über das neue Steuergesetz, das sie in der lieblichen Gewohnheit der Steuerunterziehung stört, und sie nicht bloß zum Zahlen, sondern auch zur Wahrheit zwingt, durch weiche letzteren Umstand die Sache noch wesentlich erschwert, das den armen Millionären zugesagte (zunächst bloß zugebacht) Unrecht noch raffiniert gesteigert wird. Einen Millionär zum Zahlen zwingen, das ist schon bitter genug — aber ihm zu mühen, durch Bekenntnis der Wahrheit sich selber ans Messer zu liefern, das ist grausamer Hohn.

Drum kam die Kölnische Zeitung, die düstrende Cloaca maxima des Kapitalismus, sich auch nicht beruhigen über die Deklarations- oder Selbstschätzungs-Vlicht, wie die neue Gesetzesvorlage sie verlangt, — dieselbe soll nur in dem Sinne bestehen, daß den Selbstschätzungen der Herren Millionäre unbedingt Glaube geschenkt werden müsse. Zum Beweis, daß dies gebe, berief sie sich auf die Erfahrungen mit der sächsischen Einkommensteuer. Da kam sie jedoch über an, und wurde von der „Leipziger Zeitung“, in deren Brust so viele Seelen wohnen, daß noch Niemand sie zählen und klassifizieren konnte, wie folgt abgeäußert:

„Die Köln. Ztg.“ spinnt ihre naive Forderung, daß den Selbstschätzungen der Einkommensteuerpflichtigen unbedingter Glaube zu schenken sei, auch heute noch fort und beruft sich dabei, was das Spasshafte an der Sache ist, auf die sächsischen Erfahrungen. „Die Erfahrung“, bemerkt sie, „hat namentlich in Sachsen gezeigt, daß die Selbstschätzungen durchweg annähernd richtig sind.“ Gewiß sind sie jetzt annähernd richtig. Aber sie sind es geworden, weil die Einschätzungs-Kommission nicht verpöchtelt war, ihnen unbedingt zu glauben, sondern das Recht hatte, sie selbstständig zu prüfen. Dieses Recht hat im Laufe der Jahre zweifellos erzieherisch gewirkt. Noch vor wenigen Jahren konnte man erleben, daß die Einschätzungen um das Zwei- bis Dreifache zu niedrig waren, und es hat namentlich in der reichsten Stadt Sachsens einer sehr energischen Handhabung des Einkommens-Kommissionen verlebener selbstständigen Prüfungsrecht bedurft, um die Inhaber der großen Vermögen an den Gedanken zu gewöhnen, daß Betrug Betrug sei, gleichviel ob an Einzelnen oder am Staate verübt. Es sei noch gar nicht lange her, daß ein Selbstschätzer in Sachsen, der von der Kommission um das Dreifache der von ihm deklarirten Summe eingeschätzt worden war, diese Korrektur ruhig hinnahm und das „Mißverständniß“ dadurch zu erklären suchte, daß er bei seiner Selbstschätzung an Thaler gedacht und irrtümlich Mark geschrieben habe.

Das „erzieherisch gewirkt“ ist gut. Die Herren Geldsack, die den Arbeitern Moral predigen, müßten also zum Nichtthun und Nichtbetragen erst „erzogen“ werden! Nun, wir hoffen die Herren noch ganz anders und viel gründlicher zu erziehen.

Charakteristisch ist — und beiläufig in das nämliche Kapitel gehört — die Abneigung der Herren Bourgeois gegen die Erbschaftsteuer. Die einfachsten Gerechtigkeitsbegriffe glängen in diesen Kreisen durch Abwesenheit. Ja selbst das Unstaudsgefühl — oder ist es nicht unanständig, sich Lasten vom Hals schaffen zu wollen, um sie, in anderer Form, schwächeren Schultern, d. h. ärmeren und armen Staatsbürgern aufzuwälzen? Die Herren Bourgeois sollten einmal bei den Arbeitern in die Schule gehen. Rein Arbeiter, der Etwas auf sich hält, wird einen Anderen für sich zahlen lassen.

Der mehrfache Millionär Freiherr von Lucius, der unter dem Einfluß Bismarcks vor 12 Jahren Landwirtschaftsminister wurde und in dieser Eigenschaft zu den sozialpolitischen Maßregeln zur Rettung der Landwirtschaft, zu den Schutzzöllen für Getreide und Fleisch und zur Einführung der Viehsperre ja und Amen zu sagen hatte, ist beiläufig vor einigen Tagen von seinem Amt zurückgetreten. Nachträglich kommt jetzt doch noch etwas zum Vorschein, was auf die ureigene Initiative dieses Herren selbst zurückzuführen ist, was man sonst von anderen Maßregeln, die vom Landwirtschaftsministerium ausgegangen sind, nicht behaupten kann. Es stellt sich nämlich heraus, daß sich der Herr die Stempelsteuer hat schenken lassen, die er bei Anlaß der Umwandlung seines Grundbesitzes in ein Fideikommiß im Betrag von etwa 30 000 M. hätte bezahlen müssen.

Nach dem Stempelgesetz beträgt der Stempel bei der Stiftung von Fideikommissen drei vom Hundert des jedesmaligen Wertes des Gegenstandes, welcher durch die Stiftung zum Fideikommiß bestimmt worden. (Ein Fideikommißgut ist ein solcher Grundbesitz, der nur auf den ältesten Sohn übergeht, „adeliges“ Grundeigentum.) Das Gesetz des Freiherrn von Lucius soll seiner Zeit auf heftigen Widerspruch gestoßen sein, welcher nur durch das entschiedene Eintreten des Fürsten Bismarck, der ja das feinste Verständnis für die Steuerfragen nothleidender Millionäre hatte, habe beseitigt werden können, und zwar soll das Dekret dieser Befreiung von der Stempelsteuer vom Kaiser Friedrich unterzeichnet worden sein. Die Berechtigung zur Befreiung von gesetzlich vorgeschriebenen Gebühren durch Kabinettsordre nach Beschluß des Staatsministeriums mag dahinstehen; jedenfalls ist der Fall ein treffliches Pendant zur „ausgleichenden Gerechtigkeit“ und zur „Allgemeinheit der Steuerpflicht nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit“ zu dem Prinzipien unserer Steuerpolitik, welche auch dem ärmsten Teufel noch einige Pfennige von seinem Tagesverdienst abdrückt, einem mehrfachen Millionär aber 30 000 M. in die unergündlich tiefen Taschen steckt.

Noch immer ist es ungewiß, ob Barnell bleiben oder gehen wird. Die Drohung Gladstone's, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, wenn Barnell nicht durch seinen Rücktritt der öffentlichen Heuchelei den schuldigen Tribut entrichtet, ist nicht ohne Einfluß geblieben. Die getreuen Unterthanen Barnell's im Unterhause, die irischen Deputirten, sind nicht so einmüthig, wie die gestrigen Telegramme es vermuthen ließen; einige von ihnen haben nicht übel Lust, eine Palastrevolution in Szene zu setzen und den „König“ zu stürzen. Der „König“ aber will sich um jeden Preis retten und sucht, nun ihn Gladstone fallen läßt, Verbindungen mit den Tories anzuknüpfen, denen er Hilfe bei den nächsten Wahlen anbietet. Für diesen Schacher hat ein Theil der „Barnelliten“ kein Verständnis, und sie bestehen auf den Rücktritt Barnell's. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen; sie soll am Montag fallen, nachdem die Meinung aller abwesenden Mitglieder der Fraktion — auch der nach Amerika geflohenen Mitglieder Dillon und O'Brien eingeholt ist.

Die Nachrichten aus dem Indianergebiet lauten sehr widersprechend. Während eine von dem Chicagoer Journal „Interoccean“ veröffentlichte Depesche aus Missula in Montana meldet, bei dem Fort Keogh in Montana sei es zu erbittertem Kampfe zwischen den Indianern und den Unionstruppen gekommen und es hätten lebhafteste Schammittel auf der ganzen Linie stattgefunden, geht aus einer neuerlichen Depesche aus Pine-Ridge, dem Centrum der ganzen Indianerbewegung, hervor, daß die Unruhen anscheinend schon beendet seien.

Ueber die Rolle, welche das Deutschthum in Amerika bei den letzten Wahlen gespielt hat, schreibt ein amerikanisches Blatt:

„Unter den zahlreichen Faktoren, welche als Ursachen des jüngsten Wahlergebnisses hingestellt werden, spielt neben dem Farmerelement auch das sogen. „Deutschthum“ und seine Stellungnahme im Parteiwahl eine nicht unbedeutende Rolle.“

Die deutsch-demokratischen Zeitungen thun sich nicht wenig darauf zu Gute, daß sie resp. ihre Leser der demokratischen Partei zum Siege verhelfen hätten.

Die deutsch-republikanische Presse auf der anderen Seite sucht und findet einen gewissen Trost für die Niederlage darin, daß mindestens die deutschen Anti-Temperenz-Interessen und die deutsche Sprachfrage z. gleichzeitig mit der demokratischen Partei, lokale Siege erfochten haben. Ja sie halten es den anglo-republikanischen Parteiführern ganz direkt vor, daß ihre Lieblingeleien mit den Nationalen und mit den Prohibitionisten, wie überhaupt ihre Mißachtung der „deutschen Interessen“ einen großen Theil des deutschen Votums der gegnerischen Partei in die Arme getrieben habe.

Alles das mag in der Sache korrekt sein; aber gerade wie der Erfolg der Farmer eine Gefahr für deren Sonderbewegung in sich schließt, weil er dieselbe noch tiefer in ihre Irrißunge hineinbrängen wird, in derselben Art wird auch die Deutschthümerei mit ihren Flachheiten und Auswüchsen mehr Oberwasser erhalten, als im Interesse einer gesunden allgemeinen Vordrängbewegung wünschenswert ist.

Wir haben schon mehrfach energisch Front gemacht gegen die Vetheiligung ganz speziell der Arbeiter an einer besonderen „deutsch-amerikanischen Bewegung“. Wenn das deutsche Mittelklassenphilistertum sich „biereifrig“ — wie ein burschlicher Studenten-Ausdruck lautet — für deutschen Geist und deutsche Sitte, für deutschen Wein, deutschen Gambirusskalt und deutschen Sonntag in's Zeug wirft, mit einer Begeisterung, die einer besseren Sache würdig wäre, dann bleibt es nur seiner Rolle getreu. Die deutsch-amerikanischen Arbeiter sollten aber die Hand davon lassen und neben ihren besonderen Klasseninteressen nur noch für event. Interessen der Allgemeinheit eintreten, nicht aber für ihr spezielles Interesse als „Deutsche“. Letztere Verfassung wird wieder in erneuter Stärke an sie herantreten, sobald wirklich das deutsche Votum als ausschlaggebend gewesener Faktor in der letzten Wahl anerkannt wird, die beiden alten Parteien sich vor diesem erneuten Votum auf den Bauch legen und die deutsch-amerikanische Presse die Situation ausnützt, um den feischtesten Instinkten ihrer „Landleute“ ein bene zu thun und die Trinitatsfrage, die Sonntagsfrage, die Sprachfrage oder gar die Aemterbesetzung durch Deutsche auf Kosten aller edleren und höheren Bestrebungen in den Vordergrund zu stellen.

Vom deutsch-amerikanischen Spießbürger, wie gesagt, erwarten wir nichts anderes. Wenn der „seine Ruh' und sein Bier“ hat und wenn er sprechen darf, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, dann ist er zufrieden gestellt.

Den amerikanischen Arbeiter deutscher Abstammung aber warnen wir vor den politisirenden Landsleuten, welche mit der Wurf nach der Spediteite werfen und ihre Deutschthüerei aushängen, um für die eine oder die andere Partei Anhänger zu werden.

Wir wiederholen noch einmal, was wir schon früher gesagt haben: Alles was das sogen. „Deutschthum“ fordert, hat ja mit geringer Ausnahme seine Berechtigung. Aber diese Forderungen des gesunden Menschenverstandes sind und nicht als „berechtigte Eigenmächtigkeiten“ unformer deutschen Mitbürger, wie die beliebte Praxe lautet.

Die ganze Entwicklung des Landes hat — wie ja leider auch die Arbeiterbewegung — an der förmlich gescheiterten Scheidung in Nationalitäten ohnehin sehr stark zu laboriren. Da sollte wenigstens die intelligente deutsche Arbeiterschaft des ganzen Landes eine Ausnahme machen und sich von den Deutschthümlern fernhalten.“

Irrelehren über die Sozialdemokratie verbreitet jetzt in einer Schrift auch ein Jesuitenpater Namens Cathrein. Von seiner Kenntnis der Sozialdemokratie giebt seine Behauptung eine Vorstellung, er habe Bleibnecht gezeugen, zugestehen, daß die Sozialdemokratie die Bergesellschaft der Arbeitsmittel und die gesellschaftliche Vertheilung des Arbeitsertrages anstrebt. Abgesehen von einigen religiösen Bitaten schwimmt der Pater Cathrein ganz im Fahrwasser Richter's, dessen Vorbeeren ihn nicht haben schlafen lassen.

Herr Eugen Richter scheint Ausflüchten zu haben, Minister zu werden. In seinen „Irrelehren“ soll künftig der sechsjährige Gemeindegärtler das Buchstaben lernen, damit seine jugendliche Seele von vornherein gegen das sozialdemokratische Gift geimpft werde. Die höchsten Staatsbeamten haben sich anerkennend über die Brochüre geäußert. So sagte ein Polizeikommissar, der bei der Bürgerchaftswahl in Bremen im zehnten Bezirk in einem Wählerhause vor dem Wahllokal stand, mit lauter Stimme: Meine Herren, wenn Sie die Brochüre von Eugen Richter: „Die Irrelehren der Sozialdemokratie“ sich anschaffen wollen, so können Sie dieselbe von mir beziehen.“

Uebrigens scheint die Gratisvertheilung der Richter'schen Irrelehren in großem Umfang betrieben zu werden. So bekam in der letzten Sitzung des fortschrittlichen Vereins der Potsdamer Vorstadt wieder jeder Anwesende ein Exemplar umsonst. Natürlich renommirt dann die „Frei. Ztg.“ mit der enormen Verbreitung des Machwerks. Sand in die Augen!

Woher das Proletariat rührt, das hat — wie wir dem „Grütliener“ entnehmen, ein schweizerisches Blatt, entdeckt. Die „Winterthurer Nachrichten“, welche also schreiben:

„Jeder hat ein Recht zu leben: wir wollen das als bewiesen annehmen. Aber Niemand hat ein Recht, Menschen ins Dasein zu rufen, die von andern Leuten ernährt werden sollen. Wer das erste dieser Rechte behauptet, muß allen Ansprüchen auf das zweite entgegen.“

Dazu bemerkt der „Grütliener“: „Bunkum und Streusand drauf! Richter läßt sich das Geld unserer Tage in der That nicht erklären. Aber warum ziehen die Volkswirtschaftler der „B. N.“ denn nicht den Schluß, daß nur noch der Reiche heirathen und Kinder in die Welt setzen dürfen? Das wäre doch bloß logisch. Doch wer würde dann in den Fabrikanen u. s. w. um die armseligen Löhnen arbeiten und wie könnten die Geldherren ihren Reichtum so unnützlich vermehren, wenn die allen Reichthum zeugende Arbeit ungethan bliebe oder weit besser bezahlt werden müßte, als jetzt, wo der Arbeitsmarkt überlaufen?!

Uebrigens zu sagen, Anspruch zu leben hat nur wer am vollbestehenden Tisch Platz findet, während die Welt so ungeheuer viel produziert oder produziren kann, daß bei geheimer Einrichtung noch viel mehr Menschen reichlich ihre Existenz finden könnten, das kann heutzutage nur noch ein Blatt von der heillosen, kalten Menscherei. Den Armen ihre Existenz zum Vorwurf machen, in dessen gewaltige Produktion und Waarenvorräthe am Haufen liegen bleiben und oft verfaulen, ist ebenso unmenschlich, als ungerneit.

Das Proletariat ist nicht eine Frage oder Folge behaupteter aber nicht vorhandener Ueberbevölkerung, sonst müßte zum Beispiel Frankreich, wo die Bevölkerung eher stationär bleibt und das Ein- und Zweikinder-System, zum großen Theil auch die Ghelofigkeit herrscht, keine Armen kennen. Nein, das Proletariat ist die Frucht unserer wirtschaftlich-sozialen Mißstände.“

Nun, auch in Deutschland giebt es Leute, die so denken, wie die „Winterthurer Nachrichten“. Und die Anschauung, daß der Arbeiter wohl den Reichthum erzeugen, aber nicht ihn genießen soll, ist ja der Bourgeois aller Länder gemeinam. Freilich in so roher Form wird die Sache nicht oft ausgesprochen. Das Schönste ist: wenn die Arbeiter den Reicht beglücken, und keine Kinder „ins Dasein rufen“, dann müßten die Herren Bourgeois verhungern.

Theater.

Freitag, den 28. Novbr.
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Leistung-Theater. Der Fall Clémenteau.
Berliner Theater. Das Schweige-geld.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Königsgardist. Sonne und Erde.
Walker-Theater. In Hemdsärmeln. Pension Schöller.
Rehden-Theater. Der Kampf ums Dasein.
Viktoria-Theater. Geschlossen.
Pellealliance-Theater. Ramsell Nitouche.
Stend-Theater. Emin Pascha.
Thomas-Theater. Der Soldatenfreund.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Quans.
Bürgerliches Schauspielhaus. Der Eisentel.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Franka Scholz, Koffin-Soubrette.
Geschw. Wildenfels, Gesangs-Duettisten.
Richard Gersdorf, Sächsischer Gefängnis-Humorist.
Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.
Truppe Blumenfeld, Parterre-Gymnastiker, Ballet und Tanzkünstler.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Entrée Wochentags 10 Pf., Sonn- und Festtags 25 Pf.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor G. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.
 Unter den Linden 22/23. 1742
Lebensgroße Nachfiguren.
 Panoramen.
 Echnographische Sammlungen.
 Italienische Volkstänzer.
Entrée 50 Pf.
 Gedöffnet von 10 bis 9 Uhr.



Castan's Panopticum.
 Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.
 8, 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Amazonen-Corps
 Vorstellung Vorm. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr.
 Nachm. u. 4 1/2-9 1/2 Uhr stündl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg. Kinder frei.

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Fache'schen Markt. 1746

Verantwortlicher Redakteur: Curt Paake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Freitag, den 28. November cr., Abends 7 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung.
 Auftreten der Klowns: G. Godlewsky, S. Gebr. Priatore, Gebr. Walton, Gebr. Dianta und Barne, Hermann Paul und William, Francois etc. in ihren komischen, gymnastischen, akrobatischen und musikalischen Entrees und Intermezcos. Außerdem: Eine Wiener Damenkapelle. Mr. J. F. Clarke, phänomenaler Reitskünstler. Der berühmte Leistungsgymnastiker Mr. Rodgers. Blumenpferd Jyagar vorgef. v. Fr. Ozeana Renz. Beautiful, hierauf Sophus ger. v. Fr. Glotilde Hager. Auftreten der Damen Fr. Adele und Wm. Bradbury, sowie der Reitskünstler Mrs. Fills und Henry.

Deutsche Turner.
 Große nationale Original-Pantomime etc. Morgen: Im dunklen Erdbeil.
 Sonntag: 2 Vorstellungen um 3 und 7 1/2 Uhr.
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Karl-Str.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Große Parforce-Vorstellung.
 In dieser Parforce-Vorstell. gelangen die vorzüglichsten **21** Reper-toir-Nummern zur Vorführung.
 Auftreten sämtlicher neuengagierten Spezialitäten, Künstler sowie Künstlerinnen. Reiten und Vorführung der bestreftesten Schul- u. Freiheitsperde meines Marstalles. Komische Entrees sämtlicher Klowns.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Sonntag: 2 Vorstellungen Nachm. 4 u. 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Kind frei.
Der Circus ist gut geheist!

Geschäftshaus S. Heine
 Chausseest. 14.
 Die schönsten
Kinderkleider und -Jaden
 für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde, Trikottailen u. Blonjen,
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Waarebestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
 Normal-Unterkleider und Trikottagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Mehlhandlung
L. Brachvogel,
 Manteuffelstr. 75. 82
 Ich offerire **Thee's**, 90er Erste, in vorzüglichen Qualitäten:
 Pecco 1,50, Souchong I 1,00 à 3/4 Pfd.
 Theegras 0,50, Souchong II 0,75 do.
 Grüner Thee 75 Pf. à 1/4 Pfd.
 Desgl. empfehle prachtvolle Vanille in Schoten à 10 Pf., in Gläsern à 50 Pf.
 Ferner führe verbürgt reinen Cacao (vorz. Hildebr. Fabrikat) à Pfd. 2,40.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnensstraße 28, Hof parterre.
 Teilzahlung nach Uebereinkunft.

Holzschuh u. Filzschuh.
 Fabrik und Lager aller Sorten Herren-, Damen- und Kinderstiefel.
 859
Chr. Geyer,
 4 Oranienstr. 4.

Der Ausverkauf
 des
Manasse'schen
 Baarenlagers, Breitestr. 17,
 bestehend aus Kleiderstoffen,
 findet wöchentlich Vormittags von 9-12 Uhr u. Nachmittags von 2-6 Uhr statt zu festen 888
Lagerpreisen.
 Der Verwalter.

Das gr. Lager Berlins Kinderwagen. Andreasstr. 23, S. pt.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine Frau u. liebe Mutter, **Anna Wilscher geb. Thiemann**, am 25. d. M. gestorben ist. 879
 Die Beerdigung findet Freitag, den 28. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Streifherstr. 15, auf den Elisabethkirchhof, Gesundbrunnen, statt.
 Die traurigen Hinterbliebenen.
 Fr. Wilscher.

Berein der Sattler und Fachgenossen.
 Am Sonnabend, 29. Nov., Ab. 9 Uhr, bei **Keyer, Alte Jakobstr. 83:**
Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Die Ursachen der Armut.
 Ref. Waginski. 2. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Um regen Besuch bittet
 860 **Der Vorstand.**

Kranken- und Begräbniskasse der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins (E. S. 13).
 Ausserordentliche

General-Versammlung
 am Sonntag, 7. Dezbr., Bm. 10 1/2 Uhr, bei Herrn **Jäger, Grüner Weg 29.**
 Tagesordnung:
 1. Vorstandswahl. 2. Innere Kassenangelegenheit. 3. Verschiedenes.
 Das Kassenbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 Der Vorstand.
 869 J. A. W. Reinert.

Oeffentl. Versammlung
 sämtlicher in Metall- und Eisengießereien beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.
 am Sonnabend, 29. Nov., Ab. 6 1/2 Uhr, bei Herrn **Snadt, Brunnenstr. 38.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn W. Werner über: Unternehmerverbände u. Arbeiterorganisationen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 878
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilerfassung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Th. Kutzleb Zeitungs-Spedition
 Straußbergerstr. 7a.
Abonnements- u. Annunz-Annahme für das „Berliner Volksblatt“, sowie alle Zeitungen und Journale.

Winter-Paletots und Anzüge
 bei billigen Preisen empfiehlt das bekannte
Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft
 von 425
Julius Lindenbaum
 Große Frankfurterstr. 139.
 Spezialität: Anfertigung nach Maß und Arbeitsfachen.
 (Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 Ganze Ausstattungen empfiehlt
Moritz Gläser, 400
 167. Reichenbergerstr. 167.

M. W. Walter.
 Gegründet 1818.
 Fernspr.-Amt 9. 9386.
 Zeughofstraße 3.
 Versandgeschäft für Mehl u. Hülsenfrüchte. Aufträge von 3 M. an frei Haus oder Bahnhof. 884

Im Tuchgeschäft
 jetzt **Oranienstr. 126, I.**
Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots,
 sowie **Damenkleider etc.**
 Auf Wunsch auch gegen Teilzahlungen. 726

Buchbinderei von Konstantin Janiszewski, Rottbuscher Damm Nr. 99, Hof par. Fremde u. Parteigenossen, welche mich mit Buchbinderarbeiten unterstützen wollen, bitte ich, dieselben bei Wilschke, Klinkerstr. 1 und Kanbachstr. 1; G. Schulz, Cigarren-Geschäft, Rottbuscher Platz; Schweiger, Cigarren-Geschäft, Dresdenerstr. 53/54, (City-Passage); Heindorf, Langestr. 70; Schayer, Invalidenstraße 153; Gnadt, Brunnenstr. 38, mit Angabe der Adresse abzugeben. 896

Meyer's, Brockhaus'
 Lexica, Bücher, Bibliotheken kauft
 A. Hannemann, Kochstr. 56, I. 1781

Grosse Versammlung
 des sozialdemokratischen Wahlvereins im
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis
 am Freitag, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Süd-Str. 75, Waldemarstraße 75.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Regierungs-Baumeisters a. D. Kessler. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal. 4. Erziehung des ersten und zweiten Vorsitzenden. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. 861
 NB. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei O. Heindorf, Langestraße 70; G. Tempel, Breslauerstr. 27; K. Scholz, Brangelstr. 32; G. Schulz, Admiralsstr. 40a (Alte Linde); Fr. Zubeil, Raunynstr. 88; auch werden dafelbst neue Mitglieder täglich aufgenommen.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
 der Putzer Berlins u. Umgegend
 am Sonntag, den 30. November, Vorm. 10 1/2 Uhr, in der Brauerei „Königstadt“, Schönhauser Allee 11-12.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Werth und die Nothwendigkeit der Statistik. 2. Bericht des Delegirten zur Berliner Streik-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes. 872
 Im Auftrage: **A. König, Franzosenstraße 3.**

Grosse Versammlung
 der freien Dissidenten-Gemeinde für Charlottenburg
 am Sonntag, den 30. November, Mittags 12 Uhr, in **Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Pius über: „Brot ist Freiheit.“ 2. Diskussion.
 Damen und Herren als Gäste haben Zutritt. Zu zahlreichem Besuch ladet ein 878
Der Vorstand.

Grosse öffentliche
Former-Versammlung
 am Sonntag, 30. November, Vorm. 10 1/2 Uhr, in der Norddeutschen Brauerei, Chaussee-Strasse 58.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Streik-Kontrollkommission. 2. Bericht der Kommission. event. Wahl eines Vertrauensmanns für Berlin. 3. Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskongress. 4. Abrechnung der für die beiden Kollegen Reich und Pouillon gesammelten Gelder. 5. Diskussion. 6. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten Teilerfassung. NB. Die Kollegen werden ersucht, die Listen bis Sonnabend abzuliefern. Um zahlreiche Theilnahme bittet 876
Der Einberufer.

Fachverein der Former.
 Sonnabend, den 6. Dezember, Abends 9 Uhr:
5. Stiftungsfest,
 bestehend aus: **Großem Ball, Festrede, Verloosung und Ueberraschungen,**
 im **Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11-13.**
 Zu diesem Stiftungsfest sind sämtliche Kollegen, Genossen und Bekannte freundlichst eingeladen. Billets sind bei den Kassirern und bei dem gewählten Vergnügungs-Komitee zu haben. 877

Große öffentliche
Steinmeh-Versammlung
 am Freitag, den 28. Nov. 1890, Abends 7 1/2 Uhr, in **Müller's Lokal, Johannisstrasse 20.**
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegirten von der Gewerkschafts-Konferenz. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Allgemeiner Metallarbeiter-Verein
Berlins und Umgegend.
 Sonntag, 30. November, Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Lehmann's Salon, Schwedterstr. 23:**
Grosse Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn C. Becker über: Die wirtschaftlichen Krisen, ihre Ursachen und ihre Folgen.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen. **Der Vorstand.**

Versammlung für Reinickendorf
 am Sonntag, den 30. November, Nachmittags 12 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Badewitz, Hausottierstraße 4.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Feldmann** über: Die Gewinntheiligung der Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen. 887
Der Vorstand.

Berlag des „Berl. Volksblatt“
 Berlin SW., Beuthstrasse 3.
Das Protokoll
 über die
Verhandlungen des Parteitags
 der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 20 Bogen (320 Seiten) 8°. eleg. broschirt
Preis 50 Pfennige
 kommt am 6. Dezember zur Versendung.
 Die erste, 25,000 Exemplare starke Auflage ist durch Vorausbestellungen nahezu absorbiert. Wir bitten überall da, wo es noch nicht geschehen, um Vorausbestellung; die Expedition erfolgt nach der Reihenfolge des Einganges derselben.
 Von 20 Exemplaren ab ist der Nettopreis à 40 Pfg. excl. Porto resp. Fracht und bitten wir, zur Vereinfachung des Geschäftsganges, den entfallenden Betrag thunlichst der Bestellung beizufügen.
 Das Postporto beträgt für 1 Exemplar 20 Pfg., 2 u. 3 Exemplare 30 Pfg., mehr bis zu 20 Exemplaren per Postpaket 50 Pfg.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 278.

Freitag, den 28. November 1890.

7. Jahrg.

Sozialistische Presse Deutschlands.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ (Berliner Volksblatt). Chef-Red.: W. Liebknecht. Erscheint ab 1. Januar täglich in Berlin SW., Beuthstr. 2.

Wissenschaftliche Revue.

„Die Neue Zeit“. Chef-Redakteur: Karl Kautsky. Erscheint wöchentlich in Stuttgart, Furtchbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Berlin „Berliner Volksblatt“ Beuthstr. 2.
Bielefeld „Volksrecht“ Oberthorwall 28.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Martinstr. 44.
Dresden „Schlesische Volkszeitung“ Weißgerbergasse 64.
Chemnitz „Die Presse“ Gartenstr. 16.
Dortmund „Westfälische Freie Presse“ Lindenstr. 25.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Gerbergasse 1.
Eberfeld „Freie Presse“ Kleine Klobbahn 10.
Frankfurt a. M. „Frankfurter Volksstimme“ Mainstraße 15.
Freiburg i. Br. „Obersächsische Volks-Zeitung“ Molkestr. 22.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“.
Gesehsmünde „Norddeutsche Volksstimme“ Schulstr. 16.
Hamburg „Hamburger Echo“ Gr. Theaterstr. 44.
Hannover „Hannoverer Volks-Zeitung“ Langstr. 40.
Hannover „Volkswille“ Marktstr. 45.
Karlsruhe „Volksfreund“ Kreuzstr. 31.
Königsberg i. Pr. „Königsberger Volksblatt“ Knochenstr. 39.
Leipzig „Der Wähler“ Dörrienstr. 9.
Magdeburg „Volksstimme“ Heiligegeiststr. 27.
Mannheim „Volksstimme“ T. S. b. 4.
München „Münchener Post“ Senefelderstr. 4, I.
Münster „Frankische Tagespost“ Weizenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Frankfurterstr. 36.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Furtchbachstr. 12.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Hant „Norddeutsches Volksblatt“ Adolfsstr. 1.
Braunschweig „Braunschw. Unterhaltungsbl.“ Kannengießergasse 18.
Burgstadt „Burgstädter Zeitung“.
Erfurt „Thüringer Tribüne“ Gartenstr. 7.
Frankfurt a. O. „Märkische Volksstimme“ Junkerstr. 13.
Hannover i. S. „Volksfreund“ Mehrgasse 268.
Planen W. „Vogeländisches Volksblatt“.
Pisa „Der Volksfreund“ Albertplatz 6.

Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
Stettin „Stettiner Volksbote“.
Zeitz „Volksfreund“.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Gera „Deutsche Tribüne“ Kurzestr. 16.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge“.
Sonnenberg „Thüringer Volksfreund“ Köhlerhof.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Altenburg „Der Wähler“ Brüdergasse 2.
Gant „Die Nord-Wacht“ Adolfsstr. 1.
Berlin „Berliner Volks-Tribüne“ Elisabeth-Ufer 55.
Dresden „Schlesische Nachrichten“ Weißgerbergasse 64.
Dresden „Mitteldeutsche Arbeiter-Zeitung“ Gerbergasse 1.
„Oberlausitzer Arbeiter-Zeitung“.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Grubenberg 3.
München „Arbeiter-Zeitung“ Senefelderstr. 4, I.
„Recht auf Arbeit“.
Münster „Arbeiter-Chronik“ Weizenstr. 12.
„Bayrisches Wochenblatt“ Weizenstr. 12.
Zeitz „Volksfreund“.

Wihblätter.

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.
Erscheint monatlich einmal.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtchbachstr. 12.
Erscheint alle 14 Tage.

Illustriertes Unterhaltungsblatt.

Hamburg „Der Gesellschafter“ Große Theaterstr. 44.
Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspressen in Deutschland.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Renditz „Der Correspondent“ für Buchdrucker Konstantinstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

Berlin „Der Gastwirthsgehilfe“ Annenstr. 14.
Braunschweig „Solidarität“ Marienstr. 43.
„Vereinsblatt f. Bauhandwerker“ Wilhelmstr. 59.
Hamburg „Der Arbeiter“ (f. Bau u. Hilfsarbeiter) Rosenstr. 35.
„Fachzeitung für Drechsler“ Rosenstr. 35.

Hamburg „Der Grundstein“ (für Maurer) Fürstenplatz 2, I.
„Bruder Schmied“ Brüderstr. 10.
„Fachzeitung für Schneider“ Rosenstr. 35.
„Neue Tischler-Zeitung“ Simsbüttel, Bismarckstr.
„Der Zimmerer“ Rosenstr. 35.

Leipzig „Der Gewerkschafter“ (f. Cigarrenarbeiter) Dörrienstr. 9.
Münster „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ Weizenstr. 12.

Alle 14 Tage erscheinend.

Altenburg „Fachblatt d. Mühlenarbeiter“ Cottenbergerstr. 201, II.
Berlin „Organ für Bildhauer“ Solmsstr. 33, II.
„Allgem. Dachdecker-Zeitung“ M. Marcksstr. 10.
Dresden „Der Barbier und Friseur“ Pragerstr. 46.
Hamburg „Berber-Zeitung“ Rosenstr. 33.
„Der Goldarbeiter“.
„Der Kürschner“.
„Der Kupferschmied“.
„Deutsche Mechaniker-Zeitung“ Rosenstr. 35.
„Der Schiffszimmerer“ Rosenstr. 35.
„Vereinsblatt der Ziegelei-Arbeiter“ Rosenstr. 35.

Monatlich einmal erscheinend.

Hamburg „Der Bäcker- und Pöselmacher“ Rosenstr. 35.
„Gärtner-Zeitung“ Rosenstr. 35.
„Holzarbeiter“ Rosenstr. 35.

Obige Liste kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben; sowohl in der politischen wie in der Gewerkschafts-Presse haben eine ganze Anzahl von Expeditionen unserer Aufforderung: Titel und Erscheinungsweise ihrer bezüglichen Organe an uns einzusenden, keine Folge geleistet. Es ist daher Verschulden der betreffenden Expeditionen, wenn verschiedene Blätter in obigem Verzeichnis fehlen. Mehrere der oben angeführten Blätter haben auch unserem Ersuchen um regelmäßige Uebersendung eines Beleg-Exemplares bis heute noch nicht entsprochen.

Wir wiederholen hiermit diese Bitte und ersuchen die Säumigen, im Laufe der nächsten Tage die bezüglichen Angaben an uns gelangen zu lassen, damit wir in den Stand gesetzt sind, in kürzester Frist ein völlig genaues Verzeichnis der Arbeiterpresse Deutschlands veröffentlichen zu können.

Berlin SW., Kaybachstraße 9, I.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 27. November. Der Vorsitzende, Stadtv. Dr. Stryp, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Die Schuldiener der Gemeindeschulen haben der Stadt ein Gesuch um Erhöhung ihrer Gehälter und Zuteilung der Persondberechtigung unterbreitet.

Der Ausschuss zur Vorberatung des Antrages Stadthagen betr. die Gewährung kostenfreier Lehrmittel an die Gemeindeschüler hat sich konstituiert und den Stadtv. Schwabbe zum Vorsitzenden, Stadtv. Banke zum Stellvertreter gewählt.

Eine Vorlage des Magistrats, betr. die Rechtsverhältnisse des Könnischen Prospektgebäudes, Brüderstraße 10, wird auf Antrag des Stadtv. Ramsau einem Ausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Es folgt die schon viel besprochene Vorlage betr. das öffentliche Anschlagwesen. Die gemischte Deputation hat nach eingehenden Beratungen der Versammlung eine Reihe von Vorschlägen gemacht, unter welchen Bedingungen künftighin das Anschlagwesen verpackt werden soll. Der Magistrat beantragt folgende Beschlussefassung: „Die Versammlung erklärt sich einverstanden damit, daß auf Grund der von der gemischten Deputation ausgearbeiteten Bedingungen die Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens ausgeschrieben und dem Meistbietenden der Zuschlag erteilt werde.“

Stadtv. Bötsche beantragt, auszusprechen, daß während der Dauer des Vertrages die Stadtgemeinde einen anderen Unternehmer die Genehmigung zur Errichtung von Anlagen zu gleichen Zwecken auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht erteilen wird. Diese Forderung soll sich nicht auf Kioske und andere Einrichtungen mit Anzeigen beziehen, sofern diese Anzeigen mindestens 4 Wochen unverändert belassen werden, auch nicht auf Einrichtungen, bei welchen Anzeigen durch Inschriften auf Holz, Blech, Eisen, Leinwand u. zur Verwendung kommen.

Stadtv. Vogt herr und Gen. beantragen dagegen prinzipiell die Uebernahme des Anschlagwesens in die eigene städtische Regie. Eventuell, wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, wünschen die Antragsteller, daß die Unternehmer verpflichtet werden, in ihren Offizinen die Minimallohne des Buchdrucker-Larvis zu zahlen. Schließlich wünschen die Antragsteller, daß die Pacht mindestens jährlich 135 000 M. (vierteljährlich 33 750 M.) betragen muß.

Stadtv. Michelet beantragt, den Zuschlag nicht „dem Meistbietenden“, sondern „einem der drei Meistbietenden“ zu erteilen.

Stadtv. Mentel stellt den Antrag, die Bedingung einzufügen, daß zehn Säulen erleuchtet sein müssen.

Diese Anträge werden von den Antragstellern kurz begründet. Stadtrat Marggraf hat gegen die Anträge Bötsche und Michelet nichts einzuwenden, erklärt sich dagegen ganz entschieden gegen den Prinzipal Antrag des Stadtv. Vogt herr, den er einen sozialpolitischen nennt, sowie gegen die Eventualanträge desselben und gegen den Antrag Mentel.

Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag und die von der gemischten Deputation festgestellten Bedingungen mit den Anträgen Bötsche und Michelet angenommen. Als Termin, an welchem die Pachtzeit beginnen soll, wird der 1. Januar festgesetzt.

Eine Magistratsvorlage, betr. die Verwendung des alten Waisenhaus-Grundstücks für eine zweite Handwerker-Klasse geht auf Antrag des Stadtv. Gerstenberg an einen Ausschuss zur Vorberatung.

Die Stadtv. Sachs II und Genossen beantragen, den

Magistrat zu ersuchen, schleunigst eine neue Baufluchtlinie für die Rosenstraße festzusetzen. — Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag einem Ausschusse von 15 Personen überwiesen.

Bezüglich der Abtretung von Land zum Reichstagsufer und eines darüber mit der Firma Sanderop & Co. abzuschließenden Vertrages verbleibt die Versammlung bei ihrem früheren Beschlusse, nachdem vom Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv. Dr. Meyer II, alle dagegen, namentlich von der Familie Nobiling und deren Sachwalter, Rechtsanwalt Goldstein, geltend gemachten Bedenken als hinfällig bezeichnet worden waren.

Die Errichtung eines neuen Gesehshospitals und der Verkauf des alten Hospital-Grundstücks, Koppensstraße 43, wird nach dem vom Referenten Stadtv. Herrmann empfohlenen Antrage des Magistrats genehmigt.

Es folgt die Magistratsvorlage, betreffend die Verlängerung der Kaiser-Wilhelmstraße bis zur Sirtentstraße. Auf Antrag des Stadtv. Wohlgemuth, welcher kurz darlegt, daß hier mehrere wichtige Punkte noch Aufklärung und Erläuterung bedürfen, wird die Vorlage einem Ausschusse überwiesen.

Das vorliegende Spezialprojekt zu der Hafenanlage am Urban wird ohne weitere Diskussion von der Versammlung genehmigt. Dasselbe stellt hierfür die Summe von 1 800 000 M., welche aus der Anleihe zu entnehmen sind, zur Verfügung.

Schließlich liegt der Versammlung das spezielle Projekt zum Neubau einer Volksbadeanstalt in Moabit, Thurnstr. 82, sowie der mit 368 000 M. abschließende Kostenanschlag vor. — Die Vorlage wird vom Stadtrat Vorchardt warm vertheidigt, während Stadtv. Dr. Langenhans einige Bedenken gegen die zur Regel gewordene Anlage von Schwimmbädern geltend macht. Er hält das Schwimmen im Winter doch nur für eine Art Sport. — Die Magistratsvorlage wird genehmigt und die Sitzung um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Lokales.

Im Köpenicker Aushenprozess sind die Verhandlungen gestern zu Ende geführt worden. Wie das Urtheil auch ausfallen möge, — zur Stunde liegt es noch nicht vor — soviel kann schon heute gesagt werden, die sozialdemokratische Partei als solche hat mit der ganzen Sache nichts zu thun. Der ganze Verlauf des Prozesses drängt den aufmerksamen Beobachter zu einem Vergleich mit dem bekannten Spremberger Krawall-Prozess, der vor der Strafkammer zu Kottbus verhandelt wurde und den kleinen Belagerungsstand für den Kreis Spremberg zur Folge hatte. Und beide Prozesse haben in der That viel Ähnlichkeit mit einander. Ebenso wie in Spremberg hat man zuerst den Köpenicker Krawall — die Anlagenschrift thut es auch jetzt noch — für einen sozialdemokratischen Putsch in die Welt hinausgeschrien. Man scheute sich nicht zu behaupten, die Sozialdemokraten hätten einmal eine kleine Probe zur Vorbereitung des allgemeinen Umsturzes machen wollen. Hier wie dort ist in den Verhandlungen nichts zu Tage getreten, was irgendwie ein derartiges Licht auf die Partei werfen könnte. Im Gegentheil, der Polizei-Inspektor Jäkel muß zugeben, daß sich unter den Angeklagten kein sozialdemokratischer „Führer“ befindet. In der geistigen Verhandlung wurde festgestellt, daß z. B. der Angeklagte Ostwald sich gar nicht zu den Grundgeden der Partei bekennt, ja daß er nicht einmal für die Achtstunden-Bewegung eingetreten ist. Es zeigt sich bei jeder Gelegenheit, daß der ganze Krawall entstanden

ist durch die Erbitterung, welche gegen die Köpenicker Polizei, namentlich gegen den Inspektor Jäkel und die Polizisten Bienen und Döring bestand. Ganz so wie es in Spremberg der Fall war. Die Rolle, welche dort der Spremberger Bürgermeister spielte, hat hier Herr Jäkel übernommen. Wie Herr Jäkel im Gerichtssaale bei seiner Zeugenvernehmung aufgetreten ist, das haben wir schon vorgestern berichtet und mit unserem Urtheil nicht zurückgehalten. Dieses Urtheil wird durch das Gebahren des Herrn im weiteren Verlaufe des Prozesses nur bestätigt. Ein Zeuge Weiß war zugegen, als der Arbeiter Heilmann im Polizeibureau eine Arbeiterversammlung anmeldete. Er hat da gehört, wie der Herr Inspektor dem Versammlungsinberufer gegenüber von den faulen Arbeitern sprach, die nur täglich 4 Stunden arbeiten, die übrige Zeit aber mit anderen Dingen ausfüllen wollten. Was er mit den „anderen Dingen“ meinte, kann hier nur angedeutet werden. Der Zeuge meinte zwar, diese Aeußerung hätte nur ein Witz sein sollen, Jäkel habe in jovialer Weise sich mit Heilmann einen Scherz erlaubt.

Wir glauben auch, daß Jäkel nur „wichtig und scherzhaft“ sein wollte. Aber es liegt doch ein gewaltiger und tiefer Ernst in dieser ganzen Erscheinung. Wir meinen, es ist weit gekommen, wenn sich ein Beamter in dienstlichen Verkehr derartige Scherze erlauben darf. Und Inspektor Jäkel erzählt immer mit Emphase und indem er sich an die Mannesbrust schlägt, alle Denunziationen, alle Angaben gegen mich haben nichts genützt, sowohl der Landrath wie auch der Regierungspräsident haben mir immer das Zeugniß eines pflichttreuen Beamten gegeben und niemals Grund zum Einschreiten gegen mich gehabt. — Wie der knappe Verhandlungsbericht schon mitgetheilt hat, kam es am Schluß der Beweisaufnahme mit Herrn Jäkel noch zu einer recht erregten Szene. Der von der Vertheidigung geladene Zeuge Einsinger, ließ sich unter seinem Eide sehr gravirend und ausführlich über das Auftreten des Jäkel vor, während und nach dem Krawalle aus.

Herrn Jäkel wird Gelegenheit gegeben, sich auf die Anschuldigungen Einsinger's zu verantworten. Er springt in großer Erregung von seinem Zeugenstuhle auf und bestrittet zu allererst mit großer Entschiedenheit die Angaben Einsinger's. Der Zeuge, so sagt Jäkel, ist ein „Einberufer“ der sozialdemokratischen Partei. („Einberufer“ der Partei ist wirklich gut.) Nach dem 20. März, als das Militär eingedrückt war, haben ich und die anderen Beamten dem Herrn Hauptmann Alles überlassen und uns um nichts mehr gekümmert. Wir sind zufrieden, wenn wir ruhige und friedliche Einwohner haben! Rechtsanwält Heine will nur das Eine festgestellt wissen, ob Jäkel thatsächlich die Aeußerung gethan: „Machen Sie das Fenster zu oder ich lasse reinsteigen!“ Jäkel muß das schließlich zugeben, er meint nur, außer den Zeugen hätten auch „Damen“ aus den Fenstern des Hauses gesehen, welche ihn in gemeiner Weise beschimpft hätten. Er bricht in die klaffischen Worte aus: „Entweder bin ich Beamter oder nicht. Wenn ich mir von dieser Sorte Menschen Alles gefallen lassen soll, ohne mich zur Wehre zu setzen, dann bin ich kein Beamter! Die Arbeiter sind nur deshalb so „falsch“ auf mich und die Polizei, weil wir sie auf „gesetzlichem Wege“ an der Ausführung ihrer „ungesetzlichen Bestrebungen“ verhindert haben.“

Rechtsanwalt Heine konnte beim Beginn der gestrigen Verhandlungen eine Unrichtigkeit in der Aussage Jäkel's nachweisen. Jäkel hatte bekanntlich behauptet, daß er sich bei seinen Handlungen stets im Einverständnis mit der vorgesetzten Behörde befunden habe. Rechtsanwalt Heine konnte eine Verfügung vorlegen, in welcher Jäkel's Benehmen seitens der vorgesetzten Behörde als nicht angemessen bezeichnet wurde. (Das Nähere findet der Leser im Verhandlungsbericht.) Der Zeuge Jäkel mag uns hiermit genug beschäftigt haben und wir wollen, ehe wir die

Besprechung der Beweisaufnahme beenden, nur noch eines Zeugen Erwähnung thun. Wo alles liegt, kann Karl allein nicht haben, und so erscheint auch bei diesem Prozesse, wo es sich ja um sozialdemokratische Partei-Anhänger handeln soll, Herr Berichtserichter Bennemann auf der Wölfskappe. Dieser Mann, welcher schon anlässlich des Nobiling-Attentats die unglücklichsten Enten über die Zugehörigkeit Nobiling's zur Sozialdemokratie in zahlreichen Zeitungen verbreitet hat, hat auch bei diesem Prozesse seine Erfindungsgabe in den von ihm verfassten und im „Lokal-Anzeiger“ erschienenen Artikeln glänzend bewährt. Vornehmlich dieses Zeugen wegen sitzt der Schuhmacher Buchwald, auf der Anklagebank, dem weiter eigentlich Nichts nachgewiesen ist, als daß er aus seiner Wohnung auf dem Flur, wo sich die Schlägerei mit dem Gendarmen Müller abspielte, hinaus getreten und ganz kurze Zeit hier verblieben ist, ohne eine Hand zu rühren. Buchwald erzählte, daß er Bennemann seinem ganzen Auftreten nach für einen Kriminalbeamten gehalten und ihm im Interesse der Aufklärung des Sachverhalts Mittheilungen gemacht habe, welche er sonst unterlassen ist und die ihn nun auf die Anklagebank gebracht hätten. Bennemann sagte aus, daß ihm die Mittheilungen Buchwald's als solche eines „Augenzeugen des ganzen Vorfalles“ erschienen seien.

Der gestrige Verhandlungstag brachte außer dem Schluss der Beweisaufnahme die Plaidoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung. Die Anklagebehörde hält die Anklage auf Landfriedensbruch bei allen Angeklagten aufrecht; fällt der Spruch der Geschworenen, was wir nicht hoffen wollen, in diesem Sinne aus, so wandern sämtliche 14 Angeklagte ins Zuchthaus, und zwar im besten Falle auf ein ganzes Jahr! Die Anklagebehörde läßt nur bei einigen Angeklagten das Vorhandensein erschwerender Momente fallen. Sie giebt zu, daß ein Zusammenhang zwischen dem Krawall und den Führern der sozialdemokratischen Partei nicht habe gefunden werden können, einen gewissen politischen Anstrich behalte jedoch der Köpenicker Aufruhr immerhin. Rechtsanwält Heine, der die Verteidigung seiner Mandanten mit imponirender Ruhe und Sicherheit, dabei mit großer Gewandtheit führt, weist diesen Ausführungen der Staatsanwaltschaft gegenüber ganz energisch darauf hin, daß die ganze Affäre jeglichen politischen Hintergrundes entbehrte. Der ganze „Aufruhr“ sei weiter nichts gewesen, als ein Krawall jugendlicher, halbwüchsiger Burschen, die wohl etwas Strafbares begangen, aber nicht die nötige Einsicht zum Erkennen der Strafbarkeit ihrer Handlungen besaßen hätten. Einen Haupttheil der Schuld an den ganzen Vorkommnissen trage eben die Polizei und es sei Jammer schade, daß die Weisung des Bürgermeisters Borchmann, sich zurückzuhalten, nicht befolgt worden sei. Was wäre denn so Unerhörtes geschehen, hätte man die Leute ruhig im Zuge nach der Kneipe gehen lassen? Es war durchaus nicht die Aufgabe der Polizei, sich gleich dem Zuge entgegenzuwerfen; im Gegentheil, es war ihre Aufgabe, ihres Amtes recht distinkt und mit seinem Taktgefühl zu walten und nicht zu provozieren. Die ganze Sache hatte ihre Spitze in dem Groll gegen einzelne Persönlichkeiten und nicht im mindesten sei ein geplantes Vergehen gegen die gesetzliche Macht vorhanden gewesen. In ähnlichem Sinne äußerte später Rechtsanwalt Stadthagen. Auch er führte in unsichtiger und gewandter Weise den Beweis, wie die Politik und die sozialdemokratische Partei absolut mit der Handlungsweise der Angeklagten nichts zu thun haben, daß auch durch kein Moment der Thatbestand des Landfriedensbruches gegeben sei, daß vor allem eine „planmäßige Zusammenrottung“ nicht vorliege. Der Erste Staatsanwalt Müller erwiderte, daß er auf die politischen Ausführungen Stadthagen's nicht eingehen wolle, da er nicht in den Ton des Verteidigers verfallen könne. Herr Stadthagen bemerkte darauf, daß der Ton, welcher dem Staatsanwalt nicht gefallen zu haben scheint, der Ton der Wahrheit gewesen sei.

Erst in später Abendstunde waren die beiderseitigen Reden beendet. Es folgte hierauf noch die Rechtsbelehrung, welche der Vorsitzende den Geschworenen erteilte. Da die Verurteilung der Geschworenen längere Zeit in Anspruch nehmen wird und darauf noch eine ganze Reihe von Formalitäten zu erledigen sind, so wird die Urtheilsverkündung erst in später Nachtstunde erfolgen können.

Wir werden deshalb kaum in der Lage sein, den Urtheilspruch noch in der heutigen Nummer zu veröffentlichen.

Jedem Flüssigen des Koch'schen Mittels ist eine Gebrauchsanweisung beigegeben, welche nach der „Pharm. Ztg.“ folgendermaßen lautet: Das Mittel ist längere Zeit haltbar. Die zum Zwecke der Behandlung herzustellenden Verdünnungen dagegen verderben leicht und werden dann trübe. Trübe oder verdorbene Flüssigkeiten dürfen nicht gebraucht werden. Um die Verdünnungen vor dem Verderben zu schützen, müssen dieselben nach jedesmaligen Dessens des Gefäßes ausgelocht werden. Dies letztere ist jedoch nicht erforderlich, falls man zur Herstellung der Verdünnung $\frac{1}{2}$ pCt. Karbolsäurelösung genommen hat. Die Verdünnungen werden in der Weise hergestellt, daß man zunächst eine 10 pCt. Lösung anfertigt, indem man zu 1 cc des Mittels 9 cc destillirten Wassers oder $\frac{1}{2}$ pCt. Karbolsäurelösung hinzusetzt. In derselben Weise wird von der 10 pCt. Lösung eine 1 pCt. bereitet. Damit besitzt man diejenigen Verdünnungen die man zur Behandlung Erwachsener nötig hat. Für Kinder ist es zweckmäßig, eine noch stärkere Verdünnung, z. B. eine 0,2 pCt. zu benutzen. Da die schwächeren Lösungen bei längerer Aufbewahrung an Wirksamkeit verlieren, so empfiehlt es sich, dieselben so oft als möglich frisch herzustellen. Ist zu den Lösungen destillirtes Wasser verwendet, so müssen dieselben in sterilisirte, mit Wasserpfropfen versehene Reagensgläser gefüllt werden, da sie sich in diesen am bequemsten über einer Gas- oder Spiritusflamme aufkochen lassen. Das Mittel wird vermittelst subcutaner Injektionen einverleibt, und zwar hat sich erfahrungsgemäß als beste Injektionsstelle die Haut zwischen den Schulterblättern und in der Lendengegend erwiesen. Die Injektionen lassen sich am besten mit einer sterilisirten Koch'schen Spritze von 1 cc Inhalt und $\frac{1}{10}$ cc Einstichweite ausführen. Der Gang der Temperatur muß sowohl vor dem Beginn der Injektionen, als auch während derselben verfolgt werden. Es ist deshalb notwendig, mindestens einen Tag vor der ersten Injektion mit dreistündlichen Temperaturmessungen zu beginnen und dafür zu sorgen, daß dies während der ganzen Kur weitergeführt wird. Die Injektionen sind in den frühen Vormittagsstunden vorzunehmen, damit die Wirkung derselben, namentlich auf die Körpertemperatur, die erst einige Stunden später eintritt, noch an demselben Tage beobachtet werden kann. Zu der ersten Injektion bei Schwindsüchtigen sind 0,001 oder 0,002 cc des Mittels zu verwenden, indem man von der 1 pCt. Lösung 1 bzw. 2 Theilstriche einspritzt. Die Injektionen werden dann mit Unterbrechungen von einem oder mehreren Tagen so lange fortgesetzt, bis die Krankheitssymptome verschwunden sind. Handelt es sich um einen nicht sehr ausgebreiteten Lupus, so kann man bei Erwachsenen gleich 0,01 cc anwenden und nach Bedarf wiederholen. Dasselbe gilt für Knochen-, Gelenk- und Drüsenlupus. Für die richtige Beschaffenheit des Mittels kann nur dann garantiert werden, wenn dasselbe von dem Unterzeichneten direkt bezogen ist. Dr. A. Bibber, Berlin NW., Lüneburgerstr. 28 II. — Hinsichtlich der Zusammenfassung des Mittels von Professor Koch neigt man jetzt der „Pharm. Ztg.“ zufolge in sachverständigen Kreisen der Meinung zu, daß man es mit einem Stoffwechsel-Produkt des Tuberkelbazillus, einem Ptomain, zu thun habe. Als Direktor der Koch'schen Klinik ist denn auch der bekannte Ptomainforscher Professor Brieger in Aussicht genommen. Wie jede lebende Zelle, so erzeugen auch die Bakterien eine Menge von Stoffwechsel-Produkten, welche bei dauerndem Aufenthalt im Nährstoffe das Leben der Zelle schließlich unmöglich machen. Diese Ausscheidungen — mit dem technischen Ausdruck Ptomain belegt — sind kristallisierbare Gifte, welche Ähnlichkeit mit Pflanzenalkaloiden haben. Schon die bisherigen Erfahrungen ließen darauf schließen, daß das Koch'sche Mittel ein sehr starkes Gift sein müsse, da es schon in fast unendlich kleinen Gaben stürmische Erscheinungen

hervorrufen. Nach der Meinung eines Sachverständigen ist dasselbe schwer zu erzeugen und seine Anwendung so gefährlich, daß es nicht jedem Arzt anvertraut werden könne. — In Wien ist dieser Tage in dem chemisch-mikroskopischen Laboratorium der Doktoren M. und A. Jolles eine chemische Analyse der Koch'schen Lymphe vorgenommen, die jedoch ein positives Ergebnis nicht herbeigeführt hat und für Laien um so weniger Interesse haben dürfte, als der betreffende Bericht über diese Untersuchung der zahlreichen technischen Ausdrücke wegen kaum verständlich erscheint. — In der Pariser Presse wölft sich endlich ein langsame Umschwung in der Beurteilung der Koch'schen Entdeckung. So werden die Unterredungen mit dem aus Berlin zurückgekehrten französischen Aerzte Dr. Zilleau mitgeteilt, der sich daselbst über das Koch'sche Verfahren unterrichtet hat. Er habe, so sagt dieser, einen ausgezeichneten Eindruck mitgebracht; das Mittel wirke auf den Tuberkel-Bazillus mit unsehbare Sicherheit und gestatte eine unbedingt zuverlässige Diagnose. Zwar töbte es die Bazillen nicht, aber es mache ihnen den Aufenthalt so unangenehm und unlieblich, daß sie sich sogleich in großen Massen zur Auswanderung entschließen. „Ich habe das selbst gesehen, mit meinen Augen gesehen, wirklich gesehen. Ich habe sogar bemerkt, daß gegen das Ende ihrer Auswanderung die Bazillen nicht mehr so kräftig und gesund aussehn, wie die ersten Auswanderer. Sie sind verkümmert, gedehnt, haben ein krankliches Aussehen und sonderbare Verzerrungen; man sieht, daß sie gelitten haben.“ Bezüglich der vorgekommenen Todesfälle meint Zilleau, daß die Impfung bei sehr vorgeschrittenen Carvernen nicht ohne ernste Gefahr sei. Die Lymphe wirke hier, da sie ein größeres Thätigkeitsfeld habe, mit besonderer Heftigkeit. Die tuberkulösen Gewebe schwellen an, „arbeiten“, wie in Wädrung übergegangener Teig, und darum kämen Erstickungsanfälle, die leicht bei mangelnder Widerstandsfähigkeit der kranken Lunge mit dem Tode enden könnten. Was den Lupus anlangt, so sei die Wirkung des Koch'schen Mittels in sicherer Weise festgestellt, und das allein sei schon ein ungeheurer Triumph. In ähnlicher Weise und im höchsten Grade anerkennend äußert sich ein anderer französischer Arzt, Dr. Schaffier, in einem Berliner Briefe an seinen hiesigen Kollegen Dr. Garcin. Letzterer bemerkt sehr richtig, daß man Koch's Verfahren nicht kritisieren solle, ehe man es kenne und angewandt habe, wie es zu Unrecht gewisse seiner Kollegen thäten. „Hier hat der Chauvinismus nichts zu suchen. Die Wissenschaft hat kein Vaterland und es ist lächerlich, das Verdienst nicht jedesmal anzuerkennen, wo es hervortritt.“

Die Bedeutung der Koch'schen Entdeckung für die Sozialdemokratie. Es geschieht heutzutage kaum etwas von Bedeutung im öffentlichen Leben, woraus die Sozialdemokratie nicht Nutzen zöge, ein immer wieder von Neuem dafür gelieferter Beweis, daß der Lauf der Ereignisse selbst es ist, der die zukünftige Ordnung der Dinge vorbereitet. Dafür bietet auch die Koch'sche Entdeckung mit ihren bis jetzt noch unabsehbaren Folgen ein augenfälliges Beispiel. Daß das neue Heilmittel nach einigen Generationen in den Kulturländern wenigstens die Tuberkulose zu einer sehr seltenen Krankheit gemacht haben wird, darf schon jetzt mit Bestimmtheit behauptet werden. Ein noch viel großartigerer Ausblick eröffnet sich uns, wenn, wie es der Anschein hat, das von Koch gefundene Prinzip eine Anwendung auf alle Infektions-Krankheiten zulassen sollte. Aber auch ohne dies genügt die Thatfache von der Vernichtung der Tuberkulose, um daran zu zeigen, inwiefern dadurch der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet wird.

Betrachten wir die Verhältnisse in Deutschland. Bei uns sterben alljährlich ca. 180 000 Menschen an Tuberkulose, und zwar die Mehrzahl davon in schon erwerbsfähigem Alter. Die Zahl derjenigen, welche infolge der Krankheit vorübergehend oder dauernd erwerbsunfähig sind, beträgt nach einer mäßigen Schätzung das Drei- bis Vierfache. Es leuchtet ein, welchen beträchtlichen Zuwachs die industrielle Reservearmee erhalten wird, wenn nur diese eine Krankheit verschwindet. Die Folgen davon für das soziale Leben liegen auf der Hand. Aber abgesehen von den Todten und Kranken erleiden auch die Gesunden, welche aus der Krankheit einen Theil ihrer Nahrung ziehen, Aerzte, Apotheker, Krankenhäuser u. eine wirtschaftliche Schädigung, die in letzter Linie wiederum der Sozialdemokratie zu Gute kommt.

Man bedenke ferner: Wie mancher Genosse, der jetzt noch an der Krankheit dahinsieht, und der, den gewissen Tod vor Augen, mit einer Art von dumpfer Verzweiflung sein Ende erwartete, war gelähmt in seinem Denken und Handeln und damit im Wirken für die gemeinsame Sache. Das wird nun anders werden. Mit neuer Lebensfreude, die nur derjenige zu würdigen weiß, der sich schon verloren gegeben hatte, werden diese Genossen die Fahne, die ihren Händen schon entsunken war, wieder ergreifen und sie als begeisterte Apostel den Uebrigen voran zum Siege tragen.

Wie aber müssen nun alle die falschen Prophezen verstummen, die nicht aufhören zu predigen, die Welt sei ein Jammerthal und die Menschen darin zum Leiden bestimmt; Krankheit und Noth habe es immer gegeben und werde es in alle Ewigkeit geben. Denn man vergesse nicht: Die Hygiene und ihr hoffnungsvollster Zweig, die Bakteriologie, sind noch sehr junge Wissenschaften, die erst eben die Flügel zu regen beginnen und die schon ganz andere Erfolge gezeitigt haben würden, wenn die Regierung sie nicht bisher in stiefmütterlicher Weise behandelt hätte. Denn, was soll man dazu sagen, daß ein lumpiges Hunderttausendstel von der Reifensumme, welches der Staat alljährlich für das Militär ausgiebt, hinreichen muß, um die jährlichen Bedürfnisse des Berliner hygienischen Instituts zu bestreiten! Wenn dieser Betteleppich schon jetzt so überauswändige Forderungen hat, was werden wir erst von der Zukunft erwarten dürfen, welche die Wissenschaft zu ihrem Schooßkinde erheben wird, während die Gegenwart sie bei Wasser und Brot darben läßt!

Es ist eine unbestrittene Wahrheit, daß die geistige Entwicklung eines Volkes mit dem körperlichen Gesundheitszustand Hand in Hand geht; nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist. Also auch von diesem Gesichtspunkte aus dürfen wir hoffen, daß es in den Köpfen heller werden wird, wenn der Leib gesunder ist. Das Ende der geistigen Knechtschaft dümmert herauf, um so mehr, als durch die unvergleichliche Entdeckung auch den Finstlerlingen, die sich die von Krankheit gequälte Menschheit mit Vorliebe zum Operationsgegenstand auswählen, um da den Hebel einzusetzen für die geistige Verdümmung, auf's Neue ein Stück Terrain abgewonnen ist. Der „Ginger Gottes“ ist wieder ein Stück länger geworden!

Fürwahr, es ist eine Lust, am Ende des 19. Jahrhunderts zu leben!

Dem Dr. William Levy ist nach der „Staatsbürger-Ztg.“ vom Professor Koch die Lymphe entzogen worden.

In der Poliklinik des Professors Dr. Litten, Dorotheenstr. 8, werden wochentäglich von 1-2 Uhr geeignete Kranke nach der Methode des Herrn Geheimrath Koch behandelt. **Nachdem Sibirites eilte gestern und vorgestern Jeder seinem warmen Heim zu.** Der Winter war nach langem Zaudern plötzlich über Nacht eingetreten. Erkannt werden sich die Reiften Morgens beim Erwachen die Augen gerieben haben, als sie die Fenster ihrer Wohnung mit dicken Eisklumpen bedorren sahen. Demzufolge hat auch ein Jeder, bevor er seinen Geschäften nachzugehen gezwungen war, sich doppelt so warm eingehüllt wie bisher, vorausgesetzt eben, daß er zu Letzteren im Stande war. Der aufmerksamere Beobachter konnte unter den im Sturmeschritt dahineilenden Fußgängern so manchen armen Teufel bemerken, der zitternd vor Kälte, die Hände tief in die Hosentaschen vergraben, in seinem dünnen abgetragenen Röckchen umherlief. Den Wenigsten dürfte es wohl befallen sein, auch jener Unglücklichen zu gedenken, welche nicht in der angenehmen Lage sind, ein trautes Heim, ja nicht einmal eine dürftige Schlafstelle ihr eigen zu nennen. Ohne durch warme Kleidung der Kälte irgend welchen Widerstand bieten zu können, ja meistens sogar

ohne warme Speisen genossen zu haben, müssen diese an die Gesellschaft Verstorbenen heruntersinken. Eine Arbeit zu finden — diese Hoffnung haben sie schon längst aufgegeben, nachdem in Wochen und Monate lang von Stelle zu Stelle und immer wieder geblich getauscht waren. Es melden sich auch gar zu viele und so sollten sie, die sie jetzt entkräftet und in ihrem Aeußeren heruntergekommen sind, noch irgend welche Hoffnung hegen! Sie haben sich schon längst mit Stumpfheit ihrem Schicksal ergeben. So lange es wärmer war, konnten sie das Leben noch einigen Mäßen ertragen, wenn sie auch oft Tage lang hungern und dursten mußten, es fand sich doch immer noch öftere Gelegenheiten, wenige Pfennige zu erlangen. Nachts konnte man überdies am besten bei Mutter Grün schlafen. Jetzt aber ist plötzlich die grimmige Kälte eingetreten, und was nun anfangen? Wenige dürften wohl an diese nicht so sehr kleine Klasse unserer Mitmenschen gedacht haben. Wer kann auch fortwährend an all das Elend, welches uns umgiebt, denken? Leider wird man auf Schritt und Tritt daran erinnert. Selten kommt es vor, daß man Odbachlöse mit dem bekannten grünen Wagen nach ihrem Bestimmungsort befördert sieht. Wie groß das soziale Elend in dieser Beziehung ist, dafür sind wir in der Lage, aus der Statistik einen außerordentlich schlagenden Beweis liefern zu können. Das städtische Odbach, eine Einrichtung, welche nämlich Odbachlöse für kurze Zeit aufzunehmen und ebenso auch ermittelten Familien für den ersten Augenblick Unterkommen gewährt, hat für das Geschäftsjahr 1889/90 im Ganzen 220 766 Personen aufgenommen und müssen, unter denen sich 1298 Familien befinden.

Während man sonst beim Transport eines Odbachlösen im grünen Wagen zum Gefängniß oder Arbeitshaus das größte Mitleid empfindet, kann man sich angesichts der großen Kälte nicht des Gedankens erwehren, daß einem solchen Unglücklichen die Polizeiwache und der Gefängniß ein wahres Eldorado im Vergleich zu seiner bisherigen Lebensweise sein muß. Wie wollen damit durchaus nicht eine Lauge für die Polizeiwachen und Gefängnisse brechen, nichts liegt uns ferner, als das. Wir wollen nur damit noch besonders die schreienden Mißstände in der heutigen der besten aller Gesellschaftsordnungen hervorheben. Auf der einen Seite sehen wir Leute, denen Paläste zur Verfügung steht, wo sie Unterkommen für die Nacht haben, auf der andern Seite sehen wir Zimmerer, die auf der einen Seite Leute, denen nicht einmal das bescheidenste Plätzchen zur Verfügung steht, wo sie Unterkommen für die Nacht haben, auf der andern Seite Arbeiterhäuser. Damit ist die heutige Gesellschaft gerne bereit, den durch die traurigen Verhältnisse Verarmten zuzufinden.

Das erste Opfer. Dem Eis ist gestern bereits ein Millionen des Menschenleben zum Opfer gefallen. Am Vormittag tummelte sich auf dem hinter der großen Krone im Nummelsburger See liegenden Föhlschlag drei Knaben — im Alter von 12 bis 13 Jahren — umher und unternahmen von dort aus Exkursionen auf die dünnen Eisklöße, welche den See daselbst bereits belegt hatten. Sie waren hierbei so waghalsig, daß sie immer weiter vordrangen und auch die warnenden Zurufe der in ihrer Nähe befindlichen Schiffer nicht beachteten, sondern die wohlmeinenden Warner noch obendrein verachteten. Mächtig trat die Katastrophe ein, die von den Schiffern befürchtet worden war, die Eisklöße brach, und alle drei Knaben fielen in das Wasser. Obwohl die Schiffer aus der Nähe sofort Hilfe bereit zur Stelle waren, gelang es ihnen doch nur, zwei der Knaben aufzufischen und in Sicherheit zu bringen, während der dritte von der Strömung unter dem Föhlschlag getrieben wurde und elend zu Grunde ging. Obwohl Fischer noch im Laufe des gestrigen Tages nach der Leiche suchten, haben sie dieselbe nicht auffinden können. Wir wir hören, ist der verunglückte Knabe der Sohn eines in Berlin in der Frankfurterstraße wohnhaften Mechanikers, der sich in Nummelsburg bei einer Tante zum Besuch aufgehalten hat.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag Mittag 1 Uhr 5 Min. in der Tischlerei der Fabrik der Mühlenbau-Unterrichtsgesellschaft vormals Kappler, Prager Allee 75-76. Der Mühlenbauer Heinrich Müller war nach viertägiger Krankheit zum ersten Male wieder zur Arbeit erschienen, er geriet mit der linken Hand in die große Kreisflugsäge — ein Moment, und vier Finger samt dem halben Daumen lagen in den Abschnitten. Die vier zusammenhängenden Finger wurden in Papier gewickelt, das Stück Daumen war aber nicht zu finden. Der Verunglückte ist noch lebendig und wurde von seinen Kollegen sofort mittels Drosche nach der königlichen Klinik geschafft. Obgleich die Sägevorrichtung nur von einer Seite Schutz bietet, so wäre das Unglück doch nicht passiert, wenn der Tischler, der die Säge eingesetzt, auch den sogenannten Keil hinter der Säge, den er losgenommen hatte, sofort wieder besetzt hätte. Vorzüglich aber griff der Arbeiter hinter die Säge, um das geschnittene Stück weg zu nehmen oder mangels dieses Keils griff er in den unsichtbaren Kreislauf der Sägezähne und das Unglück war geschehen.

Mord- und Raubversuch. In der verflochtenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr von dem achtzehnjährigen Tischlerlehrling Wilhelm Schmidt gegen den Schankwirth Nagel, Grüner Weg 92, ein Mord- und Raubversuch unternommen worden. Die Ursache hatte sich schon von 10 1/2 Uhr Vormittags in dem betreffenden Lokal ausgehalten und sich am Abend gegen Schluß des Geschäfts verborgen gehabt. Als Herr Nagel um die erdachte Zeit die letzten Gäste entlassen und die Ladenflügel geschlossen hatte, wollte er Kasse machen und begab sich deshalb hinter den Schänktisch. Er vernahm hierbei zwar ein Geräusch, als sich aber auf sein Ausrufen nichts weiter regte, glaubte er an eine Einmischlung und begab sich beruhigt über die Ladenkasse, um das Geld derselben zu sortieren und zu zählen. In diesem Augenblick erhielt Herr Nagel plötzlich hinterrücks einen furchtbaren Schlag mit einem Bierglas auf den Kopf, dem in schneller Folge noch etwa zwanzig andere an den Kopf und in das Gesicht folgten, so daß der Betroffene, nachdem er einen Hilferuf ausgestoßen, blutüberströmt zusammenbrach. Zwei von den Gästen, welche Herr Nagel zuletzt aus der Thüre gelassen hatte, waren vor derselben noch kurze Zeit stehen geblieben und hatten den Hilferuf und, durch denselben aufmerksam gemacht, mehrere dumpfe Schläge und schließlich das Niederstürzen des Ueberfallenen gehört. Da der Laden geschlossen war, vermochten sie nicht sofort in denselben einzudringen, sie riefen daher nach dem Wächter, der auch bald zur Stelle war und, nachdem er von der Situation verständigt worden war, sofort die Hausthür aufschloß und mit den beiden Personen vereint von der hinteren Thüre aus in das Lokal eindringen wollte. Diese Thüre wurde jedoch von innen zugehalten, so daß die drei Personen große Gewalt anwenden mußten, um den Einlaß zu erlangen. Der Mordgeselle Schmidt hatte auf diese Weise den Leuten den Eintritt zu wehren gesucht und war, als er dies nicht mehr vermochte, in den Keller geflüchtet, um sich dort zu verbergen. Die Eindringenden fanden den Nagel in einer Blutlache bewußlos am Boden liegend. Während die beiden Gäste ihn aufnahmen, wurde polizeiliche Hilfe requirirt, die Beamten durchsuchten den Keller, in welchen der Thäter geflüchtet war, und sie fanden ihn auch gesammelt in dem nach der Straße führenden Keller. Als Schmidt sich entdeckt sah, sprang er mit einem mächtigen Satz in den Keller zurück und wollte sein Heil in der Dunkelheit suchen; er wurde jedoch bald gestellt und festgenommen. Er gesteht zu, daß es in seiner Absicht gelegen habe, dem Nagel, nachdem er denselben durch Schläge betäubt, die Tageskasse zu rauben. Verleht ist in ein Krankenhaus gebracht worden und befindet sich nach dem Gutachten der Aerzte außer Lebensgefahr. **Die Feuerwehre** ist seit vorgestern Mittag neunmal alarmirt worden. Drei der Brände waren von größerer Bedeutung. Vorgestern Abend um 1/2 Uhr brannte in der Straße 16 das halbe Vorderhaus eines Neubaus durch einen Stagen, so daß vier Rohre in Thätigkeit treten mußten.

am 3 Uhr 30 Min. ging der Dachstuhl vom linken Seitenflügel des Hauses Chausseestrasse 45 in Flammen auf. Der Brand durchschlag auch die Decke der darunter liegenden Wohnung. Um 17 Uhr früh endlich kam in der Köpenickerstr. 98a ein Feuer aus, bei dem sechs Personen in Gefahr gerieten. Das Feuer war in der Posamentierwaren-Fabrik von Brodowski ausgebrochen, die Rauchentwicklung war gleich von Anfang an eine so gewaltige gewesen, daß die Treppe vollständig verqualmt war und den Bewohnern der Rückweg abgeschnitten war. Die Feuerwehr drang mit Todesverachtung durch den Rauch hindurch bis zu den gefährdeten Leuten vor und beruhigte dieselben so weit, daß sie in der inzwischen gesicherten Wohnung verblieben. Der Geschäftsinhaber erlitt bei den Löscharbeiten einige Brandwunden im Gesicht und wurde von den Samaritern der Feuerwehr verbunden.

Die Seilage der letzten Nummer des „Berliner Volks-Erbäuer“ ist gestern Morgen des Romans wegen mit Verschlag belegt worden.

In unserer gestrigen Mittheilung über die Ausweisung des Genossen Janitzewski wird uns ganz sicher mitgeteilt, daß dieselbe absolut unwahr ist. J. wohnt nach wie vor unbehelligt in Nirxder, Kottbuscher Damm 49.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Nachmittags kam der Mühlenbauer Müller in der Maschinenfabrik für Mühlenbau, Pringeln-Allee 75 n. 76, mit der linken Hand einer im Betriebe befindlichen Kreisfräse zu nahe, und wurde ihm die Hand von der Säge zur Hälfte abgeschnitten. Der schwer Verletzte wurde nach der Universitätsklinik gebracht. — Am 26. d. M. Nachmittags fiel eine 68 Jahre alte Frau vor dem Hause Lüchowstr. 69 in Folge eines Fehltritts nieder und brach den linken Arm. — Als Folge eines Fehltritts in der Torfstrasse seinen mit Erde beladenen Wagen unbefugt auf den Fahrdamm entladen wollte, wurde er von mehreren Arbeitern angehalten und derartig gezwungen, daß er eine klaffende Wunde am Kopfe davontrug. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er nach der Charitee gebracht. — Zu derselben Zeit fiel vor dem Hause Invalidenstr. 7 ein Dienstmädchen in der Trunkenheit nieder und erlitt eine so schwere Verletzung am Hinterkopfe, daß seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhaus erforderlich wurde. — Abends wurde der oddachlose Arbeiter Weinert im Stalle Kreuzbergstrasse 29 mit einer bedeutenden Verletzung am Bein, welche er am 21. d. M. durch den Hufschlag eines vorüberkommenden Pferdes erlitten haben will, aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — In der Nacht zum 27. d. M. verlor ein unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehendes Mädchen vor dem Hause Planufer 5 sich mittelst eines Messers die Pulsader an der linken Hand zu durchschneiden. Es wurde jedoch an der völligen Ausführung der That verhindert und brachte sich nur eine leichte Verletzung am Handgelenk bei, welche im Krankenhaus am Urban verbunden wurde. Nachdem das Mädchen von dort entlassen worden war, wiederholte es kurze Zeit darauf vor dem Hause Belleallianceplatz 23 den Selbstmordversuch und wurde nach der Charitee gebracht. — Abends entstand in dem ersten Stock des Neubaus Böbberstr. 16 Feuer, welches alle vier Ecktische ergrieff. — In der Nacht zum 27. d. M. brannte ein Teil des Dachbodens des Hauses Chausseestrasse 45 und die Decke der darunter liegenden Wohnung. Außerdem fanden am 26. d. M. fünf kleinere Brände statt.

Godwasser.

Jena, 27. November. Der Bahnverkehr ist auf der Saale-Eisenbahn mit Ausnahme der Strecken Jena-Orlamünde und Schwarzburg-Nüßdorf unterbrochen.

Röln, 27. November. Der Rhein ist hier immer noch, wenn auch langsam, im Steigen. In voriger Nacht stieg derselbe um 0,08 Meter. Der Morgenpegel zeigte 6,08 Meter.

Speyer, 27. November. Durch das Godwasser des Rheins wurden die Arbeiten zur Stromregulierung unterbrochen und teilweise zerstört. Der Rhein ist hier noch im Steigen.

Dresden, 27. November. Seit heute früh 4 Uhr ist das Wasser im Fallen und jede Gefahr beseitigt.

Fleisburg, 26. November. Seit der furchtbaren Sturmfluth am 12./13. November 1872 hat an unserer Ostküste das Godwasser keine solche Verheerungen und Schäden angerichtet wie gestern und heute. Infolge eines orkanartigen Nordoststurms stieg das Wasser der Döfsee zu solcher Höhe, daß sämtliche Häuser am Hafen von den Wogen umspült wurden. Das Wasser drang ganz plötzlich in die Häuser, so daß die Bewohner des Erdgeschosses aus dem Schlafe aufgeschreckt wurden und schleunigst in die oberen Stockwerke flüchten mußten. Der Dampferverkehr mußte vollständig eingestellt werden. Die Hauptwache mußte geräumt und die Bataillonskasse in Sicherheit gebracht werden. Der Dampfer „Möwe“ rief sich los und wurde über das Bollwerk geschleudert. Wie bereits telegraphisch gemeldet, sank das dänische Segelschiff „Kolding“, und zwar mit solcher Schnelligkeit, daß die Besatzung nur das nackte Leben rettete; ein Köhlenschiff ist gleichfalls untergegangen. Viele Fischerboote rissen sich los und trieben auf das Meer hinaus. Der Platz zwischen dem Staatsbahnhof und dem Kieler Bahnhof bildete ein wogendes Meer. In der Neustadt standen die Straßen und viele Häuser unter Wasser; vielfach mußte der Verkehr in Booten stattfinden. Auf der großen Schiffswerft und in der Jepsen'schen Eisengießerei mußte die Arbeit vollständig eingestellt werden, da Alles überschwemmt war. Der Schaden ist ein sehr beträchtlicher. Aus den Nachbarstädten laufen gleichfalls die betrübendsten Nachrichten über die verheerende Sturmfluth ein; bis jetzt ist glücklicherweise kein Verlust an Menschenleben zu beklagen.

Wormen, 25. November. Wie durch den Draht bereits gemeldet wurde, sind der Hochfluth hier auch Menschenleben zum Opfer gefallen. Die „Köln. Ztg.“ giebt folgende Schilderung des traurigen Ereignisses: Gestern Mittag vor 12 Uhr fuhr ein Korridentpostwagen über den Altemarkt gegen die Rathhausbrücke zu, auf dem Wagen befanden sich Postunterbeamte, zwei Zivilisten und der Postillon. Auf dem Altemarkt rissen die entgegenströmenden Fluthen den Wagen zurück. Ein großer Jagdwagen, auf dem an zwanzig Feuerwehrleute und Zivilisten sich befanden, suchte zu gleicher Zeit über den Altemarkt durch die hochgehenden Wogen zu kommen. Als der Postwagen von dem Wasser fortgerissen wurde, suchten die Insassen des Jagdwagens auf Hilfe zu kommen. Nun kam die Katastrophe. Der Jagdwagen wurde um und seine Insassen fielen alle ins Wasser; Schlossermeister Schwarz wurde im Fallen nach der Aussage von Augenzeugen von einem Blutsturz befallen und verschwand in den tobenden Wellen. Die Anwohner des Altemarktes, welche diesen furchtbaren Vorgang bemerkt hatten, suchten mit allen Mitteln die mit den Wellen Ringenden zu retten. Seite und Seite Schände wurden den um Hilfe Rufenden zugeworfen und die meisten herangezogen und durch Fenster und über Vorhänger mit übermenschlicher Anstrengung geborgen. Die tosenden Wogen riefen zu dieser Zeit am Altemarkt mehr als Manneshöhe erhaltend. Der Postillon rettete sich auf einen Laternenpfahl, stieß die Laternen Scheiben ein und setzte sich fest, bis sichere Hilfe kam und ihn ins Trockene zog. Die Postkassener rangen lange mit den Wellen, wurden aber glücklicherweise gerettet. Ober-Postassistent Richter, der anscheinend Schwimmenheit und Ruhe verlor, hielt sich eine Zeit lang an dem schwimmenden Wagen fest, ließ aber bald los und versank in den Fluthen. Der Jagdwagen mit den Verwunden wurde in den Arm der Wupper an der Weicherstrasse getrieben. Vier Pferdeleichen wurden von dort und dem Altemarkt heute weggebracht. Die Anlieger am Altemarkt drangen die schwer betroffenen worden. In Manneshöhe drangen die Fluthen in die Läden, überall Verheerung anrichtend, ein Verlust, der jetzt vor der Weihnachtzeit mehr als doppelt empfindlich ist.

— Der Polizeibericht ergänzt diese Schilderung, indem er meldet, daß 5 Personen ertrunken sind und zwar 1) Ober-Postassistent Richter; 2) Fuhrmann Karl vom Wege, der ebenfalls mit seinem mit zwei Pferden bespannten Wagen in die Strömung gerieth und mit den Pferden ertrank; 3) der Schlosser, Feuerwehrmann Schwarz aus der Feldstrasse; 4) der 18 Jahre alte Feuerwehrmann Schmitz; 5) der Fabrikarbeiter Julius Reuter von Oberbarmen.

Gerichts-Beilage.

Der Köpenicker Brand. Vierter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsrath Voigtel wird noch einmal der Kreisphysikus Dr. Fall vernommen. Derselbe wiederholt, daß der Tod des Gendarmen Müller durch Lungenentzündung erfolgt ist. Müller hatte einen Stich in den Rücken durch die Lungen erhalten, letztere waren aber mehrere Verwundungen auf, so daß anzunehmen ist, daß das Messer, womit gestochen wurde, während des Stochens umgedreht worden ist. Die anderen Verwundungen waren nicht tödtlich, die Möglichkeit, daß auch sie an und für sich den Tod durch Verbluten hätten herbeiführen können, erscheint jedoch nicht ausgeschlossen.

Eine kurze nachträgliche Vernehmung des Zeugen Wienst dreht sich um die Frage, ob derselbe, wie von einer Frau behauptet wird, den Angeklagten Neuter zuerst geschlagen hat. — Zeuge Wienst: Ich bestreite das ganz entschieden. Als ich am 20. März die Grünauerstraße entlang auf Patrouille ging, forderte ich zwei mir begegnende Frauen auf, auf den Bürgersteig zu gehen, indem ich sie auf die Ereignisse dieses Abends aufmerksam machte. In demselben Augenblick schlug mich Neuter mit seinem Stock über den Kopf und Rücken und bog mir den Säbel krumm. — Präsi.: Haben Sie vielleicht nachher den Neuter geschlagen? — Wienst: Nein, ich konnte ja nicht, mein Säbel war ja krumm gebogen. — Präsi.: Möglich wäre es ja doch immer, daß Sie mit dem krummen Säbel geschlagen haben? — Wienst: Ich bestreite, überhaupt geschlagen zu haben. Ich hatte den Neuter in der Menschenmenge zu schnell aus den Augen verloren. — Der auf Antrag des Neuters nochmals befragte Restaurateur Bofffeld bekundet, daß Neuter am Abend des 20. März eine Wunde an der Hand und eine zweite am Kopf gehabt hat.

M. A. Heine richtet noch einige Fragen an den Polizeiinspektor Jäkel: Sie haben gestern gesagt, daß alle Beschwerden, welche über Sie und Ihre Kollegen erhoben worden sind, alle vom Regierungspräsidenten als unbegründet zurückgewiesen worden sind. — Zeuge Jäkel: Ich habe gesagt, daß alle Beschwerden, welche über mich und wegen Auflösung von Versammlungen und angebliche Ungehörlichkeiten erhoben werden, durchweg als unbegründet zurückgewiesen worden sind. — M. A. Heine: Wissen Sie nicht, daß in einem Falle speziell über Sie Beschwerde erhoben wurde, welche durchaus nicht als unbegründet erachtet worden ist. — Zeuge Jäkel: Ich weiß, daß in einem Falle uns anheim gegeben worden ist, zu lägen. Ich habe aber von einer Klage vollständig Abstand genommen, nicht, weil ich mich schuldig fühlte, sondern weil ich es für eine Zeitverschwendung hielt, mich mit solchen Herren noch weiter einzulassen. Was habe ich davon, wenn so ein Mann schließlich zu 6 oder 10 M. verurtheilt wird. — Rechtsanwalt Heine: Da der Herr Polizeiinspektor sich fortgesetzt in Allgemeinheiten bewegt, so muß ich ganz aus Spezialien eingehen. Ein Köpenicker Geschäftsmann hatte sich über Herrn Jäkel beschwert, weil dieser mit seinem Säbel an die Leinwand gehauen und sich sehr provokierend benommen hat. Wir liegt hier der Originalabschreib des Regierungspräsidenten vor, in welchem es heißt, daß nach Prüfung des Sachverhalts das Verfahren des Polizeiinspektors Jäkel als angemessen nicht erachtet werden kann. Hat Zeuge Jäkel hiervon keine Kenntniß? — Jäkel: Der Beschuldigte des Regierungspräsidenten ist mir bekannt, ich habe aber damals sofort der behaupteten Thatsache widersprochen. Mir ist davon gar nichts bekannt.

Der Präsident erklärt hiermit die Beweisaufnahme für geschlossen und verliest die von ihm entworfenen Schuldfragen, deren Zahl 19 beträgt. Auf Antrag der Verteidiger werden noch da, wo es gesetzlich zulässig ist, die Differenzen wegen mildernder Umstände hinzugefügt, ferner auch noch mehrere Unterfragen formulirt.

Als erster Verteidiger spricht Rechtsanwalt Fiebig für den Angeklagten Neuter, für denselben um mildernde Umstände bittend. Für den Angeklagten Winjorra nimmt Rechtsanwalt Heine an Stelle des Officialverteidigers, eines Referendars, das Wort. Der Verteidiger erklärt, daß er doch einige allgemeine Bemerkungen voranzustellen müsse. Der Erste Staatsanwalt habe zwar einräumen müssen, daß es trotz der eingehendsten Ermittlungen nicht möglich gewesen sei, eine Vermittelung der Köpenicker Vorgänge mit der Sozialdemokratie nachzuweisen; derselbe habe aber doch hervorgehoben, daß der Prozeß eines gewissen politischen Hintergrundes nicht entbehre. Die Verteidigung müsse auch das letztere bestritten. Die ganzen Urakten seien nur aufzufassen als eine Auflehnung theilweise halbreifer Burschen gegen das vielleicht etwas zu traffe Verhalten der Polizei. Es sei höchst bedauerlich, daß dem Wünsche des beherrschten und die dortige Bevölkerung genau kennenden Bürgermeisters, die Polizei möge sich möglichst nachsichtig zeigen, nicht Rechnung getragen wurde. Warum ließ man denn die Leute, nachdem sie allerdings in der Horde allerlei unnützes Zeug gesprochen hatten, nicht ruhig in die Stadt hineinmarschiren? Wahrscheinlich würden sie ihr Glas Bier getrunken haben und dann ruhig nach Hause gegangen sein, um sich rechtzeitig in der Frühe des nächsten Morgens wieder an ihrer Arbeitsstelle einzufinden zu können. Der Verteidiger beleuchtet sodann die Thätigkeit, die dem Angeklagten Winjorra bei den Unruhen zur Last gelegt wird und plädirt für dessen Freisprechung.

Für den Angeklagten Sucke spricht Rechtsanwalt Stadthagen. Auch dieser Verteidiger bestritt mit aller Entschiedenheit, daß irgend ein Grund vorliege, die sozialdemokratische Partei mit den bedauerlichen Köpenicker Unruhen in Verbindung zu bringen. Es sei ihm unerfindlich, wie der Erste Staatsanwalt, der doch vor allen anderen dem Spruche: Niemanden zu Leide und Niemanden zu Liebe schuldig solle, einen solchen Vorwurf gegen die sozialdemokratische Partei erheben könne. Hoffentlich werde keiner der Herren Geschworenen an das Annemärchen glauben, auch nicht ein Schatten des angedeuteten Verdachts sei vorhanden.

Der Verteidiger glaubt ebenfalls, daß die Urakten nicht den großen Umfang angenommen hätten, wenn die Polizeibeamten weniger schroff aufgetreten wäre. Er hält nicht für erwiesen, daß verabredete Zusammenrottungen stattgefunden haben zum Zwecke des Widerstands und dies sei notwendig, um das Verbrechen des Landfriedensbruchs zu konstruiren. Er bitte auf Nichtschuld zu erkennen. Zwischen dem Ersten Staatsanwalt und dem Rechtsanwalt Stadthagen kommt es zu einer kleinen Auseinandersetzung. Der Letztere hatte bei Beginn seines Plädoyers sich mit Bezug auf die Gerüchte, welche den Köpenicker Brand mit der Sozialdemokratie in Verbindung brachten, des Ausdrucks „Annemärchen“ bedient, welches der Erste Staatsanwalt den Präsidenten im Interesse der öffentlichen Ordnung zu sagen bat, da es annehmen müsse, daß dieser Ausdruck auch gegen die Ausführungen des Vertreters der Königl. Staatsanwaltschaft gerichtet sei. Vom Präsidenten aufgefordert, sich zu äußern, erwidert der Verteidiger, daß er nur die Sache und nicht die Person gemeint habe.

Rechtsanwalt Dr. Kalinowski vertheidigt den Angekl. Knoll. Er hält denselben keineswegs für so schwer bestraft, wie es Anfangs den Anschein hatte. Die Thatsache, daß Knoll einige Mitangeklagte so schwer beschuldigt habe, könne gegen ihn

einnehmen, man könne dies aber ebenso gut auf Rechnung seiner Wahrheitsliebe schreiben. Der Verteidiger führt ebenfalls aus, daß die Zusammenrottungen nur den Charakter eines Aufstands und nicht den eines Landfriedensbruchs hatten. Knoll dürfte über die brutale Behandlung seines Bruders wohl in Rnth gerathen, und von diesem Augenblicke an war er jedenfalls von einem anderen Geiste befezt, wie die übrigen Tumultuanten. Sein Angriff auf den Gendarm Müller erfolgte auch erst, nachdem dieser ihm mit dem Säbelhieb einen Stein aus der Hand geschlagen. Er bittet die Geschworenen, nur die Frage in Betreff der gemeinschaftlichen Körperverletzung zu bejahen, die erschwerenden Momente aber zu verneinen. Unter allen Umständen verdiene Knoll die Zubilligung mildernder Umstände. Der Letztere vergiebt während des Plädoyers seines Vertheidigers viele Thränen. — Die übrigen Verteidiger führen aus, daß es keineswegs erwiesen sei, wie das unglückliche Ende des Gendarmen Müller herbeigeführt wurde, daß einer der Angeklagten den tiefen Stich in den Rücken des Verstorbenen gethan, der den unmittelbaren Tod desselben herbeigeführt, habe sich jedenfalls trotz der umfangreichen Beweisaufnahme nicht nachweisen lassen. Alle Verteidiger richten an die Geschworenen die Bitte, ihren Wahspruch nur unter Berücksichtigung aller vorhandenen Milderungsgründe zu fällen.

Gegen 9 Uhr sind die Plädoyers zu Ende und es beginnt die Rechtsbelehrung seitens des Präsidenten.

Die Protokolle des Pariser Arbeiterkongresses wurden die Entlastungsbeweismittel der Strafkammer des hiesigen Landgerichts vorgelegt, als am 29. d. M. vor diesem Gerichtshof die Strafsache gegen den Handelsmann Jarecki aus Oranienburg wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, bezw. wegen verführerischer Thätigkeit in der Berufungsinstanz verhandelt wurde. Das Schöffengericht zu Oranienburg hatte den Angeklagten zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt, weil der Angeklagte, um Arbeiter der Ziegelei zu Reuenhagen zum Feiern am 1. Mai zu veranlassen, zu dieser gefagt hatte: „Wenn Ihr arbeitet, werde ich am 1. Mai mit einem Haufen Berliner hierher kommen.“ Das Schöffengericht hatte hieraus gefolgert, daß der Angeklagte habe sagen wollen, die Arbeiter würden Schläge erhalten, wenn sie nicht am 1. Mai feierten. Die Arbeiter hätten durch diese Drohung zur Theilnahme an einem Streik gezwungen werden sollen, denn es sei notorisch, daß auf dem Pariser Kongreß beschlossen sei, behufs Erlangung einer achtstündigen Arbeitszeit, einen Generalstreik zu veranlassen. In der Berufungsinstanz wendete sich der Verteidiger, Rechtsanwalt Arthur Stadthagen, zunächst gegen die Aufassung, als ob die Worte des Angeklagten überhaupt eine Drohung enthielten. Der Sinn, der diesen Worten vom Schöffengericht beigelegt werde, sei ein ganz willkürlicher. Wenn man aber auch diesen Sinn gelten lassen wolle, so liege doch kein Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung vor, denn es sei so ziemlich das Gegentheil von dem richtig, was das Schöffengericht als notorisch angenommen habe. In Paris sei beschlossen worden, am ersten Mai eine Kundgebung zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages und anderer Forderungen zu veranstalten, nicht aber, um die Fabrikanten zu veranlassen, diese Forderungen anzuerkennen, sondern um die gefehenden Körperschaften und die Behörden zu veranlassen, diesen Forderungen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein auf dem Pariser Kongreß gestellter Antrag, zu diesem Zwecke am 1. Mai einen allgemeinen Generalstreik in Szene zu setzen, sei nach energischer Belämpfung durch die Vertreter von dem Kongreß abgelehnt. Zum Beweise hierüber überreichte der Verteidiger die deutsche Uebersetzung der Kongreßprotokolle, ausföhrend, daß das Schöffengericht die von ihm als notorisch erachteten Thatsachen nur aus unzuverlässigen Zeitungsnachrichten entnommen haben könne. Der Staatsanwalt erklärte, die erfrichtliche Feststellung in Bezug auf den geplanten Generalstreik nach den vorgelegten Protokollen nicht aufrecht erhalten zu können, erachte diesen Punkt der thatfächlichen Feststellung aber auch für unerheblich; es bleibe, wenn man diesen Punkt fallen lasse, immer noch der Thatbestand der verführerischen Thätigkeit bestehen und für dies Vergehen sei die erkannte Gefängnisstrafe angemessen. — Der Gerichtshof erkannte unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Erkenntnisses auf Freisprechung des Angeklagten, da die Aeußerung des Angeklagten nicht ohne Weiteres in dem Sinne aufgefaßt werden könne, den das Schöffengericht darin gefunden hat.

Soziale Uebersicht.

Cöln-Meisen a. Elbe. Achtung, Lämpfer! Die Arbeiter der Oefenfabrik und Kunstziegelei wurden am 10. November d. J. wegen unerhörter Lohnreduzierung gezwungen, die Arbeit niederzulegen; alle Einigungsversuche der Arbeiter wurden abgelehnt. So bitten wir, den Jutag nach Meisen streng fernzuhalten und uns kräftig zu unterstützen. Arbeiter, Genossen, Proletarier, verlaßt uns nicht in unserem Kampfe, damit uns der Sieg bleibe. Briefe und Sendungen sind zu richten an das Streikomitee, Karl Glomba, Lämpfer, Winterhafen, Cöln a. Elbe. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung sämmtlicher an Goldbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter fand am Sonntag, den 25. d. Mts., unter dem Vorsitz des Kollegen Koboldt statt. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, sprach der Vorsitzende sein Bedauern über den schwachen Besuch aus. Alsdann nahm Kollege Stein das Wort zum Situationsbericht. Er führte aus, daß auf der Gewerkschaftskongress Zentralisation als wünschbar anerkannt worden sei und forderte dazu auf, sich recht zahlreich in die Mitgliederliste einzzeichnen zu lassen. Es ließen sich 22 Mitglieder aufnehmen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: F. Koboldt, I. Vorsitzender, G. Pantnin, 2. Vorsitzender, M. Schadow, Kassirer, G. Lorenz, Schriftführer, F. Maas, 2. Schriftführer, G. Köppen, F. Ott, G. Matthes, Revisoren. Im Punkt „Verständenes“ legt Kollege W. Wolf sein Amt in der Berliner Streik-Kontrollkommission nieder und es wurde Kollege J. Mühl dafür gewählt. Es wurde bekannt gemacht, daß Kollege Wilhelm in der Charitee liegt. Alsdann richtete der Vorsitzende noch einen Mahnruf an die Fachvereins-Mitglieder, ihre Bücher in Ordnung zu bringen und dahin zu wirken, daß die Hölle groß und stark werde und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die neue Vereinigung.

Feldhühnerarbeiter. Am 24. tagte bei Jentz eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Feldhühnerarbeiter und Berufsgenossen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Stadtverordneter Heindorf einen 1-stündigen, sehr lehrreichen Vortrag über die Umgestaltung unserer heutigen Wirtschaftsverhältnisse, und erklärte, daß man nur durch eine ganz straffe Organisation Schritt für Schritt die Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsweise erkämpfen könne. Die daraus folgende Diskussion war eine lebhafte und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, um mit Hand anzulegen an der Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsverhältnisse, sich voll und ganz dem Verein der Feldhühnerarbeiter anzuschließen.“ — Der Zweiter Vortrags wurde mit einigen Änderungen angenommen. — Unter „Verständenes“ wurde eine Agitationskommission gewählt aus folgenden Kollegen: Link, Rader, Steffen, Franz Reuter, Strauß, Kiehl, Krause; ferner wurde den frewilligen Perlmutter, den Schwegener Tabakarbeitern und den Erlurter Schuhmacher je 10 M. aus dem Fonds bewilligt. Zum Schluß machte Kolll. Lange noch bekannt, daß die Bibliothek

lich bei Kuhlney, Rosenstr. 30, befindet und daß die Bücher Sonntags ausgegeben werden.

In der öffentlichen Versammlung der Freien Gemeinde zu Niddorf sprach am 22. November Herr P. u. s. in einem voll besetzten Saale über die leibliche, geistige und geistliche Noth Niddorfs im Anschluß und zur Widerlegung der Ausführungen des Herrn Pastors Püschel auf der lutherischen Konferenz in Dortmund. Ihm entgegenete Herr Püschel, der sich über die ruhige Haltung der Versammlung nicht genug wundern konnte. Ferner sprachen noch Herr Stadivordneter Klein, W. Werner und H. Krüger, bei dessen Ausführungen die Schullehrer unter Führung des Geistlichen den Saal verließen. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung mit folgender Resolution um 12 1/2 Uhr Nachts geschlossen:

Die von circa 1000 Personen beiderlei Geschlechts besuchte Versammlung der Freien Gemeinde zu Niddorf ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht sich nur von den Bestrebungen Erfolg, welche auf dem Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung stehen.

Der Ueberschuß der Zellerfassung wurde den Erfurter Schuhmachern überwiesen.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins und Umgegend referierte Herr Türl über „Hegenprozesse.“ An der Diskussion beteiligten sich die Herren Meißner und Lehmann. Zum Schluss verlas Herr Thale die Berichtigung eines Verammlungsberichts der Freien Vereinigung aus dem „Zimmerer“, auf deren Diskussion die Versammlung verzichtete.

Die Filiale 5 der Maler hielt am 13. d. M. ihre Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Schweizer über die Entwicklung des Weltalls sprach. Sein Vortrag erntete reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich Herr Gnadt und Heidemann. Der Referent beantragte darauf die Anschaffung wissenschaftlicher Werke für die Bibliothek. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung beschloß hierauf noch die Unterstützung der gemäßigten Vernigeroder und Dessauer Kollegen und wählte eine Kommission zur Ermittlung eines passenden Versammlungsortes. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, einen Kollegen auf Grund des § 7 auszuscheiden.

Der Fachverein der Berliner Stukature und Verasgenossen hielt am 17. November eine Versammlung ab, in welcher Bildhauer Schneider einen Vortrag über: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“ von Besamy hielt. Neu eingezogen ließen sich 13 Mitglieder. Die Lichtarbeit auf dem Bau wurde zur Sprache gebracht. Kollege Braum verwies auf den Kongressbeschluss, welcher eine Resolution auf Befestigung der Lichtarbeit annahm. Folgender Antrag war eingegangen: „Die heutige Versammlung wolle beschließen, die Lichtarbeit auf dem Bau auszuschließen.“ Eine umfangreiche Diskussion fand über diesen Antrag statt, der schließlich gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Bezüglich des Abfallens von Stücktheilen wurde beschlossen, bei event. Fällen den Vorstand zu ermahnen, gegen solche Firmen vorzugehen, bei welchem „Schundarbeit“ geliefert wird. Unter „Verschiedenem“ wurde auf die Bestrebungen der Gastwirtsgehilfen aufmerksam gemacht und die Anwesenden wurden aufgefordert, diese junge Organisation dadurch zu unterstützen, daß sie in den Lokalen, in welchen sie verkehren, sich von den Keilern die Mitgliedsbücher vorzeigen lassen und daß sie nur denen ein Trinkgeld geben, welche der Organisation angehören. Nachdem noch der Antrag angenommen, den ausgesperrten Schuhmachern in Erfurt nach Ermessen des Vorstandes eine Unterstützung zu bewilligen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Versammlung der Berliner Glaschleifer. Am 24. d. M. referierte Genosse Horn aus Söbtau-Dresden über die Aussperrung der Glasarbeiter Bergedorfs und forderte zu thätigster Unterstützung des Verbandes der deutschen Glasarbeiter auf. Eine dies befragende Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion führte Kollege Mager aus, daß es nicht allein darauf ankomme, bestehende Schäden im Gewerbe, die in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ihre Wurzel haben, zu beseitigen, die nächste Aufgabe müsse die sein, prinzipienreue Männer zu schaffen, die aufgeklärt darüber seien, was sie angesichts der heutigen drückenden Zustände zu thun haben. Auch die Berliner Glaschleifer müssen mit in den vordersten Reihen der Arbeiter stehen, die für eine bessere Zukunft, ein glücklicheres Dasein kämpfen. Kollege Meißner wies darauf hin, daß die Fabrikanten, welche verlangen, daß die Arbeiter die Gesetze respektieren, selbst keine Achtung vor den Gesetzen haben; dies beweisen die Aussperrungen in Bergedorf und an anderen Orten. In Verschiedenem machte Herr Horn noch auf das Befehlen der zentralisierten Krankenkasse der Glasarbeiter Deutschlands aufmerksam, und daß es Pflicht der Arbeiter

sei, die seitens der Regierung bedrängten freien Hilfskassen zu unterstützen.

In der Versammlung der Lohgerber und Lederzurichter am 23. d. Mts. besprach Herr Duffe den Rückgang des Fachvereins und dessen Ursachen. Kollege Weber beantragte Anschluß an den Zentralverein, mehrere andere Redner Einschränkung in den Ausgaben. Zu Delegirten für den Delegirten-tag am 26. und 27. Dezember wurden die Kollegen Busse und Krause, zum 2. Vorsitzenden Kollege Ebel, an dessen Stelle als Beisitzender Weber gewählt. Das Stützungsfest der Freien Vereinigung findet am 29. d. Mts. in der Brauerei „Königsstadt“ statt.

In Charlottenburg fand am Sonntag, den 23. November eine Mitglieder-Versammlung der freien Dissidenten-Gemeinde statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Statutenberatung 2. Vorstandswahl. Das Statut wurde mit geringer Änderung angenommen. Der provisorische Vorstand wurde vorläufig als solcher noch beibehalten. Auskunft in Kirchen-Austritts-Angelegenheiten erteilten: Wilhelm Schulz, Wallstraße 32; Gustav Zippert, Wilmerdorferstraße 133; Gustav Leupold, Charlottenburger Ufer Nr. 5a.

Rummelsburg. Am Sonntag, den 23. November, fand in Rummelsburg eine gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Herr Th. Meyer unter großem Beifall über „die Religion“ referierte. Es wurde eine Resolution angenommen, in der man sich mit den Ausführungen des Referenten für einverstanden erklärte. Ebenfalls wurde noch eine zweite Resolution angenommen, in welcher sich die Anwesenden verpflichteten, nur solche Lokale zu besuchen, welche den Arbeitern voll und ganz, auch für Versammlungen zur Verfügung stehen.

Niddorf. Am Todensontag, den 23. November, fand eine öffentliche Versammlung des Vereins der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter in Niddorf statt. Kandidat Boas referierte über „Krankheit und frühen Tod vom sozialpolitischen Standpunkt“ und führte zunächst aus, daß der heutige Tag dazu angethan sei, bei jedem denkenden Arbeiter die Frage anzugehen, ob die Geforderten, die heute von so vielen betrauert werden, nicht dem Leben noch länger hätten erhalten bleiben können. Siedthum und früher Tod würden herbeigeführt durch allzugroße Ausbeutung der Arbeitskraft bei mangelhafter Ernährung. Eine Hauptbedingung der Gesundheit liege in der Erziehung der Kinder im zartesten Alter. Man müsse dem Uebel von der Wurzel aus beizukommen suchen und dies könne nur durch die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geschehen, welche sich die Sozialdemokratie zum Ziel gesetzt habe. — In der Diskussion sprachen die Herren Steinmar und Knaf-Berlin. Als Letzterer meinte, daß heute viele ihren letzten Groschen zu einem Kranke hergeben und trotzdem nicht wüßten, was sie morgen essen oder brechen sollten, oder woher das Geld zum Steuern zahlen nehmen, erhob sich der überwachende Beamte und forderte, daß nichts „Politisches“ hineingetragen werden solle, da sonst die Frauen den Saal verlassen müßten. Es entstand eine allgemeine Erregung, viele Anwesende meldeten sich zur Geschäftsordnung und konstatierten, daß Herr Knaf nichts „Politisches“ gesprochen habe, worauf der Beamte dazwischen schrie: „Janohi, es ist von Steuern gesprochen worden.“ Der Vorsitzende erwiderte dem Beamten, daß er gar kein Recht habe, dazwischen zu reden, worauf Letzterer die Versammlung für aufgelöst erklärte. Gejagt, laut welches Gesetzesparagrafen er dies thue, antwortete jener: „Das anzugeben habe ich nicht nötig!“ — Beschwerde ist eingereicht.

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 30. November, Nachmittags 3 Uhr, in Lehmann's Salon, Schwedterstr. 25.

Sozialdemokratischer Wahlverein in 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Große Versammlung am Freitag, den 23. November 1900, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Berliner Streik-Kontrollkommission. Freitag, den 23. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Feigmann's Salon, Alte Jakobstr. 48a, Versammlung der Delegirten. Punkt 9 Uhr Berlesung der Protokolle.

Vergnügungs- und Theaterverein „Julkania“ in Roth's Restaurant, Sinterstr. 73. Gäste willkommen. Geburtsstagsfeier.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Sonntag, den 23. November, Vormittags 10 Uhr, in den Arminkalen, Kommandantenstraße Nr. 20 (oberer Saal), Ausschluß-Sitzung. Aufnahme von Vereinen. Wandertour ist gestattet.

An die gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 23. November, Abends 9 Uhr, findet in dem Festsaal, Oranienstraße 10, ein gemächliches Besammeln (naheher Tanz) des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend statt. Der Ueberschuß, der erzielt wird, soll an zwei verunglückte Mitglieder verteilt werden. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich daran zu beteiligen; auch können Gäste durch Mitglieder eingeführt werden. Eintritt frei.

Freizeitliche Gemeinde, Holtenauerstraße 28. Sonntag, den 23. November, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über das Thema: Ist Trugend lehrbar? Gäste sehr willkommen.

Berliner Vegetarier-Verein. Heute, Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Stadthaus, Kommandantenstraße 72, öffentlicher Vortrag des Herrn Ingenieur Reidel über: Wie lebt man gut und billig?

Große öffentliche Steinbruch-Versammlung am Freitag, den 23. November, Abends 7 1/2 Uhr, in Müller's Lokal, Johannstraße 29.

Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter von Schöneberg und Umgegend. Am Sonntag, den 29. November, in Grünberg's Hof, Schöneberg, Schönebergstr. 13, Familien-Tanzabend.

Interessenzverein der Maurer Charlottenburg. Große Versammlung am Freitag, den 23. November, Abends 8 Uhr, in Bismarckstraße, Wilmersdorferstraße 23.

Kess- und Diskutirkab. Freitag, Karl Marx, Abends 9 Uhr, bei Schäfers, Mariendorferstr. 19. Gäste haben Zutritt. — Freie Kritik, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wiedert, Grünstraße 21, Freunde willkommen. — „Süden“, Abends 8 1/2 Uhr bei Schwarzkopf, Stalperstr. 11. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme von Mitgliedern. Männer-Gesangverein „Collegia“, Restaurant Weichenbergerstr. 16. — Gesangverein des Fachvereins der Bucher Berlins und Umgegend „Gemüthlichkeit“, Seidelstr. 21 bei Dreher. — Sängerbund Männerchor Berlin, Alte Jakobstr. 75 bei Feuerlein. — Männer-Gesangverein der Berliner Schmiedek. Kopenh. 68 bei Schirmer. — Arbeiter-Gesangverein Nord-Brandenb. 38 bei Gnadt. — Gesangverein „Vorderfront“, Restaurant Wilmersstr. 11. — Kaffeeh. Männerchor, Schönhofstr. 12 bei Hoge. — Gesangverein „Smeralda“, Große Frankfurterstr. 18 (8 Uhr). — Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung“, Friedrichsberg, Friedrichstr. 11 bei Lippe.

Gesang-, Karne- und gefellige Vereine. Freitag, Arbeiter-Gesangverein „Wilhelm Seeger'sche Liedertafel“, Abends 9 Uhr bei Trutz, Weichenbergerstraße 33, Uebungsstunde, Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor Berliner Musikanten, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Müller, Johannstr. 29. — Männer-Gesang-Verein „Anton“, Abends 9 Uhr, in der Berliner Sod-Brauerei.

Vergnügungsvereine „Stück auf“, Abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Böhm, Lichtstr. 29. Nach der Sitzung Tanz. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Seife“, Sitzung mit Damen von 8 1/2 Uhr ab, Adalbertstr. 28 bei Böhm. Gäste willkommen. — Gefelliger Verein „Zimmern“, Abends 9 Uhr, im Restaurant Feincke, Oranienstr. 99. — Verein ehem. Schüler der 28. Gemeinder-Schule, Sitzung, Abends 9 Uhr, im Grand Restaurant „Kornblume“ (Zuh. Otto Roll), Andreasstr. 2. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.

O. G., Cöper. Auch die andere in Ihrem Berichte enthaltene Abrechnung konnte wegen Raummangels in den redaktionellen Teil nicht aufgenommen werden.

O. G., Cöper. Die Abrechnung kann im „Volkblatt“ nur als Annonce erscheinen.

O. F., Schriftführer der freien Dissidenten-Gemeinde. Wir können uns das Recht, Berichte zu kürzen, von Niemandem verschänken lassen. Sie haben vermuthlich keine rechte Vorstellung davon, wohin es führen würde, wenn wir diesen Grundfay fallen ließen. Schon jetzt reicht der Platz in unserem Blatte, den wir für den Vereins- und Versammlungstheil zur Verfügung haben, nicht aus.

F. M. Das Geld, welches die Tochter unter den von Ihnen angegebenen Umständen ihrem kranken Vater gegeben hat, gilt als geschenkt; die Klage auf Rückzahlung muß daher abgewiesen werden.

Rother Herrmann. Daß Sie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurtheilt worden sind, würde die Verfassung der Schankkonzession nicht rechtfertigen.

F. 1. Auf Klimente für ein uneheliches Kind kann noch geklagt werden, nachdem dasselbe das 4. Lebensjahr zurückgelegt hat. Wenn aber der Verklagte nie zuvor aufgefördert worden ist und den Klageanspruch im ersten Termine sofort anerkennt, so sind die Kosten dem Kläger aufzuerlegen. Die Ansprüche der Mutter auf Tauf-, Entbindung- und Sechswochenkosten verjähren in zwei Jahren.

E. G. Brandenburgstr. Ob und in welcher Höhe der Sohn seine Mutter unterstützen muß, kann nur beurtheilt werden, wenn man die Höhe des Arbeitsverdienstes des Ersteren, die Zahl der etwa vorhandenen unterstützungspflichtigen Geschwister und die Erwerbsverhältnisse der Mutter kennt. Die Mutter bei sich aufzunehmen, kann der Sohn nicht gezwungen werden.

Briefkasten der Expedition.

J. I. Agram. Das Abonnement reicht bis ultimo Dezember. Der Preis beträgt (täglich per Kreuzband) 2 M. pro Monat.

Walter in Amsterdam. Aus unseren Inseraten müssen Sie doch ersehen haben, daß das Protokoll des Parteitag's noch nicht erschienen ist. Ihre Postanweisung haben wir erhalten und ist ihre Bestellung notirt. Uebel, Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, ist vergriffen und eine neue Auflage im Druck; Erscheinungstermin kann noch nicht angegeben werden. Sozialdemokratisches Liederbuch ist vergriffen, außerdem aber in der bisherigen Form verboten; eine neue, veränderte Auflage, von Max Regel bearbeitet, erscheint demnächst im Verlage von J. S. W. Dieß in Stuttgart.

Schultheiss' Brauerei

Actien-Gesellschaft,

Schutzmarke. Berlin N., Etiquette. Schönhauser Allee 36-39.




Die unterzeichnete Brauerei sieht sich veranlasst, die Consumenten ihrer Biere wiederholt darauf aufmerksam zu machen, dass die in der Brauerei gefüllten Flaschen sämmtlich mit der Schutzmarke und dem eingebrannten Firmastempel der Brauerei versehen sind.

Die Preise sind nach wie vor:

- 20 Flaschen Versandbier . . . à 1/10 Liter = 3 Mark.
- 24 Flaschen Versandbier . . . à 2/3 Liter = 3 Mark.
- 24 Flaschen Lagerbier . . . à 1/10 Liter = 3 Mark.
- 30 Flaschen Lagerbier . . . à 2/3 Liter = 3 Mark.

Bestellungen sowie etwaige Beschwerden über irgend welche Unregelmäßigkeiten beliebe man direct an die Direction der unterzeichneten Brauerei zu richten. 890

Schultheiss' Brauerei Act.-Ges.

Zahn-Atelier

Andreasstrasse 60 I Treppe
Eingang Kleine Andreasstraße
Otto Arendt.

Schmerzloses Zahnziehen, Nervenöden, Plombiren, Anfertigung ganzer Gebisse und einzelner Zähne unter Garantie guter Ausführung bei solidesten Preisen.

Emil Tiersch

Uhrmacher
21-22 Brunnenstr. 21-22
(neben Greifenhagen)

empfehle sein großes Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren u. Kotten zu soliden Preisen. 804

Reparaturen unter Garantie!

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft.

Wilh. Pahr, Nr. 8 am Pappelpl.

Kinderwagen, gebr., auch solche um Feuerung heranzuhol. Kottbuserstr. 13.

Es werde Licht!

Boesen von Leopold Jacoby.
Stuttgart bei J. H. W. Dietz.
Preis 50 Pf.

* Vorher durch das Sozialisten-Gesetz verboten. 612

Evorabräu.

vom Fass à Glas 10 Pf. sowie vorzügliches Weißbier empfiehlt

Bruno Feige, Vert.

Markusstraße 31, an der Frankfurterstraße.
Vereinszimmer mit Klavier. „Volkblatt“ und „Tribüne“ liegen aus.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein

Beiz- u. Bairisch Bier-Lokal.
Alb. Nemitz, Gr. Frankfurterstr. 27, Eingang Rebuserstraße.

Allen Freunden u. Bekannten empfehle mein Weiss- und Bairischbier-Lokal, schönes Vereinszimmer mit Piano. 826] O. Otto, Heimstr. 11.

Im Monplaisir, Meyerstraße 1: Jeden Abend: Gr. Gassenauschieben. Sonntag: Die Sänger Heiserkeit über ein neues Stück ein. 866

Großes Vereinszimmer zu vergeben Hagenauserstr. 10. 867

Gangbare Restauration (Cafe) Fruchtstr. 1-2 sofort zu verkaufen. [871

Den Parteigenossen empfehle mein gut sortirtes Lager von Damen-, Herren- und Kinder-Stiefeln zu zeitgemäßen Preisen. Bestellungen nach Maß werden gut ausgeführt. [192

A. Woyack, Müllerstr. 12c.

Kl. Tischlerei zu verkaufen, zu erst. Straßunderstr. 27 im Lokal. 883

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 809

Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, 11.

Dr. Hoersch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Schlittsch, gebr., v. 20 Pf. a. Kottbuserstr. 13

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk.

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.

Arbeiter!

Fily- und Seidenhüte m. Arbeiter-Kontrollmarke empfiehlt

Franz Haupt, Hutmacher, Gr. Frankfurterstr. (alte Nr. 140, neue Nr. 145) zw. Frucht- u. Remelerstr.

Frdl. möbl. Schlafst. sep. für 2 Herrn. Belle-Alliancestr. 93 Dg. 2 Tr. I. b. Poger.

Eine Schlafstelle ist zum 1. Dez. zu vm. b. Subela, Mantuffelstr. 91. [875

Frdl. Schlafstelle für 1-2 Herrn (en. v. Kirchbachstr. 3, Dg. 4 Tr. I. [874

Frdl. Schlafstelle für Herrn z. verm. Neue Königstr. 75, Dg. 2 Tr. Hansbols.

Arbeitsmarkt.

E. geübt. Einpacer auf Goldleisten vl. Krüger & Günther, Andreasstr. 10.

Wir suchen einen besseren intelligenten Laufburschen zum sofort. Antritt. [868

Caesar Schwarzwald & Co., Prinzeßinnenstr. 26.

Feiler u. Schleifer der polit. Rigebst. Knefbeckstr. 11.

Adolph Kehr.

Trinken Sie Mampes Bitter

Vorräthig in allen Colonial- und Delicatess-Handlungen à Flasche 60 Pf., 1.-M. und 1,80 M., Probeflaschen 25 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Paake in Berlin. Druck und Verlag von Max Pading in Berlin SW., Weuthstraße 2.

Die siegende Macht revolutionärer Ideen

Beginnt sich in unserer Zeit mitten im Strome der äußerlich noch die Herrschaft behauptenden konservativen Gedanken immer deutlicher zu vernehmen.

Fast könnte es scheinen, als ob sich die Ideengestaltung während der letzten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts unmittelbar an die zahllosen revolutionären Gedankenkeime, welche am Ende des vorigen Säkulums die Atmosphäre der großen französischen Revolution erfüllten.

Wer sich indessen in die Geschichte der beiden letzten Jahrhunderte vertieft, findet, daß einerseits die revolutionären Ideen, welche am Herde der französischen Revolution aufeinander plähten, gleichzeitig oder auch schon vorher in anderen Ländern, wo es zu einer gewaltrevolutionären Volksbewegung kam, aus Licht der Dessenlichkeit getreten sind, während andererseits der revolutionäre Gedankenstrom sich auch in unserem reaktionsgeprägten Jahrhundert unausgesetzt fruchtbar erwiesen und auf dem Boden der Gesehgebung, vielfach ohne daß es so recht zum Volksbewußtsein drang, Blüten und Früchte gezeit hat.

Einer jener sozialpolitischen Gedanken, die so unrevolutionären Charakteres waren, daß sie selbst in der gewaltigen Umwälzung aller politischen und sozialen Verhältnisse durch die französische Revolution nur theoretisches Leben, nicht aber praktische Gestaltung und Wirksamkeit gewannen, ist die Idee, welche in dem bekannten Verfassungsentwurf Maximilian Robespierres eine hervorragende Stellung einnahm und in folgenden Worten ihren Ausdruck fand:

Die bürgerliche Gesellschaft ist verpflichtet, für den Unterhalt aller ihrer Glieder zu sorgen, indem sie ihnen entweder Arbeit verschafft oder denjenigen, welche zu arbeiten nicht im Stande sind, Mittel zur Existenz gewährt.

In einer den revolutionären Charakter vom letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts scharf kennzeichnenden Weise war derselbe Gedanke schon einige Jahre früher in dem vom aufgeklärten Despotismus Friedrich II. regierten Preußen aus Tageslicht gekommen, dem zu jener Zeit in der Schöpfung seines allgemeinen Landrecht ein bedeutender Fortschritt im Gebiete der Rechtsentwicklung gelungen war.

Der Paragraph 2, Titel 19, Theil II, des Allgemeinen Landrechts sagt:

Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Versorgung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen können. Diejenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit fehlt, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.

Aber gerade die revolutionärsten Gedanken erscheinen in den Zeiten ihres ersten Auftretens oft am schwächsten und wirkungslosesten, da ihnen nicht nur in den praktischen Verhältnissen, sondern auch in den herrschenden Anschauungen nicht selten die größten Hindernisse gegenüber standen.

Sowohl das preussische „Allgemeine Landrecht“ wie der Verfassungsentwurf Robespierres nahmen die Unterstützung und Hilfebedürftigen unter die Pflichten des Staates auf und erkannten somit dem Anspruch der Hilfsbedürftigen den Rang eines Rechtes zu.

Dieser Pflicht sich der Armen anzunehmen war nun bis dahin der Staat sich niemals beruht geworden.

Die Armen hatten zwar auch früher Unterstützung gefunden, aber doch hauptsächlich auf dem Wege des Bettelns, auf dem ihnen die private Wohlthätigkeit gutmüthiger Menschen und das Bedürfnis der Kirche entgegenkam, durch ihre angeblich gottgefällige Hilfsbereitschaft bei den Gläubigen Bewunderung und Gerechtigkeit zu erwecken.

Aber ebenso wie die staatliche Gesehgebung während früherer Zeit weit davon entfernt blieb, ein Recht der Armen auf Hilfe anzuerkennen, ebenso wenig hat die Gesehgebung der Kirche, zwar bezeichnete die Reichspolizei-Ordnung vom Jahre 1577 es als eine Pflicht der Gemeinden, ihre Armen zu erhalten. Aber niemand dachte daran, diese Pflicht zu erfüllen; und in Kriegsjahren — besonders in solchen, die, gleich dem dreißigjährigen Kriege, ein Uebermaß von Noth und Elend über weite Landstriche brachten — waren die allermeisten Gemeinden völlig außer Stande, auch nur einen Theil ihrer auf dem Papier der Reichspolizei-Ordnung stehenden Armenunterstützungs-Pflicht zu erfüllen.

Bei all dem ungeheuren Jahrhundert auf Jahrhundert überdauernden Kriegselend, das Meere von Blut über alle europäischen Länder ergoß und die besten Keime edelmenschlichen Empfindung erstickte, ging allgemach auch die Neigung zu privater Fürsorge für die Armen und Gebrechlichen nahezu gänzlich unter. Dafür machte sich das Bedürfnis geltend, für die als Geiseln der Kriegsbabaren überallhin verbreiteten Herzlosigkeit irgend eine der wissenschaftlicher Rechtfertigung zu finden; und diesem Bedürfnis kam der englische Pfaffe Malthus eben recht, der im Jahre 1798 erschienenen „Versuch über das Bevölkerungsgeheh“ nachzuweisen sich bemühte, wie weise es die Natur einrichte, wenn sie durch Kriege und Pestilenzen den überflüssigen Theil der Menschheit gewaltsam ausrotte. Er behauptete:

Ein Mensch, der in einer schon okkupirten Welt geboren wird, ohne daß seine Familie die Mittel hat, ihn zu ernähren, oder wenn die Gesellschaft seiner Arbeit nicht bedürftig ist, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgend einen Theil der Nahrung zu verlangen. Er ist zu viel auf der Erde; bei dem großen Gastmahl der Natur ist kein Gedel für ihn aufgelegt. Die Natur gebietet ihm, abzutreten und sie versäumt nicht, diesen Befehl selbst zur Ausführung zu bringen.

Die Malthus'sche Brutalität war natürlich Wasser auf die Mühle aller Staatsweisen, die um die Wende des letzten Jahrhunderts allerdings auch anderes zu thun fanden, als sich um die Rechte der Armen und Elenden zu kümmern.

Um den die Staatspflicht der Armenunterstützung behandelnden Landrechtsabschnitt kümmerte sich daher kein Mensch, und der Robespierres's Verfassungsentwurf ging die Revolution zu ihrer blutigen Tagesordnung über, die Reaktion aber hütete sich, aus den Trümmern der so rasch niedergeworfenen Volksherrschaft wieder hervorzuholen.

Anfangs der 40er Jahre endlich erinnerte sich der preussische Gesehgeber an die Staatspflichten gegen die Armen und es ward jenes Geseh vom 2. Dezember 1842 geschaffen, wonach jeder arme von derjenigen Gemeinde, in der seine Hilfsbedürftigkeit hervortrete, unterstützt werden müsse, vorbehaltlich des Erfalles der endgiltig verpflichteten Korporation, und auch jenseits der Gesehgebung anderer deutscher Länder, so die bairische, württembergische und badische, schufen Armengesetze, die in Verbindung mit den bezüglichen Heimathgesetzen den Hilfsbedürftigen schon nicht mehr ganz unwesentliche Unterstützung gewährten.

Das Reichsgeseh vom 6. Juni 1890 erweiterte das preussische Geseh vom 31. Dezember 1842 und ging in seine Bestimmungen von dem gesetzlichen Prinzip der Freizügigkeit aus.

Danach fiel nicht der Heimath die Unterstützungspflicht zu, sondern demjenigen Orte, von dem man annehmen konnte, daß er in einer gewissen Zeit von der freien Thätigkeit des Hilfsbedürftigen Gewordenen die meisten Vortheile gezogen habe.

Zweijähriger Aufenthalt an einem Orte genügt seitdem zur Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes und des Rechtes auf Unterstützung. Die Unterstützung liegt der betreffenden Ortsgemeinde oder einer Mehrtheit von Gemeinden ob, welche vom Gesehe der Ortsarmen-Vereinigung genannt wird.

Wer keinen Unterstützungswohnsitz erworben hat, gehört dem Landarmenverbande an und dieser ist entweder der Bundesstaat, dem der Hilfsbedürftige angehört oder ein von ihm, entsprechend der den Bundesstaaten im Gesehe vorbehaltenen Besugniss, eingerichteter, räumlich abgegrenzter Verband, deren in einem Bundesstaat mehrere bestehen können.

Die Unterstützungspflicht und das Recht auf Unterstützung tritt nach diesem Gesehe im Momente der Hilfsbedürftigkeit in Kraft und ist an keinerlei Bedingungen geknüpft, — gleichviel wie und was der Hilfsbedürftige gethan und was er etwa vorher gethan oder unterlassen haben sollte.

Ein Mangel dieses Gesehes ist es jedoch, daß es keinerlei Anhaltspunkte dafür bietet, wer denn eigentlich als arm im Sinne des Gesehes zu betrachten ist. Den persönlichen Anschauungen und Neigungen der Beamten der Gemeindeverbände ist durch diese Lücke des Gesehes viel zu viel Spielraum gewährt, und die Thatsache, daß Beschwerde an die Ober-Verwaltungsbehörde gestattet ist, ändert an diesem Uebelstande nur sehr wenig.

Mit dem Gesehe über den Unterstützungswohnsitz war nun zwar der Staat auf dem Wege zur Anerkennung der Menschenrechte einen erheblichen Schritt weiter gegangen, aber er hat doch weiter nur eine im Verhältnis zu dem ferneren, großen Ziele sehr weiten Schritt vorwärts gethan und ist noch weit hinter dem zurückgeblieben, was vor jetzt mehr als 100 Jahren das preussische allgemeine Landrecht als Pflicht des Staates anerkannt hat.

Briefe aus England.

London, den 22. November 1890.

Die Krisis auf dem Londoner Geldmarkt, die der Krach im Hause Baring mit sich zu bringen drohte, ist für den Moment überwunden, und damit scheinen auch diejenigen Rückwirkungen abgewendet, die jede umfassendere Geldkrisis auf die industrielle Geschäftswelt zu haben pflegt. Immerhin hat das Vertrauen in die Sicherheit der „angelegten Berthe“ einen erheblichen Stoß erlitten, und es wird wohl eine Weile dauern, bis die Börse und ihre Kundenschaft sich wieder in der wohnigen Stimmung befinden, die das berühmte Wort zum Motto hat: „Nach uns die Sintfluth“, d. h. nach uns der Krach. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß, bevor es dahin kommt, bevor das Gründungsgeschäft wieder auf der vollen Höhe sich befindet, eine andere Krisis eintritt, ausgehend nicht vom Geld, sondern vom Industriemerkte. Wir nähern uns sichtbar der Periode einer Erschlaffung, der „Glan“, mit dem der Auflösung der Geschäfte im Vorjahr sich vollzog, hat bereits erheblich nachgelassen, wenn auch noch von keinem eigentlichen Rückgang die Rede ist. Es braucht aber hier nicht des ausführlichen dargelegt zu werden, warum schon ein Aufhören der Aufwärtsbewegung in ihren Wirkungen gleichbedeutend mit einem Rückgang ist.

Die Umstände, welche den Krach im Hause Baring herbeigeführt, hat der Telegraph bereits in alle Welt gemeldet und auch das „Berliner Volksblatt“ hat davon gebührend Notiz genommen. Wie immer in solchen Fällen, hat der nicht mit der Börse direkt in Verbindung stehende Theil des Publikums, die große Masse der Nichteingeweihten — und zu ihnen gehört leider auch der Schreiber dieser Zeilen — hier am Ort viel später den Namen des wankenden Welthausers erfahren, als die auswärtige Welt. Die hiesige Presse hat einen Heidenrespekt vor einem Prozeß wegen Krediterschädigung, und so berichtete sie in den ersten Tagen immer nur von der gefährdeten Situation eines der ersten hiesigen Emissionshäuser. Das es die berühmte Firma Baring Brothers p. Co. war, das erfuhr der große Haufe, die misera contribuens plebs erst, als bereits Rothschild und die Bank von England helfend eingegriffen. Noch am Sonnabend Morgen hieß es im Börsenbericht eines der großen Blätter, daß die Gerüchte, welche über die Zahlungseinstellungen eines großen Hauses herumliefen, welches als „niedrige Verleumdung“ seien. Am Montag erfuhr der Leser, daß es bittere Wahrheit war, aber der Name der Firma wurde ihm noch vorenthalten, den brachten erst die Abendblätter.

Von einem „Falliren“ der Firma Baring ist jetzt nicht mehr die Rede, der Reichthum der Kapitalmagnaten, die zu ihren Klän gehören, ist so groß, daß die Rothschilds und Konsorten wirklich nichts riskiren, als sie ihr über die „kleine Verlegenheit“ hinweggeholfen. Außerdem, Argentinien ist ein so reiches Land und hat eine so große Zukunft, daß selbst die Miswirtschaft seiner Regierungen nicht dagegen auskommt. Und da die Barings sich für ihre Anleihen Sicherheiten über Sicherheiten ausbedungen haben, so werden sie auch wahrscheinlich nach dieser Seite hin wieder auf die Kosten kommen. Es wird aber etliche Zeit darüber vergehen, und inzwischen werden es die Rothschilds sein, die von der Schüssel Südamerikas das Fett abschöpfen werden. Die Proletarier aus aller Herren Länder, die jenes von der Natur gesegnete Land aufsuchen, um dem Kapitaldruck, der in der alten Welt auf ihnen lastete, zu entgehen, dürfen beruhigt sein. Es geht dem kapitalistischen Europa kein Tropfen von dem ihm gebührenden Antheil an ihrem Schweiß und Blut verloren.

Neben dem Bischen Fegefeuer, das ihm die hohe Finanz zu kosten gegeben, hat das hiesige Publikum auch eine politische Sensation ausgesetzt erhalten, die auch einen gewissen böllischen Beigeschmack hatte. Ich meine den Gesehgebungs-Prozeß Parnell-O'Shea oder O'Shea-Parnell. Der „ungekrönte König“ von Irland hatte seine Privilegien etwas weiter ausgedehnt als ihm von Rechtswegen zusteht, und mit der Frau eines seiner Vasallen, nämlich des Kapitan O'Shea, ein Verhältnis unterhalten, das man bei gewöhnlichen Sterblichen Gesehbruch nennt. Das traute Pärchen trieb es schließlich so unehrlich, daß die Dienerschaft der Frau O'Shea und ihre sonstige Umgebung genau wußte, was die Glocke geschlagen, nur der, mittlerweile Dank dem Einfluß Parnells ins Parlament gewählte Herr O'Shea will nicht gemerkt haben, welche Krone er trug. Das ist um so merkwürdiger, als Herr O'Shea keineswegs ein mit den Gebräuchen der Welt unbelannter Wächterwurm, sondern ein flotter Weltmann, Sports- held u. s. w. ist. Hier und da will er zwar Verdacht geschöpft, aber sich immer wieder haben beruhigen lassen. Erst nachdem das Verhältnis etwa acht Jahre angedauert, wurden die Zweifel des Herrn O'Shea zur Gewißheit, und er leitete die Scheidungs-klage ein, merkwürdiger Weise um dieselbe Zeit, wo er vor der Parnell-Untersuchungskommission gegen die irische Partei auszusagte. Genug, Herr O'Shea steht mindestens in einem sehr zweideutigen Licht da, und es ist mindestens ausgeschlossen, daß auf fernem Entschluß, gerade jetzt die Scheidung zu betreiben, Gründe

eingewirkt haben, die mit dem was man Mannesehre nennt, nichts zu thun haben, so gewichtig sie sonst sein mögen. Denn das wußte natürlich der Herr O'Shea, daß er mit dem Prozeß nicht nur Herrn Parnell, sondern auch der ganzen Home-Rule-Partei krassen würde. Der Exterier ist durch die vor Gericht mitgetheilten Thatsachen aufs Aergste bloßgestellt. Weder er noch Frau O'Shea erschienen in der Verhandlung, ließen sich auch durch keinen Anwalt vertreten und gaben damit offen zu, daß der gegen sie erhobene Vorwurf des Gesehbruchs gerechtfertigt war. Aber das wäre das Schlimmste noch nicht gewesen. Aus den vom Anwalt des Herrn O'Shea verlesenen Briefen und den Zeugenansagen geht jedoch hervor, daß der ungekrönte König zwar die Rolle des verliebten Ritters zu spielen wußte, sonst aber auch keine Spur von Mitterlichkeit an den Tag gelegt hat. Ist Herr O'Shea die falsche Unschuld vom Lande, so ist Herr Parnell der falsche Wiedemann. Immer fühlt und überlegt, läßt er sich lieber aus der Affäre, statt dem ge-krönten Ehemann die verlangte Satisfaktion zu geben. Und Frau O'Shea? Die eine Thatsache, daß sie ihre eigene Schwester beschuldigte, mit ihrem Mann Gesehbruch getrieben zu haben, kennzeichnet sie zur Genüge.

Man braucht kein Pharisäer und Sittlichkeitsbeuchler zu sein, um durch das Bild, das dieser Prozeß enthüllt hat, gründlich angewidert zu werden. Es ist ein neuer Beweis, wie die „Pelligkeit der Ehe“, dieses Palladium der bürgerlichen Gesellschaft, in der Nähe ausbleibt. Nicht die Spur eines edlen Motivs in der ganzen Affäre. Herr O'Shea hat seine Frau als reiche Erbin — geberathet. Herr Parnell — nun, hätte er Frau O'Shea geliebt, so hätte er sie keine acht Jahre in den Händen eines anderen Mannes gelassen. Er wäre mit ihr durchgebrannt, hätte die Scheidung selbst erzwungen, kurz, alles gethan, das Weib seines Herzens heimzuführen. Aber keine Idee davon. Er sorgt nur für ein, sich nicht erwischen zu lassen. Und das ist freilich das Hauptgebot der bürgerlichen Respektabilität. Denn nun er schließlich doch erwisch wurde, ist das Geschrei groß in Israel.

Vor allem schreit und tobt der Chorus der Konservativen und Unionisten. Das ist zu natürlich, als daß darüber ein Wort zu verlieren wäre. Ich meine, natürlich, weil es dem Partei-Interesse derselben entspricht, nicht etwa, weil sie rigorosere Anschauungen in Bezug auf die Ehe, bürgerliche Moral u. dergl. begen oder heuchelten als ihre liberalen Gegner. Im Gegentheil, das religiöse Muckertum, die pietistischen Sektens, halten in England politisch zu den Liberalen. Gladstone ist in Bezug auf Religion, Ehe-Gesehgebung u. dergl. viel bornirter als drei Viertel seiner konservativen Gegner. Diese schreien, um die protestantische Orthodoxie zu sich herüberzuziehen oder wenigstens vom Homerule abzubringen. Und bei einem Theil derselben scheinen sie ein williges Ohr zu finden.

England ist das traditionelle Land der bürgerlichen Heuchelei. Es wird hier vielleicht nicht mehr geheuchelt als in anderen Ländern, aber die bürgerliche Heuchelei hat hier, wo das Bürgertum zuerst zur Herrschaft kam, sich am tiefsten eingebürgert, festere Formen, mehr System angenommen als anderwärts. Das erste Gebot aller Heuchelei ist aber: Laß Dich nicht abfassen. Und daß Parnell dagegen verstoßen, macht es seinen Verbänden sehr schwer, ihn zu halten. Solange Parnell nur den Gesehbruch praktisch betrieb, konnte man dem zweiten Gebot der Heuchelei: Du sollst nicht sehen, was Dir unangenehm ist, folgen und den blinden Mann spielen. Nun die Sache aber vor Gericht festgestellt ist, geht das nicht länger an, müssen sie sich offen erklären. Nun sind aber die katholischen Irländer, welches auch immer sonst ihre Fehler sind, in der bürgerlichen Heuchelei hinter ihren protestantischen Mitrieten ein gutes Stück zurück. Sie wissen, daß sie Parnell brauchen, und vielleicht gerade wegen derjenigen Eigenschaften brauchen, die ihn in der O'Shea-Affäre so unsympathisch erscheinen lassen. Sie brauchen einen lähnen Berstandemensch, der ihre Pölpel in Jügel hält, der weder im Haß noch in der Liebe seine Position verläßt; sie erklären also: Politik und Privatleben sind zweierlei Dinge; was Parnell im Ersteren ist, geht uns im politischen Kampfe nichts an. Außerdem ist O'Shea ein Lump und Verräther — ergo, bleibt Parnell unser Führer.

Unser König absolut.

Wenn er auch 'mal sündigen thut.

Man soll das gleiche Vieh auch schon anderwärts gehört haben. Was sollten unter solchen Umständen die Liberalen anfangen? In Sheffield, wo sie gestern und vorgestern ihre Parteikonferenz abhielten, und wo Herr Morley in der Achtstundensfrage einen lähnen Schritt zurück that, erklärten sie: Wir kämpfen nicht für Parnell, sondern für Home Rule, und haben nicht das Recht, den Irländern vorzuschreiben, wen sie zu ihrem Führer wählen sollen. Parnell ist ein Mann, und Home Rule ein Prinzip, und wenn der Mann schlecht ist, bleibt das Prinzip doch gut. „Ja“, geben die Mucker zurück, „das ist ganz schön gesagt, aber wenn Home Rule sich in Parnell verkörpert, dann ist Home Rule auch schlecht.“

Wie der Kampf enden wird, läßt sich schwer voraussagen. Michael Davitt, der bei den irischen Arbeitern großes Ansehen genießt, hat sich gegen Parnell erklärt. Zum Theil spielt da vielleicht eine alte persönliche Gegnerchaft mit, zum Theil das ehrliche Bestreben, Alles aus dem Wege zu räumen, was zwischen Irländern und Engländern eine Entzweiung herbeiführen könnte. Wichtiger noch vielleicht ist die Thatsache, daß in der amerikanischen Presse ebenfalls verlangt wird, Parnell solle zurücktreten. Amerika ist der Schammeister der Irländer, und wenn der bodenig wird, haben die Gegner Home Rule's gewonnenes Spiel. Parnell selbst macht es, wie stets in kritischen Situationen: Er schweigt. Er läßt das Unwetter stürmen und toben, und erst, wenn es vorüber, tritt er aus Fenster und prüft, welche Luftströmung den Sieg behalten. Nur wenn der Ostwind anhält, wird der ungekrönte König sich entschließen, seiner, mit Verlaude, Würde zu entsagen.

Veranstaltungen.

Wahlverein für den zweiten Wahlkreis.

Der Stadtverordnete Bogthert hielt am 25. November vor einer zahlreich besuchten Versammlung des Vereins in „Keller's Højager“ einen Vortrag über „Die Schule gegen die Sozialdemokratie“. Er führte aus: „Nachdem die hauptsächlichste Waffe zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, das Sozialistengesetz, verkracht ist, wurde versucht, neue Mittel dazu zu finden. Als ein ganz absonderliches ist nun in neuester Zeit das Projekt angetaucht, die Schule als ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, bezw. der von dieser vertretenen Ideen, zu benutzen. Dies Projekt ist besonders von der Sozialdemokratie in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen, da es ein „offizielles“ ist. Wir haben ihm gegenüber nicht nur einen bestimmten Standpunkt als Parteigenossen, sondern viele der Genossen auch als Eltern, einzunehmen. Sie sollen ihre Kinder in der Art und Weise erziehen lassen, daß dieselben der Partei, welcher sie angehören, demnächst entgegenzutreten können. Wenn wir und diesen Plan betrachten, müssen wir uns die Art und Weise vorstellen, mit welcher die Lehrer wirken sollen. In dem offiziellen Erlaß heißt es, den

Kindern ist beim Unterricht zu zeigen, „was in der Welt wahr, was wirklich und was in ihr möglich ist“. Denen, die den Unterricht erteilen sollen, wird ein bestimmtes Grundschema gegeben, nach welchem sich derselbe gestalten soll. Von unserem Prinzipienstandpunkt aus betrachtet ist der Sozialismus nicht als Dingestimm in den Köpfen einiger Menschen entstanden, sondern der Gedanke an ihn hat sich aus ganz bestimmten, in Wirklichkeit existierenden wirtschaftlichen Verhältnissen heraus entwickelt. Wir sind uns darüber klar, daß der Sozialismus keine Zerstörer in sich schließt, die durch die Schule beseitigt werden können; daß vielmehr das Zerstörer sind, was ihm in der Schule entgegen-gestellt werden soll. Hinzuzufügen ist hierbei darauf, daß in der Schule schon eine ganze Reihe von Gegenständen gelehrt werden, die das Gegenteil von dem sind, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist. Nicht nur die Volksschule, überhaupt das ganze Schulwesen ist in seinem Wirken daraufhin gerichtet. Da die Schule obligatorisch bei uns eingeführt und jedes Kind zum Besuch derselben gezwungen ist, glauben nun die Eltern ihre Kinder werden während der ganzen Zeit des Schulbesuchs zu tüchtigen, denkenden und wissenden Menschen herangebildet. Leider ist dies ein Irrtum. In Preußen speziell hat man durch sogenannte Simultanschulen, Schulen, in denen Kinder aller Religionskonfessionen gemeinsam erzogen werden, versucht den konfessionellen Streitigkeiten den Boden zu entziehen. Man hat damit der Pflicht genügt, die Kinder so zu erziehen, daß kein Zwist in die Reihen des Volkes getragen werde. Was man hier anerkennt, läßt man dort nicht gelten, wo es gilt, eine politische Partei zu bekämpfen. Erreicht wird allerdings hiermit nicht viel werden. Da heute dort, wo der Mann Sozialdemokrat ist, es in den meisten Fällen die Frau auch schon zur sozialdemokratischen Gesinnung gebracht hat, schon mit „vergütet“ ist; so ist es selbstverständlich, daß sich die sozialistische Agitation von diesen Eltern auf die Kinder überträgt, und wenn dies nur in kleinen Verhaltensmaßregeln geschieht, so werden sie erzogen zu Stützen der Ideale, welche die Eltern vertreten. — Zieht man in Betracht, daß die Lehrer sich später so präparieren sollen, daß sie bei ihrer Berufsausübung einer bestimmten Parteirichtung entgegen-treten können, so muß man sich sagen, daß sie nicht als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt werden. Sie sollen nicht die Freiheit einer bestimmten Meinung haben, nicht die Freiheit, sich einer ihnen zusagenden Partei anzuschließen zu können! Sie sollen dazu gedrillt werden, das und das für richtig, — das und das für falsch zu halten. Mit einem Wort: sie sollen zu Staatsbürgern zweiter oder dritter Klasse degradiert werden. Eigenartig berührt eine Bestimmung in dem betreffenden Gesetz, nach welcher solchen Kandidaten, bei denen man ein Wirken in der angegebenen, sozialistenbekämpfenden Richtung nicht voraussehen könne, die Erklärung, daß sie lehrfähig seien, vorenthalten werden könne. — Es wird notwendig sein, wenn das besprochene Projekt in die Wirklichkeit umgesetzt wird, bestimmte Lehrbücher zu schaffen. Bedenke man die Kommittee, in welche ein Dorfschullehrer gerathen würde, wenn er, der gar nicht weiß, was Sozialismus ist, der von ihm nur im Zusammenhang mit irgend einem Gottesbeweis (Heiterkeit) gehört hat, in die Lage käme, ihn bekämpfen zu sollen. Er wird sich in seiner Unwissenheit mit dem begnügen müssen, was man ihm in die Hand giebt. Danach wird er sich „seiner“ Meinung machen müssen. Trotzdem nun das Projekt ein so neues ist, sind doch schon derartige Bücher erschienen; ist ihm gewissermaßen schon vorgegearbeitet worden. Ein solches Buch hat die „Volks-Zeitung“ ans Tageslicht gezogen. Es betitelt sich „Die Feinde der Gesellschaft und der staatlichen Ordnung“ und ist verfaßt von Stöber und Schörmann. Redner verliest nun einige Stellen des Buches, welche in der Zeitung abgedruckt sind und die „Theilerei“ behandeln, unter großer Beilebenheit der Versammlung und fährt fort: Wird es wirklich gelingen, durch derartiges Zeug das Gewollte zu erringen? Man wird es einnehmen, um sich nicht der Strafe auszusetzen und im übrigen wird, es mit wenigen Ausnahmen, ebenso wenig auf die Kinder einwirken, wie es die Lehren des Bibelsbuches thun. Es wird wie alle Mittel, mit welchen man Vorurtheile erzeugen will, zum Nachdenken anregen. Die wirklichen Verhältnisse werden dann später bei den heranwachsenden Menschen das ihrige thun, um den gewonnenen Eindruck zu verwischen. Die Eltern werden auch, während die Kinder die Schule besuchen, danach zu trachten haben, das, was dort an ihnen verdrorben wird, zu Hause wieder gut zu machen. Die Schule wird aus einer Volksschule in eine Parteischnle umgewandelt werden, darum ist es nöthig, im Schooße der Familie eine gute Schule zu schaffen. Diese Agitation, dieses schon in die Seele des Kindes Hineintragen des Gedankens an die Mängelheiten des Lebens, ist uns dann aufgedrungen worden. Für uns wird es ein Nutzen sein; die heranwachsende Jugend wird früher, wie es vielleicht sonst geschehen würde, herausgebildet sein zu Nutzen des sozialistischen Gedankens, welches und der Verwirklichung desselben näher rücken wird.“ (Lebhafte Beifall.) Eine Diskussion fand nicht statt. Folgende Resolutionen wurden angenommen: „1. Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, ganz energisch gegen diese Lehren zu wirken und den Kindern so viel wie möglich die Ideen der Sozialdemokratie einzuprägen.“

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Eine öffentliche Volksversammlung für diesen Kreis fand unter Vorsitz des Herrn Ostermann am 26. November statt, um zu dem am 30. November in Potsdam abzuhaltenden Parteitag für den Regierungsbezirk Potsdam Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat hielt W. Berner. Er sprach sich dahin aus, daß, wenn man Delegirte wählen wolle, — dies müsse man schon — denselben ein vollständig ungebundenes Mandat mit auf den Weg gegeben werden müsse. Es wäre besser gewesen, wenn der Genosse Ewald bei der Einladung zum Parteitag mindestens einige Gesichtspunkte darüber, wie er sich die Gestaltung der Verhandlungen des Parteitages denkt, den beteiligten Genossen durch den betreffenden Aufruf mitgeteilt hätte. Er, Berner, sei der Meinung, daß ein Zusammenarbeiten verschiedener Kreise bei der Agitation jetzt weder nöthig, noch tattlich zweckmäßig sei. Ersteres, weil die Gelder zu Agitationszwecken jetzt der Parteivorstand zu geben habe; letzteres, weil jeder Kreis eine eigenartige, nur für sich nützliche Behandlung erfahren müsse. So müßten z. B. in Teltow-Beeskow die Ziegeleiarbeiter berücksichtigt werden. Was die Presse betrifft, so sind dieselben Bedenken geltend zu machen, wenn die Absicht der Gründung eines Zentrallattes für die Provinz Brandenburg vorhanden wäre. Wollte man ein für

mehrere Kreise als maßgebend geltendes Blatt gründen, so höchstens für zwei. Einzelne Genossen dieses Kreises haben sich schon mit der Pressefrage befaßt. Man war damals der Meinung, der Kreis Teltow-Beeskow könne ein Blatt, welches nur für ihn Geltung habe, vollständig erhalten. Man wollte aber, ehe man zur Gründung eines Lattes schritt, die Beschlüsse des hiesigen Parteitages abwarten. Wenn man nun für den Kreis ein Blatt gründen wolle, so dürfe es nur Parteieigentum sein. An der auf diese Ausführungen folgenden Diskussion beteiligten sich u. A. die Genossen Wurbs, Steinmar, Mielenz und Berner. Alle Redner erklärten sich in den Hauptpunkten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Einer der Redner war der Meinung, daß einzelne Punkte, wo ein Hand in Hand gehen verschiedener Kreise bei der Agitation möglich wäre, vorhanden seien. Mielenz meint, man könne auf dem Parteitag aus den Berichten über die Lage in den verschiedenen Kreisen lernen. Es würde beschließen, sieben Delegirte zu wählen und denselben ein ungebundenes Mandat zu übertragen. Gewählt wurden W. Berner, Köpenick; Wurbs, Rixdorf; Berner, Charlottenburg; Mielenz, Johannisthal; Buchholz, Schöneberg; Danneberg, Mariendorf-Tempelhof; Donner, Wilmersdorf. Nachdem noch das Bureau beauftragt worden, den Genossen Ewald zu ersuchen, die Zeit des Beginnes des Parteitages von Nachmittag auf den Vormittag des 30. zu verlegen, wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiterinnen-Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen tagte Mittwoch Abend in Rebel's Salon, unter Leitung der Frau Bierck, um die Zustände und Lohnverhältnisse in der Posamentenfabrik von Herz und Wegner, Stralauerstr. 99, zu besprechen. Es waren in der Versammlung eine Anzahl Arbeiterinnen, sowie einige Werkführer und Buchhalter der Fabrik erschienen. Die Referentin, Frau Gubela, führte ungefähr folgendes aus: In vielen Fabriken herrschen solche schreienden Mißstände, daß man sich gar nicht scheuen dürfte, im Interesse der daselbst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Verhältnisse der Öffentlichkeit zu übergeben. Man müsse von einem Arbeitgeber verlangen, daß er seine Arbeiterinnen nicht bei niedrigen Löhnen noch schlecht behandle. Ein solcher Fall liege bei der Posamentenfabrik von Herz und Wegner vor. Dort hätten die Arbeiterinnen eine zehntägige Arbeitszeit. Die Mittagspause solle eine Stunde dauern, doch werde den Arbeiterinnen eine halbe Stunde gewährt. Trotzdem die jugendlichen Arbeiterinnen auf Befragen eine bejahende Antwort gegeben hätten, sei keine Frühstücks- und keine Vesperpause eingeführt worden. Die Arbeiterinnen verdienen bei angestrengtester Arbeit die Woche 10 bis 12 Mark, die Jüngeren nur 5-6 Mark. Alte Arbeiterinnen, welche 30-40 Jahre bereits in der Fabrik arbeiten, erhalten jetzt, nachdem sie für den Fabrikanten sich abgearbeitet hätten, 1,50 Mark für die ganze Woche. (Allgemeine Entrüstung.) Als kürzlich eine Arbeiterin, welche 42 Jahre in der Fabrik gearbeitet hatte, starb, habe der Herr Fabrikant derselben einen Kranz im Werth von etwa drei Mark gesendet und damit drei Arbeiterinnen abgesendet; den anderen sei die Theilnahme an der Beerdigung verboten worden, wenn sie nicht entlassen werden wollten. Rehnliches habe sich ereignet, als zwei Arbeiter ihren alten Vater zur letzten Ruhe bringen wollten, auch da sei nur dem einen von ihnen der Urlaub gewährt, dem zweiten Bruder derselbe verweigert worden. (Große Unruhe und Entrüstung.) Eine Arbeiterin sei sofort entlassen worden, weil sie Petitionslisten habe zirkulieren lassen. Es sei vorgelommen, daß bei einer polizeilichen Revision Kinder, welche nicht zehn Stunden arbeiten dürfen, sich entfernt hätten. Letztere würden in der Fabrik zu allen Nebenarbeiten benutzt, so zum Treppenschleuern und Reinigen. Ein Werkführer habe erklärt, er würde jede Arbeiterin, welche sich einem Fachverein anschließen würde, sofort hinauswerfen. (Unruhe.) Rednerin fordert schließlich die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn sie diesen Mißständen ein Ende machen wollen, auf sich dem Fachverein der Posamentiere anzuschließen. (Lebhafte Beifall.)

In der sich an das Referat anschließenden Diskussion erklärt der Werkführer Schulz, daß alles, was gegen seine Person vorgebracht sei, eine böswillige Verleumdung sei. Er sei es gerade, welcher die größte Mithat über sich gebracht habe. Die Lohnarbeiter unter ihm verdienen bis zu 24 M. die Woche, zu guten Zeiten. (Widerspruch.) Die Ansperrung betreffs des Fachvereins habe er nicht gethan. Lehrer, bei Schulz, beschäftigt, erklärt die Schulz gemachten Vorwürfe für unwahr. Ebenso nimmt denselben Frau Gröbe in Schutz, welche auch bei ihm beschäftigt ist.

Klau bemerkt, im Fachverein der Posamentiere habe man schon längst ein Auge auf die Fabrik von Herz und Wegner geworfen, es unterliege bei ihm keinem Zweifel, daß die von Frau Gubela geschilderten Zustände auf Wahrheit beruhten.

Buchhalter Huth weiß, aufgefodert, sich zu rechtfertigen, nicht, was er eigentlich sagen solle. Sowie er bis jetzt bemerkt habe, fühlen die Arbeiter der Fabrik sich wohl und beghaglich. (Schallendes Gelächter.)

Frl. Bendach, Direktrice der Fabrik, giebt zu, daß die alten Arbeiterinnen mitunter nur 1,50 M. die Woche verdienen, doch komme dies nur selten vor. Die Löhne seien sonst sehr gut. Dem Werkführer Fechner thut das Herz weh, daß sein Herr in solcher Weise öffentlich angegriffen werde. Er selbst handle wie ein Vater an seinen Arbeitern. (Widerspruch.) Es beteiligten sich an der Diskussion noch eine ganze Reihe von Rednern, welche die Zustände in der Fabrik einer Kritik unterziehen.

In ihrem Schlusswort hält die Referentin alle Behauptungen aufrecht und bringt noch für mehrere Fälle Beweise vor. Daß die Arbeiter der Fabrik selbst nicht wagen vorzutreten, liege an deren Furcht vor Maßregelung. Rednerin richtet nochmals an die Anwesenden die Mahnung, sich einer Fachorganisation anzuschließen. (Lebhafte Beifall.) Zur einstimmigen Annahme gelangte folgende Resolution: „Die heute bei Rebel tagende öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung ist davon überzeugt, daß die Verhältnisse der Fabrik von Herz und Wegner sich so darstellen, wie sie von Frau Gubela geschildert worden sind. Die Anwesenden protestieren energisch dagegen, und verpflichten sich, zwecks Erreichung besserer Lebensbedingungen einer Fachorganisation beizutreten.“

Ferner wurde die besprechende Agitationskommission beauftragt, die Angelegenheit näher zu untersuchen und demnächst in einer öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten.

Unter Verschüdem wurden für die Agitationskommission einige Erfragwahlen vorgenommen.

Ferner wurde das Verhalten des Lokalbesizers getadelt, der ersucht hatte, die Versammlung bald zu schließen, weil dieselbe zum Schluß nicht mehr sehr stark besucht war.

Eine auferordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgegend tagte am Sonntag, den 23. d. Mts. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Revision des Statuts, zu welchem Zwecke in der 28. September stattgefundenen beschließenden Versammlung dem Vorstand eine Kommission von 11 Mitgliedern beigegeben war, welche in zwei Sitzungen sich ihrer Aufgabe erledigt hatte und nun durch den Kollegen Gerich über ihre Arbeiten Bericht erstatten ließ. Das revidirte Statut wurde in der Fassung, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen war, nach eingehender Debatte einstimmig angenommen. Die Aenderungen betreffen im Wesentlichen in folgendem: Der Vorstand besteht nicht mehr aus 9, sondern aus 11 Mitgliedern, er gewährt Reiseunterstützung nur an Kollegen, welche 3 Monate Mitglied eines Metallarbeiter-Vereins gewesen und den Pflichten eines kassenbewußten Arbeiters nachgekommen sind; Rechtschutz ist ebenfalls von dreimonatlicher Mitgliedschaft abhängig. Außer den vierteljähr-

lichen Generalversammlungen findet monatlich noch eine beschließende Versammlung statt, zu der ebenfalls nur Mitglieder Zutritt haben. Die Wahl des Vorstandes und der Revisoren geschieht mittelst Stimmzetteln, die der Kommissionen durch Affirmation. Ferner wurde die bisher als Inhabung bestehende Arbeitsnachweis-Ordnung als § 8 in das Statut aufgenommen, so daß fortan die bisherigen §§ 8, 9 und 10 als § 9, 10 und 11 zu lesen.

Ferner hat die Statutenberathungs-Kommission sich nicht entschließen können, einen Paragraphen, welcher die Bedingungen, unter denen der Verein Unterstützung an bedürftige Kollegen zahlt, welches von der beschließenden Versammlung vom 28. September angeregt worden war, in das Statut aufzunehmen. — Als ein weiterer Punkt stand die Wahl von 3 Rechtschutz-Kommissionsmitgliedern auf der Tagesordnung. Die Kollegen Otto Klein, Scheyr und Winkler wurden gewählt. Unter „Verschiedenem“ stand ein Unterstützungsgesuch zur Diskussion, aus Anlaß der Maßregelung in der Lippmannschen Fabrik, in der bei Entlassung zweier Arbeiter sich sämtliche 12 Kollegen solidarisch erklärten. Es wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß die betreffenden Kollegen wieder unseren Beschlüssen entgegen gehandelt hätten, indem sie, ohne sich an einen Verein um Rath zu wenden, so lange unter den Verhältnissen, wie sie in der Lippmannschen Fabrik herrschen, gelebt haben und nun plötzlich die Arbeit niederlegten. Gegen eine derartige unbesonnene Handlungsweise, wie man sie immer noch bei einzelnen Kollegen findet, müsse nun entschieden Front gemacht werden. In dem vorliegenden Falle beschloß jedoch die Versammlung, noch ein letztes Mal von der vorgeschriebenen Regel abzuweichen und dem Antragsteller, Vereinsmitglied, Vater von 5 Kindern, eine einmalige Unterstützung von 30 M. zu gewähren, jedoch einzig und allein unter dem Hinweis auf die ganz besondere Nothlage des Kollegen. Zum Schluß forderte Kollege Hartmann die Anwesenden auf, recht fleißig auf die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu abonnieren.

In der öffentlichen Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung unter der Leitung des Herrn Pfeiffer am 20. d. M. referirte Lätzerow über das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Verhältnisse der Gewerkschaften und der Gewerkschafts-Konferenzen“. Der Referent ersuchte am Schluß seiner Ausführungen die Schneider und Schneiderinnen, die Beschlüsse des Parteitages in Halle, die Gewerkschaftsbewegung betreffend, anzuerkennen und zur Ausführung zu bringen, d. h. sich der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. In der Diskussion sprachen Herr A. Schulz, Wiesemann, Kulig, Timm (Hannover), Frau W. A. S. und Herr Pfeiffer im Geiste des Referenten. Darauf schritt die Versammlung zur Ergänzung der Agitationskommission. Dieselbe wird allabendlich bei Hülzner, Seydelstraße 12, zu finden sein. Es folgte der Bericht der Delegirten zur Berliner Streik-Kontrollkommission. Darauf stimmte die Versammlung einstimmig folgender Resolution zu: „Die heutige öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung fordert alle Kollegen und Kolleginnen auf, energisch für die Gewerkschafts-Organisation zu wirken, da diese ein Mittel ist, unsere gegenwärtige sehr traurige Lage zu verbessern. Ferner verpflichtet sich die Versammlung, besonders die Indifferenten und die Handarbeiter mehr aufzurütteln, damit auch sie zahlreicher in unseren Reihen erscheinen, als es bis jetzt der Fall war. Denn nur durch allgemeines Vorgehen ist es uns möglich, ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen.“ Endlich wurde noch beschlossen, den Ueberfluß der Zellerfassung 2 Kollegen in Karlsruhe zu überweisen.

Eine große Volksversammlung zu Gunsten des Vereins für die Reform der Schule und Erziehung fand am Montag, den 24. d. M., unter der Leitung des Herrn Stadtschulverordneten G. Bogtherr: „Religion keine Schulsache“. Die Versammlung war von ca. 1000 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Den Vorsitz führte Herr Otto Friederich. Herr Bogtherr führte ungefähr folgendes aus: Es sei nur Aufgabe der Schule, die heranwachsende Jugend in erster Reihe mit dem zum Leben, zum Verkehr und zur allgemeinen Bildung nöthigen Zweigen des Wissens bekannt zu machen. Was außerhalb dieser Aufgaben liegt, gehört nicht in die Schule, und so sei namentlich die Religion nicht nur in der Schule überflüssig, sondern sogar in vielen Fällen schädlich. Trotzdem werde sie in fast allen Lehrbüchern hineingeschmuggelt. Der Stoff der Lehrbücher ist vielfach religiös, ebenso werden bei Schreibübungen, Diktaten religiöse Gedanken benutzt. Dasselbe sei besonders beim Geschichtsunterricht der Fall, der den Kindern oft in solcher Weise gegeben werde, daß man dabei auf das „Walten Gottes“ hinweist. Im Religionsunterricht selbst aber sei es eine allseitig bekannte Taktik, daß das jeweilig gelehrt Verlesene als das allein richtige hingestellt, und dessen Gott als der alleinige Gott bezeichnet werde. Dadurch werde religiöser Dünkel und konfessioneller Haß groß gezogen, und werden schon die Kinder auf solche künstlich geschaffenen Gegensätze hingewiesen. Es sei demgegenüber nöthig, die Religionslehre ganz von der Schule zu trennen, ganz aus ihr auszumerzen und der Pflege einzelner Religionsgesellschaften zu überlassen, wo ein Bedürfnis überhaupt vorhanden sei! Soweit man unter Religion dogmatisches Glauben versteht, sei sie überflüssig und müsse ersetzt werden durch eine gründliche allgemeine Sittenlehre, darauf komme es an, nicht auf Glauben und Beten, — dann werde ein vernünftigeres und geistig gesünderes Geschlecht herangezogen werden, als es jetzt möglich sei. (Reicher Beifall.) Die Diskussion war sehr lebhaft und dadurch besonders interessant, daß sich u. a. zwei hiesige Lehrer und ein württembergischer Stadtvater gegen die Ausführungen des Referenten wendeten, zum Theil in schrönelnder Weise, ohne daß stichhaltige Gegen-gründe von ihnen vorgebracht wurden. Zum Schluß gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, worin von den Gehörten die vollständige Trennung der Religion von der Schule gefordert und u. a. auch die kostenlose Vergabe der Lehrmittel in den Volksschulen gewünscht wurde.

Eine öffentliche Versammlung der Dachdecker von Berlin und Umgegend tagte am 20. d. Mts. Zunächst berichtete Kollege Kadewitz über den Renscheider Streik und machte zu energischer Unterstützung desselben. In dem nun folgenden Referat über die Gewerkschaftskonferenz wies er auf den Vorzug der Zentralisation vor der Lokalorganisation hin. In demselben Sinne sprachen sich die Kollegen Danke und Maack aus. Unter Verschüdem wurde Kollege Reglein als alleiniges Mitglied der Berliner Streik-Kontrollkommission bestätigt. Zum Schluß wurden noch zwei Resolutionen gefaßt, welche sich für Zentralorganisation und gegen die Gewerbenovelle aussprechen. Der Betrag der Zellerfassung wurde den Streikenden in Renscheid überwiesen.

In einer öffentlichen Versammlung der Eisener Berlin und Umgegend am 10. d. M., wurde der Streik-Kommission nach erfolgter Rechnungsablegung und Revision Entlastung erteilt. Die Abrechnung soll als Annonce im „Berliner Volksblatt“ veröffentlicht werden. (S. Inseratenteil.) Ferner gab der Vertrauensmann einen Ueberblick über die freiwilligen Sammlungen und deren Verwendung und brachte dann eine Resolution ein dahingehend, daß alle Kollegen, Mann für Mann, dem Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Eisener Berlin und Umgegend beitreten, wenn, wenn am 1. Januar 1891 die Zahl von 1500 Mitgliedern erreicht sei, die freiwilligen Sammlungen aufhören sollen, da der Verein auf einer derartigen Mitgliederzahl seine Aufgabe erfüllen könne. Nach Annahme der Resolution schloß der Vorsitzende, O. Wack, mit dreifachem Hoch auf die Solidarität der Arbeiter die Versammlung.

Verpflichtung. In dem Bericht des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher in der vorigen Sonntagsversammlung muß es in Betreff des gemüthlichen Beisammenseins nicht den 2. Dezember, sondern Sonntag, den 30. November, heißen.